

Preussische Allgemeine



Nr. 15 · 14. April 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Das Ende der Naivität

Träumten Teile der deutschen Politik eben noch davon, mit Abrüstung, Energiewende und Gendersternchen die Welt retten zu können, zwingt der Ukrainekrieg nun zu einer nüchternen Realpolitik **Seite 3**



Auftakt Dokumentationszentrum zeigt erste Sonderausstellung **Seite 10**



Partner Als Deutsche und Russen den Vertrag von Rapallo schlossen **Seite 11**

FOTOS: SHUTTERSTOCK (M), SPW/SZ PHOTO

POLITIK

Ein Rücktritt, der nur der Anfang eines Neustarts der Regierung sein kann

Die zurückgetretene Familienministerin Anne Spiegel ist nicht der einzige Schwachpunkt im Bundeskabinett. Auch andere Minister schlingern seit Wochen – oder wirken gänzlich überfordert

VON RENÉ NEHRING

Selten war ein Rücktritt so überfällig wie der von Bundesfamilienministerin Anne Spiegel. Schon als vor Wochen herauskam, dass sie im Sommer 2021 – als die Flutkatastrophe an Ahr, Erft und Nette Hunderten Menschen das Leben gekostet hatte und Tausende buchstäblich ohne ein Obdach waren – als Umweltministerin von Rheinland-Pfalz vor allem um ihr persönliches Ansehen und den korrekten Gebrauch der Gendersternchen bedacht war, wäre ihr Rückzug angebracht gewesen.

Als nun bekannt wurde, dass Spiegel nur Tage nach der Katastrophe mit ihrer Familie vier Wochen Urlaub in Südfrankreich gemacht und zudem auch noch Medien angelogen hatte, sie habe von dort aus online an Kabinettsitzungen teilgenommen, war sie endgültig nicht mehr tragbar. Wie so oft bei politischen Affären wollte auch hier die Betroffene keine Einsicht zeigen. Noch als ihr die eigene Parteiführung einstimmig den Rücktritt nahelegte, meinte sie, in einem buchstäblich jämmerlichen Auftritt ihr Ansehen retten zu können, indem sie auf die gesundheitlichen Probleme ihres Mannes und die Nöte ihrer Kinder während der Coronapandemie verwies, die eine mehrwöchige Auszeit erforderlich gemacht hätten.

Die Nöte ihrer obdachlosen Landsleute interessierten Spiegel ebenso wenig

wie die Tatsache, dass auch tausende andere Familien in diesem Land unter den Corona-Maßnahmen zu leiden hatten. Alles in allem zeigte sie zu keinem Zeitpunkt, dass ihr überhaupt klar ist, welche Anforderungen an ein öffentliches Spitzenamt gestellt sind.

Weitere Wackelkandidaten

Ein Befreiungsschlag für das Bundeskabinett ist Spiegels Rücktritt gleichwohl nicht. Denn zu lang ist die Liste derjenigen Minister, die gleichfalls in ihrem Amt straucheln. Vor allem Verteidigungsministerin Christine Lambrecht reiht eine Peinlichkeit an die andere. Hatte sie noch kurz vor ihrer Ernennung zur obersten Chefin der Truppe ihren Abschied aus der Politik verkündet, startete sie nach erfolgter Wiederberufung zur Ministerin zunächst einmal in den Urlaub. Schon jetzt legendär ist ihre stolze Ankündigung, den um militärische Hilfe bittenden Ukrainern 5000 Helme liefern zu wollen. Dann schickte sie unbrauchbare Panzerabwehrwaffen nach Kiew. Zudem versprach sie, dass Deutschland für die neue Schnelle Eingreiftruppe der EU 5000 Soldaten stellen werde, um sich kurz darauf zu korrigieren, dass es nur 1500 seien.

Zunehmend unter Druck gerät auch Innenministerin Nancy Faeser, die bei Beginn des Ukrainekriegs abtauchte und damit sowohl die ihr unterstehenden Behörden als auch die freiwilligen Helfer im

Stich ließ. Für Schlagzeilen sorgte sie, als sie verkündete, auf eine detaillierte Kontrolle der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge verzichten und unabhängig von der Nationalität jeden ins Land lassen zu wollen. So wiederholt Faeser bewusst die Fehler von 2015, als die deutschen Behörden monatelang nicht wussten, wer eigentlich gerade in unser Land kommt.

Starr an einmal gefassten Plänen fest hält auch der grüne Agrarminister Cem Özdemir. Obwohl die Welt durch den Krieg in der Ukraine – und damit in einer der größten Kornkammern der Erde – auf eine veritable Nahrungskrise zusteuert, weigert sich Özdemir, von der Politik der Flächenstilllegungen in der Forst- und Landwirtschaft abzurücken. Stattdessen plant er ein Paket von bis zu 180 Millionen Euro, damit die Agrarbetriebe die Mehrkosten für Dünger und Sprit abfedern können. Wie dadurch mehr Getreide entstehen soll, verrät er nicht.

Politik ohne Führung

Der derzeit wohl größte Pannenminister ist jedoch Karl Lauterbach, der nun erkennen muss, dass die Zeit, in der er folgenlos in Talkshows irgendwelche Behauptungen aufstellen konnte, vorbei ist. Obwohl fast überall in Europa die Corona-Maßnahmen gelockert oder gar abgeschafft sind (ohne dass dort neue Pandemiewellen ausbrechen), und obwohl sich auch in Deutschland die Corona-Zahlen (saisonbedingt

und durch die millionenfachen Impfungen) dramatisch entspannen, gibt Lauterbach weiter den Mahner, der seine Landsleute am liebsten auf ewig im Lockdown halten will. Und obwohl alle vorhandenen Corona-Impfstoffe nur mit einer Ausnahmegenehmigung der EU auf dem Markt sind, wollte Lauterbach die Über-60-jährigen per Gesetz zur Impfung zwingen.

Damit ist er freilich gescheitert. Was jedoch nicht nur auf das Konto von Lauterbach geht, sondern auch auf das seines Chefs – Bundeskanzler Olaf Scholz, der sich in dieser elementaren Frage weigerte, Führungsverantwortung zu übernehmen, obwohl er selbst im vergangenen November eine allgemeine Impfpflicht angeregt hatte. Auch Scholz, der bei Amtsantritt damit prahlte, wer ihn bestelle, werde Führung bekommen, zeigt seit seiner Verteidigung ein merkwürdig erratices Verhalten. So verweigert er neben der Impfpflicht auch in der Frage von Waffenlieferungen an die Ukraine klare Führung. Wohin dies führt, zeigt die Bilanz von Scholz' Vorgängerin Angela Merkel, die auf zahllosen Politikfeldern letztlich nur unbestellte Äcker hinterlassen hat.

Niemand wird gezwungen, Kanzler oder Minister zu werden. Wenn jedoch Politiker ein Spitzenamt annehmen, stehen sie in der Pflicht, die daran geknüpften Anforderungen zu erfüllen. Wenn sie dies nicht wollen – oder können –, steht es ihnen frei, ihr Amt zurückzugeben.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie der grüne Minister Robert Habeck den Naturschutz aufweicht **Seite 4**

Kultur

Neue Forschungsergebnisse verhelfen Berlin zu einem echten Rembrandt-Gemälde **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Die Sanierungsarbeiten am Königsberger Wrangelturn schreiten weiter voran **Seite 13**

Lebensstil

Unbeeindruckt vom Zeitgeschehen feiern die Briten Rekordkönigin Elisabeth II. **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Impfschäden Nach der Ausstrahlung eines MDR-Beitrags mit dem Titel „Impfschäden – Wie Deutschland bei der Erforschung hinterherhinkt“ im Ersten gingen Hunderte von Zuschauerkommentaren ein

Reaktionen auf einen „plusminus“-Bericht

Eine Dokumentation der Stimmen von ARD-Zuschauern über ihre Erfahrungen im Zusammenhang mit Corona-Impfungen

VON WOLFGANG KAUFMANN

In letzter Zeit greifen zunehmend mehr Medien das lange verdrängte Thema „Risiken und Nebenwirkungen der Corona-Impfungen“ auf. So beispielsweise das Wochenmagazin „Focus“, die „Berliner Zeitung“ oder der öffentlich-rechtliche Fernsehsender „Das Erste“. Dieser brachte am späten Abend des 23. März einen vom Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) produzierten Beitrag mit dem Titel „Impfschäden – Wie Deutschland bei der Erforschung hinterherhinkt“.

Daraufhin gingen in der Folgezeit Hunderte von Zuschauerkommentaren ein, in denen Betroffene ihren Leidensweg schilderten oder Kritik am Umgang mit der Problematik übten – bis der Kommentarbereich abrupt geschlossen wurde, weil „nun ausreichend Gelegenheit war, die Fakten und Argumente zu diesem Thema auszutauschen“. Das muss jedoch nicht der wahre Grund für die Entscheidung des Senders gewesen sein.

Nicht alle Ärzte sind ignorant

Auf jeden Fall sprechen die bis dahin freigeschalteten Wortmeldungen Bände: „Toll das jemand dieses Thema mal anspricht. Ich werde seit einem Jahr von Arzt zu Arzt geschickt ... Als Betroffener werde ich nicht ernst genommen. Es wird aller höchste Zeit das alles mal an die Öffentlichkeit kommt“, meinte ein Zuschauer (Rechtschreibung hier wie auch im Folgenden im Original).

In vielen Fällen berichteten die Kommentatoren über gravierende gesundheitliche Probleme im Nachgang zur Impfung: „Ich habe mich am 23. Juni 2021 mit Johnson & Johnson impfen lassen. Anfang Juli hatte ich einen Schlaganfall“; „Ich habe unmittelbar nach der 1. Impfung mit Comirnaty ... schwere Komplikationen erlitten; u.a. Lähmungen der unteren Gesichtshälfte, Lähmungen in beiden Beinen und beiden Armen“; „Mein zuvor gesunder und sehr

sportlicher 50-jähriger Bruder erlitt 8 Wochen nach der zweiten Biontechimpfung eine tiefe Beinvenenthrombose, eine Analvenenthrombose, eine Lungenembolie und akute Niereninsuffizienz“; „Vorübergehend erblindet. In der Notaufnahme kein Befund, wurde mit Antibiotika wieder nach Hause geschickt“; „Nach dem Booster ... erlitt ich einen schweren Herzinfarkt. Keine Vorerkrankung“; „Im Juni 2021 bekam ich zwei Tage nach meiner 1. Biontech-Impfung eine schwere Sinusvenenthrombose“; „Ich bin Mitte 50. Habe im März 2021 meine zweite Impfung mit Biontech

bekommen. Drei Wochen später zeigten sich massive Entzündungen in Gelenken, Muskeln und Nervenbahnen in den Gliedmaßen. Ich habe über Wochen starke Schmerzmittel genommen ... Der Arzt meinte nur, lassen Sie sich doch boostern, schlimmer als jetzt wird es auch nicht mehr.“

Aussagen über Todesfälle

Allerdings gibt es auch weniger ignorante Mediziner. So schrieb ein Arzt unter Pseudonym: „In meiner Praxis treten immer häufiger Blutdruckveränderungen, Kopfschmerzen, Herpes Zoster, plötzli-

che ungebremste Stürze und Herzprobleme auf.“

Am bedrückendsten sind allerdings die Berichte über Todesfälle: „Mein bester Freund verstarb letzten Dienstag im Alter von 52 Jahren. Kerngesund, sportlich, gesund ernährt und schlank. Er hatte keine Vorerkrankungen. Herzinfarkt völlig aus dem Nichts. Dann Intensivstation, künstliches Koma. Nach 2 Tagen noch ein Schlaganfall und dann gestorben ... Er war natürlich 3 mal geimpft, geboostert Mitte Januar mit Moderna. Hinter vorgehaltener Hand redete man von völlig verstopften Gefäßen und hohen Entzün-

dungswerten. Aber wie kann das sein? Vor 3 Monaten hatte der Mann noch beste Blutwerte! Nachweislich.“ So die Zusage von Peter Pohlmann. Und Angela Wabner vermeldete kurz und bündig: „Meine Schwester ist innerhalb eines Tages nach erster Impfung an einem Herzinfarkt verstorben. Obduktion wurde durchgeführt und bestätigt, das ein Zusammenhang mit der Impfung besteht.“

Verärgerung bei Betroffenen

Tief verärgert waren die Geschädigten oftmals darüber, „dass man von vielen Ärzten nicht ernst genommen wird und immer wieder auf die Psychosomatisch-psychologische Schiene geschoben wird. Auch eine Weitermeldung an das PE-Institut erfolgte durch die Ärzte nicht.“ Vielfach weigerten sich die Mediziner ganz explizit „Impfnebenwirkungen zu melden oder entsprechende Untersuchungen anzustellen. Einziger Rat war: Abwarten.“ Und eine Katrin klagte: „Man wird sehr schnell in die Impfgegnerecke gestellt, dabei habe ich mich dreimal impfen lassen. Das ist so sehr verletzend und belastet zusätzlich.“

Manche Zuschauer ließen es damit nicht bewenden und appellierten wie David D.: „Liebe ARD, ich finde Politik und ÖR-Medien haben eine Bringschuld, die Folgeschäden der Impfung quantitativ und qualitativ präzise und eindeutig zu erfassen und zu kommunizieren. Das ist die drängendste gegenwärtige Fragestellung rund um Corona.“ Ebenso konstatierte „Uta“: „Es darf nicht sein, dass es zu einer flächendeckenden Impfpflicht kommt. Wie muss es sich anfühlen, sich zur Impfung genötigt zu sehen, um dann mit diesen Konsequenzen allein gelassen zu werden.“ Noch deutlicher wurde die Zuschauerin Ingrid Tater: „Warum hilft unsere Regierung den Impfgeschädigten nicht; lässt sie allein? ... Ist es ein Wunder, dass es Impfgegner gibt? Ich bin enttäuscht, wie feige die ‚eigentlich‘ Verantwortlichen sind und die Verantwortung von sich schieben!“



Am Abend des 23. März ausgestrahlt: I, WirtschaftsMagazin des Ersten Deutschen Fernsehens „plusminus“ kündigt der Moderator Gunnar Breske den MDR-Beitrag „Impfschäden – Wie Deutschland bei der Erforschung hinterherhinkt“ an Foto: Screenshot MDR

CORONA-IMPFUNGEN

Risiken und Nebenwirkungen

Ein Überblick über mögliche Schäden, Komplikationen oder gravierende Symptome von A bis Z

Abszesse (Eiterbeulen), Anaphylaxie (akute allergische Reaktion), Aphasische Amnesie (Sprachstörung), Aplastische Anämie (Schwund der blutbildenden Stammzellen im Knochenmark), Arrhythmien (Herzrhythmusstörungen), Arterielle Thrombose (Schlagaderverschluss), Arthralgie (Gelenkschmerzen) und Autoimmune Hepatitis (Leberentzündung)

Blasen- und Darmentleerungsstörungen

Chronisch inflammatorisch demyelinisierende Polyneuropathie (Autoimmunerkrankung des peripheren Nervensystems)

Diarrhoe (Durchfall) und Dyspnoe (Atemnotsyndrom)

Endokarditis (Herzinnenhautentzündung), Erblindung, Erythem (entzündliche Hautveränderung) und Enzephalitis (Gehirnentzündung)

Fatigue-Syndrom (Chronische Erschöpfung) und Fazialisparese (Lähmung des Gesichtsnervs)

Glomerulonephritis (Chronische Entzündung der Nierenkörperchen) und Guillain-Barré-Syndrom (Autoimmunerkrankung mit Lähmungen)

Haemorrhagia cerebri (Hirnblutung), Herpes zoster (Gürtelrose), Hirnleistungsstörungen, Hyperthyreose (Autoimmunerkrankung der Schilddrüse) und Hypertonie (Bluthochdruck)

Immuntrombozytopenie (Fehlfunktion des Immunsystems mit Blutplättchenmangel)

Kapillarlecksyndrom (generalisiertes lebensbedrohliches Ödem), Kawasaki-Syndrom (Entzündung der kleinsten arteriellen Blutgefäße) und Krampfanfälle

Lupus erythematosus (systemische Autoimmunerkrankung) und Lymphadenopathie (krankhafte Lymphknotenschwellung)

Meningitis (Entzündung der Hirn- und Rückenmarkshäute), Menstruationsstörungen, Miller-Fisher-Syndrom

(Entzündung der Hirnnerven), Myalgie (Muskelschmerz) und Myokarditis (Herzmuskelentzündung)

Nekrosen (Absterben von lebendem Gewebe), Neuralgische Amyotrophie (Nervenentzündung mit starken Schmerzen und Lähmungen in Arm und Schulter) und Neurodermitis (entzündliche Hauterkrankung)

Ödeme (Flüssigkeitsansammlungen im Gewebe) und Optikusneuritis (Entzündung des Sehnervs)

Pädiatrisches multisystemisches inflammatorisches Syndrom (schweres Entzündungssyndrom bei Kindern), Pankreatitis (Bauchspeicheldrüsenentzündung), Parästhesien (krankhafte Empfindungen auf der Haut), Perikarditis (Entzündung des Herzbeutels), Polyneuropathien (Schädigungen peripherer Nerven) und Purpura Schönlein-Henoch (immunologisch bedingte Entzündung der kleinen Blutgefäße)

Rheuma-Schübe

Schluckstörungen, Spontanaborte beziehungsweise Totgeburten, Status migränosus (Migräneattacke von mehr als 72 Stunden Dauer), Stomatitis (Entzündung der Mundschleimhaut) und Synkopen (plötzliche Ohnmachtsanfälle)

Tachykardie (Herzrasen), Tinnitus (Ohrgeräusche) und Transverse Myelitis (Entzündung des Rückenmarks)

Ulnaris-Parese (sogenannte Krallenhand beziehungsweise Radfahrerlähmung) und Unfruchtbarkeit

Vaskulitis (Gefäßentzündung), Venöse Thromboembolie (Verstopfung diverser Venen in allen möglichen Bereichen des Körpers durch Blutgerinnsel), Verschlechterung der Symptome bei Multipler Sklerose (Multisystem-Entzündungssyndrom) und Vertigo (Schwindel) der verschiedensten Art

Wortfindungsstörungen
Zerebraler Infarkt (Schlaganfall), Zuckungen der Augenmuskulatur und Zyto-

megalie (Aktivierung des im Körper vorhandenen Zytomegalie-Virus)

● **Quellen:** sogenannte Rote-Hand-Briefe der Impfstoffhersteller mit aktuellen Informationen zu neu erkannten Arzneimittelrisiken; bisher der Öffentlichkeit zugänglich gemachte Berichte über klinische Tests im Rahmen der Zulassungsverfahren für die Vakzine; Aufklärungsbögen zur Impfung; Datenbanken, welche die gemeldeten Impfnebenwirkungen auflisten, wie beispielsweise EudraVigilance (Europäische Union) VigiAccess (WHO) und VAERS (USA); Sicherheitsberichte des deutschen Paul-Ehrlich-Instituts; eine detaillierte Auflistung von Impfkomplicationen seitens der sächsischen Landesregierung in Beantwortung einer Kleinen Anfrage der AfD-Fraktion; Veröffentlichungen über die Ergebnisse der Obduktion von Personen, die nach der Impfung verstarben; Aufsätze in renommierten medizinischen Fachzeitschriften.
Zusammenstellung: Wolfgang Kaufmann

Mehr Realismus wagen

Bei der Vorstellung ihres Koalitionsvertrags verkündeten die Regierungsparteien noch, „mehr Fortschritt wagen“ zu wollen. Der Ukrainekrieg erweist sich nun vor allem für Grüne und Sozialdemokraten als harter Lehrmeister in Sachen Realpolitik

VON REINHARD MOHR

Auch in der achten Woche seit Kriegsbeginn sitzt der Schock in ganz Europa tief – allenfalls vergleichbar mit der Erschütterung nach den islamistischen Terroranschlägen vom 11. September 2001. Seitdem gefühlt „wie aus dem Nichts“, in Wahrheit nach jahrelanger Vorbereitung, Putins Angriffs- und Vernichtungswelle durch die Ukraine rollt, vollziehen sich in der politischen Landschaft aufsehenerregende Veränderungen, vor allem in Deutschland.

Plötzlich wird von einer „Zeitenwende“ gesprochen, von einer massiven Aufrüstung der Bundeswehr und einer neuen Härte gegenüber Putins Russland, das versucht, seinen Macht- und Einflussbereich mit brutaler Gewalt auszudehnen. War eben noch von „Dialogbereitschaft“, „friedlicher Kooperation“ und „Wandel durch Handel“ die Rede, so geht es nun um Verteidigungsbereitschaft, Raketenabwehr und Katastrophenschutz.

Wiederkehr verdrängter Begriffe

Vom Zeitgeist längst eingemottete Begriffe wie „Tapferkeit“ und „Heldenmut“ tauchen im Blick auf den ukrainischen Widerstand aus der Versenkung wieder auf, und der stets „im Zweifel linke“ „Spiegel“ veröffentlicht einen ausführlichen Artikel über die Vorzüge deutscher Panzer, darunter Leopard 2 und Marder.

Luftabwehr statt Latte Macchiato ist die Losung der Stunde. Schon beklagen die üblichen Verdächtigen wie der Mode-Soziologe Harald Welzer eine „Militarisierung des Denkens“, denn wie selbstverständlich reden nun auch die eigentlich pazifistischen Grünen vom Zusammenhalt der NATO und des Westens insgesamt, setzen sich für Waffenlieferungen ein und demonstrieren ihre Nähe zu den Soldaten, für die sie bislang kaum etwas übrig hatten, wenn sie nicht gerade Sandsäcke an der Oder stapelten oder am Telefon des Neuköllner Gesundheitsamtes Corona-Infektionsketten nachverfolgten.

Man reibt sich die Augen: Sind das dieselben Grünen, die unlängst noch angesichts einer verheerenden Flutkatastrophe wie im Ahrtal zuallererst darauf schauten, dass im Presstext des Umweltministeriums die Gendersternchen korrekt gesetzt wurden und anschließend in den vierwöchigen Frankreich-Urlaub führen? Jene Grünen, die Diversität, Nachhaltigkeit und eine feministische Außenpolitik predigen und für die Vier-Millionen-Metropole Berlin „mehr Bullerbü“ vorschlagen, das schwedische Kinder-Idyll von Astrid Lindgren?

Oder handelt es sich hier nur um ein vorübergehendes Phänomen, das unter akuter Schockwirkung zustande kam?

Attacke auf das Wohlstands-Biotop

Fürs Erste jedenfalls steht die Diagnose: Lumerland ist abgebrannt, jene eingebildete Insel des ewigen Friedens, auf der es zuletzt vor allem um Lastenfahräder, Wärmepumpen und die Reduzierung des Fleischkonsums ging, um Klima und Corona, was schlimm genug war, aber mit Windrädern, Impfstoffen und Karl Lauterbach bekämpft werden konnte.

Nun kommt aus der Tiefe des historischen Raumes, der zumindest bis ins imperialistische 19. Jahrhundert zurückreicht, eine geradezu anachronistisch anmutende Attacke auf unser friedensverwöhntes Regenbogen-Wohlstands-Biotop, die weder mit gutem Zureden noch mit dem bewährten Hausmittel der deutschen Politik – „Mehr Geld in die Hand zu nehmen“ – abgewehrt werden kann.

Es ist die schiere Unvorstellbarkeit eines solchen Zivilisationsbruchs mitten in Europa, die ein „Weiter so“ der Nach-Merkel-Re-



Vor einer besonders steilen Lernkurve: Die Grünen-Minister Annalena Baerbock und Robert Habeck

Foto: pa

publik nicht gestattet. Jahrzehnte scheint es heute her, dass die zentrale Wahlkampfparole der CDU lautete: „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ – tatsächlich stammt das Poesiebildchen eines Neo-Biedermeier im 21. Jahrhundert aus dem Geiste des Faber-Castell-Buntstiftkastens für Erstklässler von 2017.

Bringt die Zeitenwende an der Heimatfront also wirklich ein Ende der politischen Naivität mit sich? Kehrt nun ein neuer Realismus in die deutsche Debatte ein? Ist jetzt wirklich Schluss mit all den Beschönigungen und Selbsttäuschungen, die nun allenthalben beklagt werden?

Freude an der Selbstkritik

Erstaunlich, ja geradezu ein neuer Trend ist die endemisch gewordene Selbstbezeichnung von Spitzenpolitikern, sich „geirrt“, „getäuscht“ und falsch entschieden zu haben. Hätte man all das bloß geahnt! Wer konnte das wissen?

Ob Bundespräsident Steinmeier, CDU-Urgestein Wolfgang Schäuble, Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern und bis eben noch erbiterte und mit allen Haken und Ösen kämpfende Verfechterin von Putins Nord Stream 2, Brandenburgs Ex-Ministerpräsident Mathias Platzeck oder FDP-Vize Wolfgang Kubicki – „50 Jahre meiner politischen Agenda haben sich in Luft aufgelöst“: Das „mea culpa“ ist in aller Munde, im Mengenrabatt offenbar preiswerter denn je.

Alle bekennen, von Putins Angriffskrieg völlig überrascht worden zu sein, obwohl sie doch über weit mehr Einblick in die Entwicklungen, darunter Geheimdienstinformationen und Experten-Dossiers, verfügen als jeder Normalbürger. Der französische Philosoph und Putin-Kenner, der dem Krenl-Herrscher eine abstruse, mythologische unterfütterte „ideologische Selbstradikalisierung“ attestiert, resümiert im „Spiegel“: „Wir haben nicht ernst genommen, was Putin seit Jahren sagt. Er sagt seit zehn Jahren das Gleiche: der Westen. Der Liberalismus. Die Bedrohung Russlands. Und ich glaube,

dass wir ihn nicht ernst genommen haben, weil wir dachten, ein Krieg wäre unmöglich.“

Doch so ehrenwert späte Eingeständnisse des Scheiterns auch sind – was sagt uns das über Kompetenz und Qualifikation von Spitzenkräften unserer Republik, deren erste Aufgabe es ist, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“? Wo waren hier strategische Analyse, politische Weitsicht und vorausschauende Vorsorge?

Was immer man sonst von den Grünen halten mag, die bis eben gerade von Waffenlieferungen auch nichts wissen wollten: Sie warnen seit Jahren vor der autoritären, kleptokratischen und diktatorischen Entwicklung Russlands unter Putin, die spätestens seit der Annexion der Krim vor acht Jahren immer stärker aggressiv-totalitäre Züge angenommen hat. Selbst auf die dringenden Appelle von Polen, Tschechien und den baltischen Staaten, Abstand zu nehmen von Nord Stream 2, wollte man nicht hören. Und genau hier schließt sich ein historischer Kreis, der vor allem die Sozialdemokraten betrifft.

Erbsünden der Sozialdemokratie

Osteuropa war für sie schon immer eine Art Glacis, ein minder wichtiges Vorfeld der Sowjetunion, de facto ihr gleichsam legitimer Einflussbereich: ein Erbhof. Wenige Wochen, nachdem der „Prager Frühling“ mit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts am 21. August 1968 ein gewaltsames Ende gefunden hatte, traf der damalige Außenminister Willy Brandt seinen sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko, um die „gegenseitige Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft“ auszuloten. „Die militärische Okkupation der Tschechoslowakei und ihr künftiges Schicksal wurden mit keinem einzigen Wort mehr erwähnt“, heißt es dazu in einer Studie der Bundeszentrale für politische Bildung.

Fast immer waren die Sozialdemokraten auf Seiten der Macht und des Status quo. Die Angst vor unkontrollierbaren Entwicklungen, erst recht vor Volksaufständen gegen die Sowjetherrschaft und ihrer Satrapen in Osteuropa war größer als die Sympathie für Freiheitsbewegungen, die sich gegen die kommunisti-

sche Gewaltherrschaft auflehnten. So galten Vaclav Havel und Lech Walesa vielen sozialdemokratischen „Entspannungspolitikern“ als gefährliche, gar „reaktionäre“ Unruhestifter. Nach dem Militärputsch des polnischen Generals Wojciech Jaruzelski im Dezember 1981 gegen die „Solidarnosc“-Bewegung sagte Bundeskanzler Helmut Schmidt ausgerechnet während eines Besuchs in der DDR: „Wir bedauern, dass dies notwendig wurde.“

Auch DDR-Dissidenten wurden von der offiziellen Politik kaum beachtet. Lieber verfasste man ein „SPD/SED-Grundsatzpapier“, das Züge einer Anbiederung an Erich Honeckers Politbüro trug. Diese prinzipielle moralische und politische Relativierung diktatorischer Regime hat sich bis heute gehalten. Erst der durch absolut nichts mehr zu rechtfertigende Vernichtungskrieg Putins in der Ukraine brachte diese jahrzehntelang gehaltene Position ins Wanken.

Restbestände der Ostpolitik

Doch noch immer finden sich Restbestände dieser einstigen Ostpolitik etwa in der verdrucktesten Zögerlichkeit, mit der Bundeskanzler Scholz und seine überforderte Verteidigungsministerin effektive und kurzfristige Waffenlieferungen an die Ukraine hintertreiben. Auch Scholz gehörte zu jenen Sozialdemokraten (deren extremste Ausprägung Ex-Kanzler Schröder verkörpert), die mit jenem Russland- und „Putin-Kitsch“ ihre Politik des Appeasements legitimierten, die der Historiker Karl Schlögel jüngst anprangerte.

Dabei konnten sie stets auf eine in Deutschland verbreitete Russland-Romantik zurückgreifen, die auch ihre wahrhaftigen Motive hat. Ein ganz privates Beispiel: Der Großvater des Autors dieser Zeilen, ein Hitler-Gegner der ersten Stunde, nahm als Wehrmachtssoldat zerfledderte Bände von Tolstoi und Dostojewski mit an die Ostfront.

In seinem Werk „Lauter letzte Tage“ stellte Friedrich Sieburg fest, Deutschland schwanke stets zwischen Macht und Ohnmacht, „zwischen Übermut und Reue“, „Hochmut und Zerknirschung“. So lebe „es seit eh und je, niemals zu einer natürlichen Klarheit über sich selbst gelangend“.

Ob sich daran nun etwas ändert und tatsächlich die Chance auf ein Ende jener politischen Naivität besteht, die hierzulande immer mit einem Idealismus verbunden ist, deren Geschwister Moralismus, Opportunismus und Ängstlichkeit heißen, wird sich zeigen. Womöglich schneller als gedacht.

Debatten statt Denkverbote

Denn sowohl in der Klima- als auch in der Migrationspolitik schlummern vergleichbare Herausforderungen an einen neuen Realismus, denen sich die neue „Ampel“-Regierung stellen muss. So erscheint der vom Wirtschaftsminister vorgestellte Plan, vor allem mit Wind- und Sonnenenergie, unter Verzicht auf Kohle- und Atomstrom, einen klimaneutralen Ersatz für russisches Öl und Erdgas zu finden, durchaus fragwürdig – schon gar in der Frist von wenigen Jahren.

Ob der Krieg „der Vater aller Dinge“ ist, wie Heraklit meinte, sei dahingestellt. Auf jeden Fall ist er ein Lehrmeister auch für die, die nicht direkt an ihm beteiligt sind. Wie steil aber die berüchtigte Lernkurve in der deutschen Politik angesichts des akuten Realitätsschocks ausfällt, wird auch davon abhängen, ob politische korrekte Tabus und moralisierende Denkverbote einer neuen, streitlustigen Debattenkultur weichen.

● Reinhard Mohr war von 1996 bis 2004 Redakteur des „Spiegel“ und bis 2010 Autor von „Spiegel Online“. Zuletzt erschien „Deutschland zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung. Warum es keine Mitte mehr gibt“ (Europa Verlag 2021).

www.europa-verlag.com

—
Doch so ehrenwert späte Eingeständnisse des Scheiterns auch sind – was sagt uns das über Kompetenz und Qualifikation von Spitzenkräften, deren erste Aufgabe es ist, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“? Wo waren hier strategische Analyse, politische Weitsicht und vorausschauende Vorsorge?

● MELDUNGEN

Amnesty rügt Deutschland

London – In ihrem Jahresbericht zur Menschenrechtssituation 2021 kritisiert die Nichtregierungsorganisation Amnesty International (AI) die Bundesrepublik Deutschland. Die Corona-Pandemie sei wie 2020 auch zur Beseitigung demokratischer Freiräume und garantierter Verfassungsrechte genutzt worden. So habe es unangemessene Polizeieinsätze gegen friedliche Demonstranten gegeben. Mit deutlichen Worten rügt AI das neue Versammlungsgesetz von Nordrhein-Westfalen, das die Versammlungsfreiheit durch zahlreiche Verwaltungsvorschriften über Gebühr einenge und der Polizei zu viele Befugnisse einräume – wie die zur Einrichtung von Personenkontrollstellen im Umfeld von Demonstrationen. Außerdem wird bemängelt, dass das ebenfalls novellierte Bundesnachrichtendienst-Gesetz „die massenhafte Überwachung ausländischer Kommunikation und die Überwachung von Kommunikationsnetzen ohne Aufsicht“ erlaube. W.K.

599 öffentliche Bunker

Berlin – In Deutschland gibt es nur noch 599 öffentliche Bunker mit Platz für knapp eine halbe Million Menschen. Damit würde im Kriegsfall nicht einmal jeder 160. Bürger Unterschlupf finden. Das brachte eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion an das Bundesministerium des Innern und für Heimat zutage. Die meisten Schutzräume befinden sich in Baden-Württemberg (220) und Bayern (156). Dahingegen existieren in den neuen Bundesländern überhaupt keine. Das von Nancy Faeser geführte Ministerium vertrat die Ansicht, dass viele U-Bahn-Stationen, Tiefgaragen und Kellerräume „aufgrund der in Deutschland im allgemeinen flächendeckend vorhandenen soliden Bausubstanz einen guten Grundschutz“ bieten. Das hinderte den Parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Stephan Brandner, nicht daran, den derzeitigen Zustand als ausgesprochen beschämend zu bezeichnen. W.K.

Völlig veraltete Technik

Dresden – Im Prozess vor dem Dresdner Hochsicherheitsgericht am Hammerweg, in dem sich sechs Mitglieder des Berliner Remmo-Clans wegen des spektakulären Juwelendiebstahls aus dem Historischen Grünen Gewölbe im Residenzschloss der sächsischen Landeshauptstadt verantworten müssen, sagte am 5. April ein als Zeuge geladener Ingenieur aus, der an der Erarbeitung des Sicherheitskonzeptes für das Museum mitgewirkt hatte. Aus dessen Angaben geht hervor, dass sich die Überwachungstechnik zum Zeitpunkt der Tat im November 2019 auf dem Stand des Jahres 2005 befand. So fehlte ein Alarmlicht, sodass die veralteten Kameras vor Ort die schlechtesten Bilder in der Geschichte des modernen Kunstraubs lieferten. Außerdem stellten die Vitrinen kein Hindernis für die Einbrecher dar und der Fassadenscanner auf der Außenseite erfasste das Fenster nicht, durch welches eingestiegen wurde. Das Gerät war zudem außer Betrieb. W.K.



Wildvögelbestände in Gefahr: Windkraftanlagen werden immer öfter in unmittelbarer Nähe von Brutgebieten gebaut

Foto: Shutterstock

WINDENERGIEAUSBAU

Ein grünes „Osterpaket“

Wie Minister Robert Habeck den Naturschutz aufweicht – Umweltschützer schlagen Alarm

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Am 4. April stellten Wirtschaftsminister Robert Habeck und Umweltministerin Steffi Lemke ihr „Eckpunktepapier zur Beschleunigung des naturverträglichen Windenergieausbaus an Land“ vor. Es umfasst Maßnahmen der als „Osterpaket“ bezeichneten energiepolitischen Gesetzesnovelle mit 56 Einzelgesetzen. Umweltschützer hatten erwartet, dass die Regierung die gegenwärtige Energiekrise nutzen würde, um mit ihren Plänen für einen beschleunigten Ausbau der sogenannten Erneuerbaren Energien an die Öffentlichkeit zu treten.

Mithilfe des „Osterpakets“ will die Regierung ihre vorgezogenen Ausbauziele der Wind- und Solarenergie vorantreiben, damit Deutschland unabhängiger von russischen Energieimporten werde, wie es heißt. Allerdings ist Deutschland bei der Energiewende und insbesondere beim Bau von Windkraftanlagen auf große Mengen an weltweit stark nachgefragten Metallen angewiesen, darunter Palladium, Nickel und Chrom, die zu einem größeren Teil aus Russland importiert wer-

den und sich bereits erheblich verteuert haben.

Inhaltlich zielt das Eckpunktepapier darauf ab, die „artenschutzfachliche Prüfung für Windenergie-Anlagen an Land zu vereinfachen und effizienter zu gestalten“. Der veränderte, rein technokratische Umgang mit dem Tötungsverbot der Vogelschutzrichtlinie und des Bundesnaturschutzgesetzes basiert auf bundesweit einheitlichen Standards zur Genehmigung von Windrädern nur mit Blick auf die Gefährdung von bestimmten Brutvogelarten, für die Windräder eine Kollisionsgefahr darstellen.

Rohstoffimport aus Russland

Rastende und durchziehende Vögel sind nicht berücksichtigt, ebenso wie die überwiegend stark gefährdeten Fledermäuse. Zudem sollen Windparks künftig auch in Landschaftsschutzgebieten erlaubt sein. Damit ist das Tötungsverbot de facto abgeschafft, während Windpark-Projektierer in Rechtsverfahren gegenüber klagenden Naturschutzverbänden ungemein begünstigt werden.

Naturschutzverbände reagierten entsetzt. Die Naturschutzinitiative (NI) kri-

tisiert das Eckpunktepapier scharf als eine „Schwächung des Naturschutzes von historischer Tragweite“. Es missachte das „Helgoländer Papier“ der Arbeitsgemeinschaft aller staatlichen Vogelschutzwarten sowie die Erkenntnisse der aktuellen faunistischen Feldforschung, betonte der Biologe Wolfgang Epple, wissenschaftlicher Beirat der NI. Der Schutz der Arten vor dem Eindringen der Windkraft in ihre Habitate sei damit abgeschafft. 500 Meter Abstand zu einem Seeadlerhorst seien ein Skandal, ebenso wie das Ignorieren von Arten, die zu Allerweltsarten erklärt werden. Windkraftsensible Arten wie Mäusebussard, Waldschnepfe oder Auerhuhn seien in der Liste mit Tabu- und Prüfberichten für Brutplätze kollisionsgefährdeter Vogelarten gar nicht aufgeführt.

Auch das Gesetz zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes ist ein zentrales Teilstück des „Osterpakets“. Bereits jetzt sind in der Nord- und Ostsee große Bereiche mit Offshore-Installationen bebaut. Eine im Februar im Fachmedium „Frontiers in Marine Science“ veröffentlichte Studie des Helmholtz Instituts Hereon für Küstenforschung in Geesthacht über den Einfluss von Off-

shore-Windparks auf die Ozeandynamik beschreibt schwerwiegende Auswirkungen auf die marine Umwelt.

Windkraft verändert Atmosphäre

Der Vorstoß der Regierung zielt dessen ungeachtet auf einen beschleunigten Ausbau der Offshore-Windenergie ab. Die Helmholtz-Studie fand heraus, dass die turbulenten Wirbelschleppen der Windräder den strömungsgetriebenen Austausch zwischen Atmosphäre und Wasser verändern. Die Schichtung des Wassers wird stabiler und es verschieben sich Temperatur und Salzgehalt.

Folglich ist die Planktonproduktion reduziert, was die gesamte marine Nahrungskette betrifft. Davon können auch Schutzgebiete beeinflusst werden. Aufgrund der jetzt bekannten, weitreichenden strukturellen Veränderungen im System durch Offshore-Windparks wäre es Aufgabe der Wissenschaftler, von der Politik ein Windkraft-Moratorium einzufordern. Doch das geschieht nicht, da die Verknüpfung von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft hinsichtlich des Ausbaus der Erneuerbaren Energien unauf löslich vollzogen zu sein scheint.

UKRAINISCHE FLÜCHTLINGE

Belastungen für das deutsche Gesundheitswesen

Corona, Masern, Polio – Hohes Ansteckungspotential durch ungeimpfte Ukrainer

Das schon vor Beginn der russischen Invasion nicht sonderlich gut aufgestellte ukrainische Gesundheitssystem befindet sich in einer existentiellen Krise. Das wird Deutschland bald zu spüren bekommen: „Alles, was in der Ukraine passiert, wirkt sich auch auf die anderen Länder aus, in die die Menschen fliehen“, warnte die Ukraine-Verantwortliche der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Heather Papowitz, unlängst.

So steht zu erwarten, dass viele Flüchtlinge mit der Omikron-Variante des Coronavirus infiziert sind, wobei das Risiko schwerer Fälle hier aber relativ gering ist. Jedenfalls lag die Durchimpfungsrate vor Kriegsbeginn in Kiew lediglich bei 65 Prozent und in vielen ländlichen Regionen sogar nur bei 20 Prozent.

Gefährlicher als SARS-CoV-2 ist das Poliovirus, das ebenfalls in der Ukraine grassiert. Wie eine Genfer Anti-Polio-Initiative mitteilte, wurde durch den Krieg eine Kampagne zur Impfung von 140.000 Kindern blockiert. Insofern dürfte es auch Einschleppungen der Kinderlähmung nach Deutschland geben.

Und dann sind da noch die Masern, die aufgrund ihres hohen Ansteckungspotentials in jeder humanitären Krise zum Problem werden. Wegen des verbreiteten Misstrauens in der ukrainischen Bevölkerung gegenüber jeder Form von Impfung kam es zwischen 2017 und 2020 zu mehreren Masernausbrüchen mit insgesamt 115.000 Erkrankten. Auch danach stieg die Durchimpfungsrate kaum. Im Gebiet von Charkiw, aus dem viele Flücht-

linge nach Deutschland kommen, lag sie besonders weit unter dem internationalen Durchschnitt.

Desgleichen hat die Ukraine eine der weltweit höchsten Inzidenzen bei der medikamentenresistenten Tuberkulose. Rund 32.000 Ukrainer erkrankten jedes Jahr an Tuberkulose, und jeder Dritte davon entwickelt eine Multiresistenz. Das resultiert aus der Unterbrechung von Antibiotika-Therapien. Infolge der Corona-Pandemie war die Zahl der Behandlungen von Tuberkulosepatienten schon 2020 und 2021 um 30 Prozent zurückgegangen, was zu einer verstärkten Verbreitung der Krankheit führte. Aufgrund der jetzigen Verhältnisse sind weitere gravierende Verschlechterungen und auch Verschleppungen ins Ausland zu erwarten.

Dazu kommt die Durchseuchung mit dem HI-Virus. Die Ukraine weist die zweithöchste HIV-Rate in Osteuropa auf: Mehr als jeder hundertste Erwachsene ist infiziert – in Risikogruppen liegt die Quote bis zu 20 Mal höher. Eine antiretrovirale Therapie kann die Virenlast bei den Betroffenen soweit senken, dass die Übertragung der Krankheit verhindert wird. Allerdings erhielten vor Kriegsbeginn nur 57 Prozent der Infizierten eine solche Therapie. Und deren Fortsetzung steht nun vielfach in den Sternen.

Angesichts all dessen wäre es äußerst ratsam, ankommende Flüchtlinge nicht nur lückenlos zu registrieren und auf COVID-19 zu testen, sondern auch auf Masern, Polio, Tuberkulose und HIV zu untersuchen. Wolfgang Kaufmann

KUNDGEBUNGEN

Berlin als Kampfplatz der Welt

Demonstrationen mit ausländischen Anliegen breiten sich immer mehr in der Hauptstadt aus

VON NORMAN HANERT

Das Grundgesetz sichert allen Deutschen das Recht zu, „sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln“. Vom Recht auf Versammlungsfreiheit profitieren allerdings auch hier lebende Immigranten, die Konflikte ihrer Heimatländer zunehmend in der hiesigen Öffentlichkeit austragen. Damit droht nicht nur eine Vergiftung des inneren Friedens in der deutschen Gesellschaft, auch das per Grundgesetz garantierte Demonstrationsrecht könnte von Innenpolitikern zunehmend restriktiver ausgelegt werden.

Speziell in der deutschen Hauptstadt, in der die Polizei ohnehin jedes Jahr zirka 5000 Demonstrationen registriert, spielen Proteste mit Auslandsbezug schon lange eine größere Rolle. Seit Jahren ein Dauerproblem für Berlin und auch andere deutsche Städte mit einem hohen Immigrantanteil sind die israelfeindlichen Al-Quds-Demonstrationen.

Traditionell werden die Al-Quds-Märsche weltweit am letzten Freitag des muslimischen Fastenmonats Ramadan veranstaltet. Neben Anhängern der Islamischen Republik Iran beteiligten sich Sympathisanten der Hisbollah, der Hamas und der Volksfront zur Befreiung Palästinas an den Demonstrationen, auf denen für die „Befreiung Jerusalems“ und ganz offen für die Vernichtung Israels demonstriert wird. Wegen der Corona-Pandemie hatten die Veranstalter 2020 und 2021 auf die Märsche verzichtet. In den Jahren zuvor waren allerdings bis zu 1200 Demonstranten mit antisemitischen Parolen über den Berliner Kurfürstendamm gezogen.

Israelfeinde sind seit Jahren aktiv

Als die Israelfeinde 2019 durch Berlin-Charlottenburg gezogen waren, hatte die Senatsinnenverwaltung noch auf Auflagen gesetzt und einen Verbotsversuch gescheut. Hintergrund war die Annahme, dass ein Verbot der Veranstaltung vor dem Verwaltungsgericht nicht standhalten würde. „Ein Rechtsstaat muss rechtsstaatlich handeln“, so die damalige Aussage der Innenverwaltung.

Zumindest in Berlin hält der Rechtsstaat inzwischen mehr Möglichkeiten bereit, um Demonstrationen zu verbieten.



Offen für die Vernichtung Israels: Demonstration zum „Al-Quds-Tag“ in Berlin

Foto: pa

Handhabe bietet das seit einem Jahr geltende Berliner Versammlungsgesetz, das noch die rot-rot-grüne Vorgängerkoalition beschlossen hatte. Angepriesen hatte Rot-Rot-Grün das Gesetz als eines der liberalsten Versammlungsgesetze in Deutschland. Mit dem Gesetz reduzierten SPD, Linkspartei und Grüne unter anderem die Bannmeile für das Berliner Parlament und stärkten die Rechte von Gegen-demonstranten.

Allerdings bietet das Gesetz auch die Möglichkeit, Demonstrationen zu verbieten, wenn sie den öffentlichen Frieden stören, indem gegen eine nationale, religiöse oder ethnische Gruppe zum Hass aufgestachelt oder zu Gewalt aufgefordert wird. Bereits Ende März hatte Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) angekündigt, in diesem Jahr ein Verbot der Al-Quds-Demonstration zu prüfen. Möglicherweise um einem Verbot zuvorzukommen, haben die Veranstalter inzwischen den ursprünglich für Ende April geplanten Berliner Al-Quds-Marsch abgesagt.

Mittlerweile rufen prorussische Demonstrationen die Innenpolitiker mehrerer Parteien auf den Plan. Bereits am ersten Aprilwochenende hat in Berlin ein Autokorso stattgefunden, an dem hunderte Fahrzeuge beteiligt waren. An zahlreichen Autos waren Fahnen in den russischen, aber auch den deutschen Nationalfarben angebracht. René Herrmann, der Organisator, begründete den Autokorso mit der Anfeindung russischer Menschen. Tatsächlich hat Berlins Polizei in den vergangenen Wochen bis hin zu einem Brandanschlag eine Welle von Straftaten registriert, die gegen russischsprechende Menschen gerichtet waren.

Kiew mischt sich ein

Eine Woche später gab es bereits bundesweit ähnliche Demonstrationen, unter anderem auch in Frankfurt und Hannover. Mit Blick auf den Autokorso in Hannover war es der ukrainische Botschafter Andriy Melnyk, der, für einen Diplomaten recht ungewöhnlich, von seinem Gastland ganz direkt ein Verbot der Demonstration forderte. Der Botschafter erklärte, dass dieser Autokorso in Hannover geduldet werde, sei eine „Schande für Deutschland“.

Das niedersächsische Innenministerium hatte vor dem Autokorso mitgeteilt, dass neben dem Zeigen des Buchstabens „Z“ auch Formen der Meinungskundgabe unzulässig seien, mit denen massiv und eindrücklich die Zugehörigkeit zur russischen Nation zur Schau gestellt werde. Derlei Auflagen könnten in Zukunft speziell unter Verwaltungsjuristen noch für Diskussionen sorgen. Legt man diesen niedersächsischen Maßstab an, dann müsste die Polizei künftig auch auf die Mengen an türkischen Fahnen reagieren, die beispielsweise in Deutschland regelmäßig bei Veranstaltungen von Erdoğan-Anhängern zu sehen sind.

Eine innenpolitisch befriedigende Möglichkeit zeigt das Beispiel Dänemark auf. Dort dürfen Privatpersonen in der Öffentlichkeit generell nur die dänische Flagge, aber keine ausländischen Fahnen zeigen.

Christel Bienstein, Präsidentin des Pflegeberuf-Verbands DBFK: „Die aktuelle Debatte zeigt, wie dünn die Personaldecke in der Pflege ist.“ Gabriela Leyh, Landeschefin der BEK Krankenkasse, sieht die Lage ähnlich: „Mit verbesserten Arbeitsbedingungen muss es gelingen, Pflegekräfte länger im Beruf zu halten, beispielsweise mit Arbeitszeitmodellen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.“ Die zusätzliche Verschärfung der Lage durch die Impfpflicht ist noch nicht einmal berücksichtigt. Frank Bückler

GESUNDHEIT

Auch ohne Impfpflicht droht ein Pflege-Desaster

Berlin und Brandenburg: Fachleute warnen vor dramatischer Personalnot in den kommenden Jahren

Seit Mitte März gilt eine Impfpflicht bei Gesundheits- und Pflegeberufen. Arbeitgeber müssen den Gesundheitsämtern ihre ungeimpften Mitarbeiter melden. Die können daraufhin Bußgelder sowie Tätigkeits- und Betretungsverbote verhängen. Diverse Arbeitgeber haben aber bereits jetzt Personalprobleme und erklärten: „Ungeimpfte aus dem Verkehr zu ziehen, können wir als Pflegedienst nicht aushalten.“

Auch Berlins Gesundheitssenatorin Ulrike Gote (Grüne) räumt ein, dass die Durchsetzung der Impfpflicht zu Personalengpässen führt. Zwar ist Gote als entschiedene Impfpflichtbefürworterin bekannt, aber sie schränkt ein: „Mit Konsequenzen wie Bußgeld oder Tätigkeitsverbote ist erst in einigen Wochen zu rechnen. Berlin ist da kein Einzelfall, denn in den Bundesländern wird die Umsetzung

der Teil-Impfpflicht unterschiedlich gehandhabt.“ Die brandenburgische Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) steht vor ähnlichen Problemen und versucht mit Drohungen und gutem Zureden, die Impfbereitschaft zu heben: „Unser Ziel ist es daher, noch möglichst viele ungeimpfte Beschäftigte in den betroffenen Bereichen von einer Impfung zu überzeugen.“

In Berlin macht Gote die Rechnung indes ohne den Wirt, denn die Gesundheitsämter sind personell so schlecht ausgestattet, dass sie die ihnen zugedachten Aufgaben gar nicht ausfüllen können. Neben den Impfplänen von Gote und Nonnemacher plagen die Pflegeeinrichtungen noch reale Sorgen. Nach Erhebungen der Barmer Ersatzkasse (BEK) wird allein in Berlin die Zahl der Pflegebedürftigen von derzeit 164.000 bis 2030 auf

241.000 anwachsen, das seien 43.000 mehr als bislang angenommen. Das bedeute, dass dann 10.000 zusätzliche Pflegekräfte benötigt würden.

42 Prozent denken an Weggang

Da altersbedingt viele Pfleger in den kommenden Jahren ausscheiden und die Fluktuation groß ist, wachsen die Personalprobleme der Heimbetreiber. Das Berufsportal Stepstone befürchtet, dass die Durchsetzung einer Impfpflicht für Impfunwillige Anreiz zum Branchenwechsel sei. Dort heißt es, dass ohnehin 42 Prozent der Beschäftigten in der Pflege dabei seien, sich beruflich umzuorientieren.

Stepstone-Chef Sebastian Dettmers: „Wir erleben am Arbeitsmarkt gerade eine Zeitenwende. Die Herausforderung heißt ab sofort nicht mehr Arbeitslosigkeit, sondern Arbeiterlosigkeit.“ Inzwischen

gibt es vermehrt Anzeigen von ungeimpften Pflegern, die sich als Mitarbeiter anbieten. Zwar behauptet der Sender rbb, dass es sich hier mutmaßlich um unechte Anzeigen von Impfgegnern handele, aber die „Berliner Morgenpost“ räumt ein, dass es auf Ebay-Kleinanzeigen 500 entsprechende Annoncen gebe.

Christel Bienstein, Präsidentin des Pflegeberuf-Verbands DBFK: „Die aktuelle Debatte zeigt, wie dünn die Personaldecke in der Pflege ist.“ Gabriela Leyh, Landeschefin der BEK Krankenkasse, sieht die Lage ähnlich: „Mit verbesserten Arbeitsbedingungen muss es gelingen, Pflegekräfte länger im Beruf zu halten, beispielsweise mit Arbeitszeitmodellen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.“ Die zusätzliche Verschärfung der Lage durch die Impfpflicht ist noch nicht einmal berücksichtigt. Frank Bückler

KOLUMNE

Bonn-Berlin

VON VERA LENGSELD

Es ist eine unendliche Geschichte. Es geht um Verschleuderung von Steuergeld, um hunderttausende unnötig geflogene Kilometer, um die Unfähigkeit der deutschen Politik, Fehlentscheidungen zu korrigieren. Und wenn eine überfällige Korrektur vorgenommen wird, gibt es einen Aufstand der Besitzstandswahrer.

Als der Deutsche Bundestag im Juni 1991 beschloss, Parlament und Regierung nach Berlin zu verlegen, dauerte es mehrere Jahre, ehe dieser Beschluss umgesetzt werden konnte. Wenn der damalige Kanzler Helmut Kohl nicht den durchsetzungsfähigen Klaus Töpfer damit beauftragt hätte, als Bauminister diesen Umzug zu organisieren, säßen Parlament und Regierung heute noch vollständig in Bonn.

Zur Hälfte tun sie es immer noch, denn mehrere Ministerien und Behörden blieben am Rhein. Anfangs war sogar die Beschaffungsabteilung dabei, sodass jeder Kugelschreiber und jedes Blatt Papier für die Büros aus Bonn nach Berlin geschickt wurde. Das wurde bald geändert. Aber bis heute fliegen Mitarbeiter der Ministerien zu Ausschusssitzungen von Bonn nach Berlin und nach wenigen Stunden wieder retour.

Zwar hat sich die Anzahl dieser Flüge im Laufe der Jahre reduziert, weil nach und nach alle Bonner Ministerien ihre Berliner Zweigstelle zum heimlichen Hauptsitz ausgebaut haben. In Bonn blieben überwiegend diejenigen zurück, die sich dem Pensionsalter näherten. Aber offiziell wurde der Bonn-Berlin-Beschluss nie korrigiert.

Nun hat kurz vor Ostern Verteidigungsministerin Christine Lambrecht tatsächlich angeordnet, die Flugschiffahrt der Bundeswehr nach Berlin zu verlegen. Da diese Institution vor allem die Aufgabe hat, Regierungsmitglieder zu befördern, hätte das längst passieren müssen. Aber die mehr als 1000 Mitarbeiter, die nicht umziehen wollen, sind schon dabei, die Entscheidung zu torpedieren. Ausgang ungewiss.

MELDUNG

Linkspartei gespalten

Potsdam – Marlen Block tritt als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der brandenburgischen Landtagsfraktion der Linkspartei zurück. Auslöser für den Schritt war ein Landesparteitag, auf dem der frühere Potsdamer Bundestagsabgeordnete Norbert Müller dem Fraktionschef Sebastian Walter in einer Kampfabstimmung um den Posten des männlichen Co-Chefs der Partei unterlag. Nach Müllers Niederlage trat die Landtagsabgeordnete Isabelle Vandré als stellvertretende Landesvorsitzende gar nicht erst an. Die Linkspartei in Brandenburg ist in zwei Lager gespalten und verliert weiter Mitglieder. Zuletzt wurden weniger als 5000 Genossen gezählt. Block gab als Grund für ihren Rücktritt „länger andauernde kommunikative Spannungen“ an. Tatsächlich gehören Block und Müller zu den sogenannten Bewegungslinken. F.B.

● MELDUNGEN

Millionen für Falschaussage

Ohio – Ein selbsternannter antirassistischer Aktivist wurde von einem Berufungsgericht im US-Bundesstaat Ohio zur Zahlung von 32 Millionen US-Dollar Schadensersatz an eine Bäckerei verurteilt. Der am Oberlin College eingeschriebene schwarze Student war 2016 beim Ladendiebstahl ertrappt worden und hatte den Beschäftigten hernach Diskriminierung vorgeworfen. Zudem organisierte er permanente Straßenproteste vor der Bäckerei und rief öffentlich zu deren Boykott auf. Daraufhin verklagte der Inhaber des Geschäfts den Rädelführer der Unruhen wegen Falschaussage, Sachbeschädigung sowie Belästigung und erhielt eine Entschädigung von 40 Millionen US-Dollar zugesprochen, welche später auf 25 Millionen zuzüglich eines angemessenen Ausgleichs für die entstandenen Anwaltskosten reduziert wurde. Dennoch ging der „Antirassist“ in Berufung, womit er nun auf ganzer Linie scheiterte. *W.K.*

Dänen setzen Prioritäten

Kopenhagen – Die dänische Regierung unter Führung der Sozialdemokratin Mette Frederiksen hat für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge im Staatshaushalt zwei Milliarden Kronen, etwa 268 Millionen Euro, eingeplant. Im Gegenzug wurden Entwicklungshilfegelder für Länder wie Mali, Bangladesch und Burkina Faso gekürzt. Flemming Møller Mortensen, der Minister für Entwicklung und Nordische Angelegenheiten, sagte zur Begründung für dieses Vorgehen gegenüber der Tageszeitung „Berlingske“: „Hauptziel der Entwicklungshilfepolitik der Regierung ist es, dass Flüchtlingen nahe ihren Heimatgebieten geholfen wird. Aktuell ist Dänemark zu einem solchen Nahgebiet geworden. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung.“ Die eingeplanten zwei Milliarden dänische Kronen basieren auf der Annahme, dass Dänemark für eine befristete Zeit 20.000 ukrainische Flüchtlinge aufnimmt. *N.H.*

Umgekehrte Migration

Taschkent – Hunderttausende junger und gut ausgebildeter Russen verlassen seit Ende Februar ihre Heimat in Richtung der ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien oder im Südkaukasus. Kamen in den vergangenen 30 Jahren Menschen aus diesen Republiken als Arbeitsmigranten nach Russland, kehrt sich dieser Trend aktuell um. Besonders Usbekistan zieht russische Intellektuelle und hoch spezialisierte IT-Experten an. Viele von ihnen haben ihre Arbeit verloren oder verlassen aus politischen Gründen ihre Heimat. Usbekistan, das schon in den 1920er Jahren Zufluchtsort verfolgter Russen war, bietet neben der erleichterten Einreise viele Vorteile. Die Usbeken sind russlandfreundlich, verstehen die Sprache, und das Leben dort ist für Russen verhältnismäßig preisgünstig. Seit dem 1. April bietet das Land qualifizierten IT-Spezialisten einen Aufenthaltstitel für drei Jahre an, der sich automatisch verlängert und der sie Usbeken gleichstellt. *MRK*

KARPATENUKRAINE

Hilfsgüter für Deutsche

Die Stiftung „Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“ hilft während des Krieges den heute noch in der Ukraine verbliebenen und in ländlichen Siedlungen lebenden Karpatendeutschen

VON BODO BOST

Durch das Leiden der Menschen in der Ukraine gerät die dort noch lebende deutsche Minderheit fast in Vergessenheit. Diesen Umstand will die Stiftung „Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“ ändern. Die vom 96-jährigen saarländischen Unternehmer Kurt Linster gegründete Stiftung, die ihren Sitz in Bayreuth hat und vom ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten und Ex-Aussiedlerbeauftragten Hartmut Koschyk geleitet wird, hat seit Beginn des Ukrainekriegs eine humanitäre Brücke zu der in der Ukraine verbliebenen deutschen Minderheit geschlagen. Koschyk kennt diese sehr gut, war er doch jahrelang Präsident des Vereins für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland bis zu dessen Konkurs 2019.

Transkarpatien ist der westlichste Zipfel der Ukraine, es grenzt an Rumänien,

Ungarn und die Slowakei. Diese bergige Region, die direkt an NATO- und EU-Staaten angrenzt, ist von den russischen Aggressoren vergleichsweise weit entfernt und gilt daher noch als sicher. Seit Kriegsbeginn wurde sie zum Rückzugspunkt für Hunderttausende Kriegsflüchtlinge aus der ganzen Ukraine, aber auch zum Durchgangspunkt des Flüchtlingsstroms in die benachbarten EU-Länder.

In dieser Region, die bis 1939 zur Tschechoslowakei gehörte, hat in zwei deutsch-böhmischen und fränkischen Sprachinseln, nämlich im Theresien- (Terewa-) beziehungsweise Mokratal sowie Unterschönborn und Pausching bei der Stadt Munkatsch, die deutsche Sprache bis heute überlebt. Es sind die einzigen noch geschlossenen ländlichen deutschen Siedlungen in der Ukraine.

Die vorwiegend katholischen Dörfer waren die einzigen deutschen Siedlungen im europäischen Teil der Sowjetunion,

die selbst von den Deportationen der Stalinzeit verschont blieben, weil der Partisanenkrieg der ukrainischen Nationalisten nach 1945 bis zum Tode Stalins 1953 die Kommunikationswege und damit auch die Deportationszüge der damals sowjetischen Ukraine bis weit in die 1950er Jahre unterbrochen hatte. Auch heute bereiten sich dort Freiwilligenverbände für einen möglichen Partisanenkrieg gegen die Russen vor.

Dreimal die Heimat verloren

In der Region leben viele europäische Minderheiten, neben Ungarn, Slowaken, Huzulen und Ruthenen auch die „Schönbornfranken“. Deren Vorfahren waren ab 1730 in der Regierungszeit des Grafen Lothar Franz von Schönborn aus Mainfranken in diese Region eingewandert, um die durch zahlreiche Kriege menschenleere Region wieder zu besiedeln. Seit der Erlangung der Unabhängigkeit der Ukraine

1991 hatten sich intensive zwischenmenschliche Bindungen zwischen der Oblast Transkarpatien und dem Regierungsbezirk Oberfranken entwickelt, zeitweise bestand auch eine offizielle Partnerschaft zwischen beiden Bezirken.

Angesichts der dramatischen humanitären Lage der Kriegsflüchtlinge in der Ukraine hat die Stiftung „Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“ das Projekt „Humanitäre Brücke Oberfranken-Transkarpatien“ gestartet, das Hilfsgüter in die Region liefert und verteilt sowie den Angehörigen der deutschen Minderheit in der Ukraine in Uschhorod eine Anlaufstelle für humanitäre Hilfe und Beratung für eine Aufnahme in Deutschland anbietet. Diese Einrichtung betreibt die Stiftung Verbundenheit in enger Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten.

Im Gebiet Munkatsch ist der aus Deutschland stammende katholische Pfarrer Josef Trunk als Seelsorger und im karitativen Bereich tätig. Er hat bereits umfangreiche Unterbringungsmöglichkeiten für Kriegsflüchtlinge geschaffen. In Munkatsch selbst garantiert die zum Vorstand des Rates der Deutschen in der Ukraine gehörende Julia Tayps vor Ort eine ordnungsgemäße Verteilung der gesammelten Hilfsgüter in der Region.

Nicht so viel Glück wie die Deutschen in der Karpatenukraine hatten die Deutschen in Schlangendorf (Smijiwka) im südkrainischen Gebiet Cherson. Die seit 1992 von Rückwanderern aus Kasachstan auf einer hoch gelegenen Halbinsel über dem Dnjepr wieder aufgebaute Siedlung aus dem Jahr 1804 war die erste deutsche Siedlung, die Anfang März von den Russen erobert wurde. Schlangendorf wurde bekannt, nachdem das schwedische Königspaar Karl XVI. Gustav und Silvia vor 20 Jahren das Dorf besucht hatten, weil dort auch 100 Schweden den Zweiten Weltkrieg überlebt hatten. Schweden und Deutsche wurden von dem evangelischen Pfarrer Oleg Fischer betreut. Manche ältere Deutsche aus Schlangendorf haben jetzt bereits zum dritten Mal ihre Heimat verloren.



Rückzugsort für die deutsche Minderheit: Die wiederaufgebaute evangelische Kirche in Schlangendorf

Foto: Bost

NAMIBIA

Lebendiges Namdeutsch

In dem früheren Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika erlebt die deutsche Sprache einen Aufschwung

Während Englisch, Französisch, Spanisch und Portugiesisch durch ihre Kolonien Weltsprachen geworden sind, verblieb Deutsch trotz einer Anzahl Kolonien eine fast nur auf Europa begrenzte Sprache. Mit einer Ausnahme: In der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika war von 1885 bis 1919 und von 1982 bis 1990 Deutsch eine Amtssprache. Auch nach Ende der deutschen Kolonialverwaltung, als das Land ab 1919 südafrikanisches Mandatsgebiet war, blieb Deutsch lebendig, vor allem dank der Anwesenheit von 25.000 deutschsprachigen Namibiern.

Nach der Unabhängigkeit Namibias 1990 wurde Englisch einzige Amtssprache. Deutsch wurde eine anerkannte Minderheiten-/Regionalsprache und eine der elf Nationalsprachen. Die Verbreitung und der Einfluss der deutschen Sprache nahmen jedoch ab. Manche sahen die Sprache gefährdet. Aber das „Varianten-

wörterbuch des Deutschen“ verzeichnet inzwischen immer mehr „Namibismen“, also spezifisch namibische Eigenheiten des Standarddeutschen.

Seit einigen Jahren steigt in Namibia die Zahl derer, welche die deutsche Sprache erlernt. Neben 32 Schulen, an denen etwa 15.000 Schüler Deutsch als Fremdsprache lernen, gibt es ein gutes Dutzend Schulen, an denen 2000 Schüler in Deutsch unterrichtet werden. Es gibt ein deutschsprachiges privates Gymnasium in Windhuk. Die Universität von Namibia bietet die Fächer Germanistik und Wirtschaftswissenschaften auf Deutsch als Unterrichtssprache an.

Lieder auf Südwestdeutsch

Deutsch wird als Muttersprache von insgesamt etwa 25.000 Personen in 5000 Haushalten gesprochen, das sind ein Prozent aller Haushalte in Namibia. Neben

den Muttersprachlern sprechen auch mehrere Zehntausend zumeist englisch- oder afrikaanssprechende Weiße oder wohlhabendere Schwarze Deutsch als Fremdsprache. In der breiten Mehrheit der schwarzafrikanischen Bevölkerung wird Deutsch kaum gesprochen, mit Ausnahme der Nachkommen der schwarzen SWAPO-Waisenkinder, die in der DDR aufwuchsen und heute auch im Alltag untereinander Deutsch sprechen.

Deutsch stellt im heutigen Namibia immer mehr eine Art Nischensprache dar, die bestimmte Bereiche des Lebens prägt. Viele historische Gebäude aus deutscher Kolonialzeit haben besonders in den größeren Städten wie Windhuk, Swakopmund, Keetmanshoop, Grootfontein oder Lüderitz ihre deutschen Namen behalten. Der größte Teil der Straßennamen ist immer noch deutsch. Besonders im Süden des Landes sind auch deutsche Ortsna-

men in der Mehrzahl, eine Umbenennungswelle gab es dort nie.

Namibia ist heute mehrsprachig. Doch in den Medien ist die deutsche Sprache noch sehr stark vertreten. Die „Allgemeine Zeitung“ ist seit 1916 die einzige deutschsprachige Tageszeitung Afrikas und eine der größten Zeitungen Namibias. Deutschsprachige Radiovollprogramme bieten die öffentlich-rechtliche „Namibian Broadcasting Corporation“ und das private „Hitradio Namibia“. Dessen 1984 in Windhuk geborene Moderatorin Sybille Moldozio erhielt 2021 die Auszeichnung „Auslandsdeutsche des Jahres“. Durch den 1983 in Windhuk geborenen Musikproduzenten Eric Sell, der 2004 nach Deutschland zog und eine Mischung verschiedener Musikgenres im Südwestdeutsch – auch Namdeutsch genannt – macht, wurde das afrikanische Deutsch sogar in Deutschland bekannt. *Bob*

VON ROBERT MÜHLBAUER

Tesla-Chef Elon Musk hat eine dezidierte Meinung über den hiesigen Abschied von der Atomkraft. Es sei „verrückt, dass Deutschland seine Kernkraftwerke abschaltet“, befand der US-Multimilliardär jüngst in einem Interview. Außerhalb Deutschlands ist es tatsächlich schwer zu vermitteln, dass die Bundesregierung eisern daran festhält, Ende dieses Jahres die letzten verbliebenen drei Kernkraftwerke abzuschalten. Gerade in der jetzigen Situation wäre das heikel, weil möglicherweise Moskau den Gashahn zudreht. Deutschland befindet sich in einer schwierigen Lage: 55 Prozent des Erdgases importierte es bis zum Ukrainekrieg aus Russland. Moskau hat schon mit einem Lieferstopp gedroht, wenn der Westen nicht in Rubel zahlt.

Vergangenes Jahr lieferte Kernkraft in Deutschland noch zwölf Prozent des Stroms, nach der Abschaltung von drei Reaktoren zum Jahreswechsel dürften es etwa sechs Prozent sein. Wirtschaftsminister Robert Habeck ließ zwar im März, nach dem Ukraine-Angriff, eine Verlängerung der Laufzeiten der verbliebenen drei Kraftwerke prüfen. Die interne Prüfung des Wirtschafts- sowie des Umweltministeriums unter Steffi Lemke (Grüne) ergab jedoch, dass eine Verlängerung „zu riskant“ und „nicht möglich“ wäre. Der Verband Kernkraft Deutschland, dem die großen Atomkraftbetreiber angehören, widersprach dem und bezichtigte Habeck, die Unwahrheit zu sagen.

Mit seinem Atomausstieg ist Deutschland weltweit gesehen eine Ausnahme. Global stehen die Zeichen auf eine Atom-Renaissance mit dem Bau zahlreicher neuer Kraftwerke. In Frankreich verkündete Präsident Macron jüngst, dass er bis zu 14 neue Kernkraftwerke errichten wolle. Das Land westlich des Rheins deckt rund 70 Prozent seiner Stromerzeugung mit Atomkraft, auch wenn es bei einigen älteren Meilern immer wieder Probleme gibt.

Im benachbarten Belgien hat die Regierungskoalition unter dem Eindruck des Ukrainekriegs den Ausstieg aus dem Atomausstieg beschlossen. Die Laufzeiten der Meiler werden von 2025 auf 2035 verlängert, so der Kompromiss, den der liberale Ministerpräsident Alexander De Croo erzielte. Auch die mitregierenden belgischen Grünen haben sich damit abgefunden.

Auch Finnland, Tschechien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und die Slowakei planen oder bauen aktuell neue Atomkraftwerke. Großbritanniens Premierminister Boris Johnson hat die Absicht, den Anteil der Kernenergie längerfristig zu erhöhen, er soll von aktuell 16 auf 25 Prozent steigen. Finnland ist mit dem Bau



Belgiens Regierungskoalition hat die Laufzeit der Atommeiler bis 2035 verlängert: Kühltürme des AKW Tihange

CORONA-HILFEN

Atom-Renaissance – aber ohne Deutschland

Während wichtige Industrieländer neue Kernkraftwerke bauen, hält die Ampel-Regierung weiter eisern am Atomausstieg fest

des ersten Endlagers weit fortgeschritten. Die EU-Kommission hat – sehr zum Verdross der deutschen Grünen – Kernkraft zu einer „nachhaltigen“ Form der Energieerzeugung erklärt.

„Nachhaltige Energieerzeugung“

Im Vergleich mit anderen großen Wirtschaftsmächten außerhalb Europas wirkt der deutsche Beschluss zum Atomausstieg noch seltsamer. In den USA setzt Präsident Joe Biden auf Kernkraft, die derzeit rund 20 Prozent zum Stromerzeugungsmix beiträgt. Japan hat nach dem Reaktorunglück von Fukushima 2011 alle seine Atommeiler zeitweise runtergefahren, nach Modernisierungsarbeiten aber wieder angeschaltet. Ministerpräsident Kishida will an neuartigen Mini-Reaktoren forschen lassen.

Den bei Weitem größten Zubau von Nuklearkapazitäten sieht man in China. Das Land hielt zwar ebenfalls nach Fukushima inne, doch jetzt erlebt die Kernenergie ein gewaltiges Comeback. In den

nächsten anderthalb Jahrzehnten will Peking mehr als 150 neue Reaktoren bauen. China wird bald die USA als größte Atomstrom-Nation ablösen. Mehr als 200 Millionen Menschen in den chinesischen Megastädten werden dann durch nukleare Energiegewinnung versorgt.

Weltweit sind derzeit 441 Atomreaktoren in Betrieb, von denen zwei Drittel älter als 30 Jahre sind; 50 Reaktoren werden neu gebaut, so die Zahlen der World Nuclear Association. 35 Neubauten entstehen in Asien, 15 in Europa mit Russland und der Türkei.

Erneuerbare Energien wie Windkraft und Solar werden zwar auch in anderen Ländern stark ausgebaut. Außer Deutschland findet sich aber keine große Wirtschaftsnation, die glaubt, allein mit der volatilen Energie aus Wind und Sonne ließe sich ein Industrieland verlässlich mit elektrischem Strom versorgen. Auf Gaskraftwerke als schnellen Ersatz kann sich Berlin auch nicht verlassen.

Derzeit laufen in Deutschland nur noch die drei Atomkraftwerke: Isar 2 in Essenbach (Bayern), Emsland (Niedersachsen) und Neckarwestheim 2 (Baden-Württemberg). Einen Wiedereinstieg in die Atomkraft traut sich keine Partei laut zu fordern – bis auf die AfD. Ihr Antrag Ende 2021, die Abschaltung von drei AKW zu verhindern, wurde von allen anderen Bundestagsparteien abgelehnt. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) vollzog jüngst eine seiner berühmten Kehrtwenden. Nachdem er über Jahre Merkels Energie- und Atomausstiegskurs unterstützt hatte, plädierte er nun für längere Laufzeiten. Einzelne FDP-Politiker wie der niedersächsische Fraktionschef Stefan Birkner haben sich dafür ausgesprochen, „ohne Tabus“ über die Kernkraft nachzudenken. Richtig spannend wird es aber, ob die Ampel-Koalition auch bei einem Gas-Engpass weiter am Atomausstiegskurs festhält. Dann könnte nämlich eine bedrohliche Energielücke auftreten.

BRAUWIRTSCHAFT

Ukrainekrieg lässt Bierpreis in die Höhe schnellen

Nach Umsatzrückgang wegen Corona-Pandemie: In diesem Jahr fällt Russland als Abnehmer aus

Die Corona-Pandemie hat seit 2020 in der deutschen Brauwirtschaft zu massiven Einbußen geführt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, wurden 2020 insgesamt 8,7 Milliarden Liter Bier abgesetzt – so wenig wie noch nie seit der Reform der Statistik 1993. Dementsprechend war die Hoffnung groß, dass mit dem Wegfall der Pandemie-Restriktionen auch das Frühjahrsgeschäft wieder anlaufen werde.

Doch der Krieg in der Ukraine hat für neuerliche Probleme gesorgt. „Für die Brauereien in Deutschland ist die Entwicklung dramatisch: Wir beobachten bei Rohstoffen, Verpackungen, Energie und Logistik nie gekannte Preissteigerungen“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Brauer-Bundes, Holger Eichele,

und fügte hinzu: „Die Kosten schießen durch die Decke, sie drohen völlig aus dem Ruder zu laufen.“

Dramatische Entwicklung

Hinzu kommt der Wegfall des Osteuropageschäfts. Die Exporte der deutschen Brauereien in den wichtigen Absatzmarkt Russland sind praktisch abgebrochen. Im vergangenen Jahr haben die deutschen Brauer rund zwei Millionen Hektoliter alkoholhaltiges Bier nach Russland geliefert. Das sind knapp 13 Prozent des deutschen Exports. „Russland ist damit der größte Drittlandsmarkt außerhalb der EU und der zweitgrößte Absatzmarkt insgesamt nach Italien“, erklärte Eichele.

Als Konsequenz kündigte Eichele massive Preiserhöhungen an. „Es versteht sich von selbst, dass solch drastische Kostensteigerungen auf den Endpreis umgelegt werden müssen“, sagte der Verbandspräsident und fügte hinzu, dass ein Versorgungsengpass gleichfalls nicht zu befürchten sei.

Auch in Regierungskreisen ist das Thema mittlerweile angekommen. Die Große Koalition hatte 2021 kleine und mittelständische Brauereien wegen der Corona-Krise von der Biersteuer entlastet. Die Ampel-Regierung will die Ermäßigung zum Ende des Jahres streichen. Doch dagegen regt sich Protest. „In der aktuellen Phase konstant hoher Inflation und stark gestiegener Rohstoffpreise wie Energie, Transport,

Gersten- oder Weizenmalz wirkt die Rücknahme der ermäßigten Biersteuer existenzgefährdend auf die kleinen und mittelständischen Brauereien“, erklärten die Haushalts- und Finanzpolitiker von CDU und CSU und forderten einen dauerhaft niedrigen Steuersatz. Denn auch Verbands-Chef Eichele räumt ein, dass sich steigende Preise auf das Konsumverhalten auswirken könnten. Und einen weiteren Umsatzrückgang könne die Branche kaum verkraften. Nach Schätzungen des Branchen dienstes „GetränkeNews“ dürften die angekündigten Preiserhöhungen das Glas Bier in der Kneipe zwischen 30 und 50 Cent verteuern. Der Preis für einen Kasten Bier werde im Handel voraussichtlich um einen Euro steigen. Peter Entinger

● MELDUNGEN

Polen will mehr Sanktionen

Warschau – Die bisherigen Sanktionen gegen Russland reichen nach Einschätzung des polnischen Regierungschefs Mateusz Morawiecki nicht aus. Bei einem Treffen mit EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola verwies Morawiecki Anfang April darauf, dass der Kurs des russischen Rubels inzwischen wieder das Niveau von vor dem Angriff auf die Ukraine erreicht habe. Polen selbst strebt nach Angaben Morawieckis bis Ende des Jahres eine Unabhängigkeit von russischen Öl- und Gaslieferungen an. Ungeachtet des Krieges in der Ukraine liefert der russische Konzern Gazprom weiterhin massiv Gas über ukrainische Transitleitungen in den Westen. Bei der Jamal-Leitung, die von Russland über Weißrussland und Polen nach Brandenburg führt, wurde am 21. Dezember 2021 der Gasfluss umgedreht, sodass Gas aus deutschen Speichern nach Polen floss. Erst seit Ende Februar fließt über Jamal wieder kontinuierlich Gas in westliche Richtung. N.H.

Papiermangel spitzt sich zu

Berlin – Vier von fünf Druckereien sind von Papierknappheit betroffen. Das ergab eine Umfrage der Druck- und Medienverbände vom vorletzten Monat. In Bayern mussten laut dem Verband Druck und Medien Bayern 72 Prozent der Betriebe in diesem Jahr Aufträge absagen. Als ein Grund für die Papierknappheit wird ein Abbau der europäischen Produktionskapazitäten für graphische Papiere in den vergangenen fünf Jahren genannt. Europaweit ist die Produktion von Druckpapier um mehr als ein Viertel zurückgegangen. Stattdessen hat die Industrie mehr Verpackungspapier produziert, für das eine steigende Nachfrage im Versandhandel existiert. Durch den Rückgang der Verkaufszahlen von Zeitungen fehlt zudem Altpapier zur Wiederverwendung in der Papierherstellung. Auf dem Weltmarkt treibt des Weiteren die hohe Nachfrage Chinas den Papierpreis an. N.H.

Ausnahme gefordert

Bonn – Hohe Produktionskosten und Probleme bei der Rohstoffbeschaffung machen der deutschen Süßwarenindustrie zu schaffen. Nach Angaben des Vorsitzenden des Bundesverbands der deutschen Süßwarenindustrie, Bastian Fassin, funktionieren lange bestehende Lieferketten nicht mehr. Zudem sei der Markt für wichtige Rohstoffe wie „leer gefegt“. Dies gelte für wichtige Rohstoffe wie Weizen, Sonnenblumenöl, Sonnenblumenlecithin und Nüsse. Veränderungen an Rezepturen müssen aufgrund der Deklarationspflichten wiederum auf den Zutatenlisten der Verpackungen angegeben werden. Laut dem Verbandschef nimmt die Umstellung von Verpackungen schon in normalen Zeiten bis zu zwölf Monate in Anspruch. Würden die Produkte mit veränderter Rezeptur mit den alten Zutatenlisten in Umlauf gebracht, droht laut dem Verband ein rechtliches Problem. Vor diesem Hintergrund fordert die Süßwarenindustrie von der Politik eine vorübergehende Ausnahmeregelung. N.H.

KOMMENTAR

Erdogans Kalkül

BODO BOST

Als der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan die Russen am 24. Februar in die Ukraine einmarschieren sah, ein Land das Russland zuvor als Brudervolk bezeichnet hatte, war er sicherlich geschockt. Erdoğan war knapp zwei Jahre zuvor zusammen mit Aserbeidschan, das er kurz zuvor auch als Brudervolk bezeichnet hatte, ins armenisch besiedelte Karabach eingefallen. Die 7000 Kriegsoffer auf beiden Seiten waren ihm egal.

Seit Beginn seiner Amtszeit als Ministerpräsident 2003 versucht Erdoğan vermeintlich türkische und islamische Brudervölker zu sammeln, um gegen angebliche Feinde der Türken wie Griechen, Armenier und – je nach Wetterlage – Juden und Araber vorzugehen. Putins Angriffskrieg gegen ein angebliches Brudervolk muss ihn da gewaltig aus dem Konzept gebracht haben. Aber schnell hat der gewiefte Politiker am Bosphorus in diesem Krieg seine Chance erkannt, sein international durch seine vielen Drohungen, Aggressionen und nicht gehaltenen Verträge und Zusagen ramponiertes Ansehen wieder aufzupolieren, und sich jetzt sogar als Vermittler anzudienen.

Vor allem gegenüber der EU konnte Erdoğan gewaltig punkten, obwohl er keine Sanktionen gegen Russland mitgetragen hat und dadurch wirtschaftlich in seinem darbenenden Land punktet. Noch vor kurzer Zeit hatte er im Mittelmeer im Konflikt um Schürfrechte nach Öl und Gas in EU-Gewässern alle EU-Länder gegen sich aufgebracht.

Alle gegeneinander ausgespielt

Auch seine jahrelange Schaukelpolitik zwischen den USA und Russland drohte zu in einem De-facto-Ausstieg der Türkei aus der NATO zu werden. Denn Erdoğan hatte sich entschieden, die russische S-400-Raketenabwehr zu kaufen, weil er das Stillhalten der Russen in Syrien, wo er territoriale Ambitionen hat, braucht.

Die Verbündeten des Westens im Kampf gegen den IS-Terror, die Kurden, sind für Erdoğan dagegen die wahren Terroristen. Als Putin seinen Angriff auf die Ukraine startete, schien für Erdoğan der Moment gekommen, sich zwischen NATO und Putin entscheiden zu müssen. Doch anstatt sich zu entscheiden,

spielt Erdoğan, wie so oft, beide gegeneinander aus und verkauft dies geschickt als Vermittlerdienste.

Anfangs noch belächelt, stellte sich im Verlauf der Kriegswochen heraus, dass gerade sein Lavieren zwischen den Lagern plötzlich zu einem entscheidenden Pluspunkt geworden ist. Auf einmal lobt Erdoğan wieder die NATO und will auch wieder Mitglied der EU werden. Aber in Putin will er weiter keinen Feind sehen und verweigert deshalb auch Sanktionen, was ihm für seinen Wahlkampf im nächsten Jahr sicherlich Pluspunkte bringt.

Die Ukraine hat er auf seiner Seite, weil Erdoğan ihr mit 20 Bayraktar-Drohnen die effizientesten Waffen im Krieg gegen Russland verkauft hatte, die schon im Karabachkrieg gegen die Armenier ihre Schlagkraft bewiesen hatten. Den Russen hat Erdoğan die Durchfahrt durch den Bosphorus gesperrt und sich dabei auf ein Abkommen aus dem Jahr 1935 berufen, das Erdoğan im Streit mit Griechenland noch mit Füßen getreten hatte. Jetzt glauben alle Seiten Erdoğan sei ein ehrlicher Makler.

Er macht sein eigenes Ding

Der Präsident hatte als erster erkannt, dass der Krieg in der Ukraine nicht nach Russlands Plan läuft. Er hatte seinem Verbündeten, dem Aserbeidschaner Alijew, signalisiert, dass jetzt die Zeit ist, gegen Armenier und Russen gleichzeitig vorzugehen, weil beide geschwächt sind. Die Ukraine hatte noch, als die Krim zu ihr gehörte, der Türkei eine Art Schutzmachtfunktion über die Krimtataren zugesagt, etwas was Putin, der die Führung der Krimtataren nach 2014 wegsperren ließ, nicht machen würde.

Die Krimtataren gehörten einst auch zum Osmanischen Reich, das Erdoğan wiedererstehen lassen will, und sie sprechen einen türkischen Dialekt. Wegen den Krimtataren, nicht wegen der Ukrainer, pocht der Staatspräsident auf die territoriale Integrität der Ukraine in den Grenzen vor 2014.

Im Grunde nutzt Erdoğan geschickt das Versagen des Westens an allen Fronten, vor und nach 2014, aus, um sein eigenes Ding zu machen. Dass jetzt der Autokrat am Bosphorus auf dem internationalen Parkett wieder als integrierter Staatsmann gilt, der er in Wirklichkeit so wenig ist wie Putin, hat sich der Westen selbst zuzuschreiben.



„Mörder, Vergewaltiger, Plünderer“: Szczepan Twardochs Bild von „den“ Russen

Foto: imago/Est&Ost

KOLUMNE

Nie wieder Völkerhass!

HANS HECKEL

Die schrecklichen Bilder und Nachrichten aus der Ukraine, die Millionen an Vertriebenen und Flüchtlingen wecken nicht allein beklemmende Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg. Sie lassen auch einen alten Dämon wieder von der Kette, den wir Zeitgenossen eigentlich für immer gebändigt glaubten: den Hass auf ganze Völker.

Szczepan Twardoch, einer der bekanntesten polnischen Gegenwartsliteraten, ließ seinem Dämon in einem Beitrag für die „Welt“ vergangene Woche freien Lauf. Das Ergebnis ist zutiefst beunruhigend. Twardoch fragt beispielsweise: „Ist es wirklich überraschend, dass russische Soldaten vergewaltigen und morden? Wäre nicht das Gegenteil überraschend gewesen?“ Mit dieser abgründigen Frage beginnt der 1979 geborene Autor seine Tirade, und beantwortet sie gleich darauf mit dem wohl vernichtendsten Urteil, das man über ein ganzes Volk sprechen kann: „Nichts anderes habe ich von den Russen erwartet, genau dieses Bild der ‚russischen Welt‘ wird in meiner Familienerinnerung tradiert. Überrascht wäre ich eher gewesen, hätte sich herausgestellt, dass der russische Soldat 2022 kein Mörder, Vergewaltiger und Plünderer ist.“

Seine Familienerinnerung ist auch eine deutsche. Twardoch erzählt von seiner ostpreußischen Großmutter und seinem deutsch-schlesischen Großvater, welche als junge Menschen beim sowjetischen Einmarsch in ihre Heimat 1945 Fürchterliches erlebt haben – wie Millionen andere Deutsche auch.

Die Versöhnung komplett verpasst

Danach aber trennen sich die Erinnerungen. Die Jahrzehnte der mühsamen Versöhnung, die mit dem Gewaltverzicht der deutschen Vertriebenen 1950 begannen und schließlich auch zwischen Deutschen und Russen im Königsberger Gebiet zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit und zahllosen engen persönlichen Freundschaften geführt haben, die sind an dem in Polen aufgewachsenen Twardoch offenbar vollkommen vorbeigegangen. Dafür hat sich bei ihm das Bild „des“ Russen als barbarisches Monster festgefressen. Als die Putin-Regierung in den vergangenen Jahren zunehmend in eine antideutsche Paranoia verfiel, gerieten auch russische Partner deutscher Organi-

sationen immer mehr unter Druck. Diesen ungeachtet haben viele von ihnen ihre Kooperation mit den Deutschen fortgesetzt. Wer den autoritären und damit latent gefährlichen Charakter der Putin-Regierung herausstreicht, sollte den Mut dieser Russen nicht unterschätzen oder gar einfach negieren.

Twardoch folgt stattdessen dem alten Grundmuster des Völkerhasses: Er macht eine ganze Nation für das verantwortlich, was er dessen Regierung anlastet, er weigert sich, hier irgendeinen Unterschied zu sehen. Dabei sind sich westliche Beobach-

zum Ukrainekrieg infrage stellt. Lewada befragte die Leute zu Hause oder per Anruf, so die junge Journalistin, und fragt: „Wenn plötzlich jemand auftaucht oder anruft und fragt: Unterstützen Sie die militärische Spezialoperation und Wladimir Putin persönlich? Was werden sie wohl antworten?“

Ohne deren Einverständnis werden russische Wehrpflichtige zu Zeitsoldaten gemacht, Putin muss sich auf tschetschenische Schergen und die bezahlten Söldner der dubiosen „Wagner“-Truppe stützen – und dennoch mutmaßen westliche Militärexperten, dass dem Kreml-Herrn bald die Soldaten ausgehen könnten. Nichts also deutet darauf hin, dass die jungen Männer des 140-Millionen-Volkes begeistert, gar fanatisch zu den Waffen drängen, um die Ukraine niederzuwerfen oder dort gar, weil es laut Twardoch ihrem russischen Wesen entsprechen soll, Kriegsverbrechen zu begehen. Nichts.

Zurück ins frühe 20. Jahrhundert?

Den polnischen Autor mit den teils deutschen Wurzeln ficht das alles nicht an. Er steigert sich in eine wahre Vernichtungsphantasie hinein. Er wünsche sich, dass „Russland diesen Krieg nicht einfach nur verliert, sondern wirklich zusammenbricht“, spricht von einem „Morgenthau-Plan für Russland“. Man solle misstrauisch bleiben „gegen jede Neuaufgabe eines ‚zivilisierten‘ Russland, gegen jedes neue Tauwetter“, das er fürchtet. Russland solle stattdessen „endgültig und unwiderruflich zusammenbrechen“. Twardoch sehnt sich eine Vernichtung herbei, wie sie Deutschland 1945 widerfahren ist.

Dabei übersieht der Autor, dass der Kreml über ein Atomwaffen-Arsenal verfügt, mit dessen Hilfe er die Welt vernichten kann, Europa in jedem Falle. Vermutlich würde er einen solchen Hinweis als moralisch anrühlich, ja als feige zurückweisen. In seinem hasserfüllten Furor hat verantwortungsbewusster Pragmatismus keinen Platz.

Viel schlimmer aber ist, wie er den Hass und die Verachtung gegen ein ganzes Volk wieder hoffähig machen will als angesehener Autor. Er beflügelt damit auch jene, die ihren schäbigen Gratismus in Übergriffen gegen einfache Russen oder gar nur russisch erscheinende Menschen in Deutschland und anderswo in der Welt ausleben. Szczepan Twardochs Weg führt uns zurück in die entsetzlichen Verirrungen des frühen 20. Jahrhunderts.

Wer „die“ Russen und Putin in Eins setzt, der hat nichts gelernt

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbemittel der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann.

Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Faxredaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Faxredaktion/Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Telefon Faxvertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:** redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

VON HARALD TEWS

In der Mitte der 1980er Jahre mussten die Staatlichen Museen zu Berlin eine herbe Enttäuschung verkraften. „Der Mann mit dem Goldhelm“, eines der bekanntesten Bilder der Gemäldegalerie am Kulturforum, sei gar nicht von Rembrandt, wie man seit der Entstehung des Bildes um 1650 fest glaubte. Im Rahmen des Amsterdamer „Rembrandt Research Projects“, das zwischen 1982 bis 2014 ein „Corpus“ genanntes, sechsbändiges Verzeichnis sämtlicher Rembrandt-Gemälde erstellt hatte, verweigerten Kunstexperten im Falle des „Manns mit dem Goldhelm“ die Zuschreibung des niederländischen Malers als Urheber. Das Werk sei vermutlich in Rembrandts Werkstatt von einem seiner Schüler gemalt worden, und am Ende hätte der Meister nur seine Signatur hinzugefügt.

Doch es war nicht das einzige Gemälde, dem dieses Schicksal widerfuhr und das durch die Aberkennung der Urheberschaft Rembrandt van Rijns einen rapiden Wertverlust in – damals – Millionen von D-Mark erlitt. 1989 hatte das „Rembrandt Research Project“ der Gemäldegalerie zusätzlich das Bild „Landschaft mit Bogenbrücke“ die Authentizität Rembrandts abgesprochen und es dessen Schüler Govert Flinck zugeordnet.

Doch genau diese Expertise hat man jetzt wieder rückgängig gemacht. Aktuelle detektivische Untersuchungen des Berliner Bildes und die Auswertung technischer Aufnahmen, die 1989 noch nicht zur Verfügung standen, haben nun nämlich die Eigenhändigkeit des Werkes bestätigt. Ergebnis: Die „Landschaft mit Bogenbrücke“ ist ein echter Rembrandt!

Die Gemäldegalerie kann sich also über ein frühes Ostergeschenk freuen. Auch wenn es für ein Landschaftsgemälde mit 28,5 mal 39,5 Zentimeter ein relativ kleines Bildformat aufweist, trägt das 1924 in die Berliner Sammlung gelangte Bild mit dazu bei, dass das Museum eine der weltweit bedeutendsten und mit nunmehr 20 Werken umfangreichsten Sammlungen von Werken Rembrandts besitzt.



FOTO: STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN, GEMÄLDEGALERIE (RISTOPHSCHMIDT)

Berlins neuer Rembrandt

Dem Gemälde „Landschaft mit Bogenbrücke“ wurde vor über 30 Jahren die Zuschreibung des niederländischen Meisters aberkannt. Plötzlich gilt es wieder als „echtes“ Meisterwerk

Auch das „Corpus“, das Werkverzeichnis des „Research Projects“, müsste nun um einen weiteren Original-Rembrandt ergänzt werden. Zum Abschluss des Projekts zählte man 340 als echt anerkannte Rembrandt-Gemälde. Das ist weniger als die Hälfte dessen, was man vor 100 Jahren noch als Original des Meisters anerkannt hat. Seitdem hat die Provenienzforschung, welche der Herkunft von Bildern nachgeht, zum Leidwesen von Sammlern, die auf Wertsteigerung ihrer Bilder hoffen, einen wahren Kahlschlag angerichtet.

Besonders knifflig wird die Zuschreibung von alten Meistern, die geradezu fa-

brikmäßig Bilder in Serie von ihren Malergesellen anfertigen ließen, und solchen, deren Malstil von anderen Malern kopiert, um nicht zu sagen: plagiiert wurde. Wenn es um die Echtheit geht, streiten sich selbst die Experten. Je nachdem, wer die Oberhand behält, geht beim Preis des Werkes der Daumen rauf oder runter.

Beispielhaft ist das Leonardo da Vinci zugeschriebene Gemälde „Salvator mundi“, das lange Zeit ein unbeachtetes Dasein als Werk des Leonardo-Schülers Giovanni Boltraffio fristete. 1958 hat man es für gerade einmal 45 britische Pfund versteigert. Als Kunstexperten vor zehn Jah-

ren herausgefunden haben wollen, dass Leonardo – angeblich – hier und da einen Malstrich am Bild hinzugefügt haben soll, erzielte das Gemälde bei Christie's einen Rekordbetrag von 450 Millionen US-Dollar und befindet sich seitdem vermutlich auf einer Luxusjacht des saudi-arabischen Kronprinzen Mohammed bin Salman.

Die Berliner Gemäldegalerie kann auf Ähnliches hoffen. Auch sie ist im Besitz eines Boltraffio-Gemäldes: „Madonna mit Kind“, das nach 1945 verschollen blieb und erst nach seinem Auftauchen 2012 von der Stiftung Preussischer Kulturbesitz zurückerworben werden konnte. Hier

könnte ebenso wie bei der „Landschaft mit Bogenbrücke“ je nach Laune der Wissenschaft die Provenienz umgeschrieben werden. Und auch der „Mann mit dem Goldhelm“ könnte als „echter Rembrandt“ später eventuell wieder zum Goldesel für die Gemäldegalerie – und damit für ganz Berlin werden.

● „Landschaft mit Bogenbrücke“ ist aktuell bis 10. Juli in der Sonderausstellung „David Hockney – Landschaften im Dialog. Die ‚Vier Jahreszeiten‘ der Sammlung Würth zu Gast in Berlin“ in der Gemäldegalerie zu sehen. Info: www.smb.museum

KIRCHENTEXILIEN

Der Schatz aus der Marienkirche

Danziger Paramente – Lübeck erinnert an eine großartige Rettung aus der Stadt an der Mottlau

Vor dem Hintergrund des Kriegsgeschehens in der Ukraine erhält die Rettung der Danziger Paramente von 1944 wieder eine gewisse Aktualität. Ein Großteil der kostbaren kirchlichen Textilien gehört heute als Dauerleihgabe der Union Evangelischer Kirchen (UEK) zu den Glimmern des Lübecker St.-Annen-Museums.

Danzig und Lübeck sind als Hansestädte bereits seit dem Mittelalter eng miteinander verbunden. Mit etwa 7000 Bürgern lebt noch immer die größte Gemeinschaft der ehemals aus Danzig Geflohenen in Lübeck. Ähnlich wie der Literaturnobelpreisträger Günter Grass nahe Lübeck hatte Pfarrer Gerhard Gülzow (1904–1980) in der Hansestadt einen neuen Wohnort gefunden. Zuvor jedoch evakuierte er die kostbaren mittelalterlichen Textilien der Danziger Marienkirche. Einen Teil gab er Landsleuten mit auf die Flucht, einen Teil verschickte er per Möbelwagen, der jedoch in Thüringen stecken blieb.

Damit wurde der Paramentschatz unbeabsichtigt zwischen West- und Mitteldeutschland aufgeteilt. Während Pfarrer Gülzow bis 1959 insgesamt 103 westdeutsche Stücke in Lübeck wieder vereinen konnte, wurden die 183 mitteldeut-

schen Gewänder und Objekte 1961 an Polen übergeben, das sie seitdem im Nationalmuseum Danzig aufbewahrt.

Die feinen Seiden und Granatapfelbrokate mit ihren Stickereien aus purem Gold waren einst von Danziger Bürgern und Kaufleuten für das eigene Seelenheil gestiftet worden. Dazu feierten um 1500 in Danzigs Marienkirche 123 Priester ständig an 47 Altären Messen. Den würdigen Rahmen schuf nicht nur die Ausstattung

der Kirche, sondern auch die kostbare liturgische Gewandung.

Mit der Reformation wurden die Textilien bedeutungslos. Zum Schutz vor Plünderung mauerte man sie in der Kirche ein. Erst zwischen 1791 und 1937 entdeckte man ihre Verstecke, etwa in Seitennischen, bei Bauarbeiten zufällig nach und nach wieder. Über sechs Jahrhunderte weder benutzt noch verändert, waren die Paramente ein einmaliger Schatz.

Doch gerade in den ersten Jahren wurden viele der über 1000 Stücke verkauft und zerstreut, sodass auch das Germanische Nationalmuseum Nürnberg, das Victoria and Albert Museum London oder das Kunstgewerbemuseum Berlin einzelne Stücke besitzen.

Das in den Westen gerettete Gros war jahrelang in Lübecks Marienkirche zu sehen. 1990 wanderten die Textilien in die Paramentenkammer des St.-Annen-Museums, in der sie seit 2019 in einem konservatorisch passenden Raum, der die verschiedensten Künste des Mittelalters mit den Paramenten in einen Dialog bringt, in wechselnden Ausstellungen zu bewundern sind. Ihre Restaurierung ist eine eigene Geschichte, zu der Birgitt Borkopp-Restle in dem 2019 erschienenen Katalog „Der Schatz der Marienkirche zu Danzig“ buchstäblich jedem Faden auf den Grund geht (392 Seiten, 48 Euro).

Helga Schnehagen



FOTO: ST.-ANNEN-MUSEUM/MICHAEL HAYDN

Kunstvoll-modischer Schnitt: Die Danziger Paramente im St.-Annen-Museum

● MELDUNGEN

Bildwerke eines Satirikers

Stade – Das Kunsthaus Stade zeigt noch bis zum 6. Juni eine Retrospektive zum Werk des Malers, Zeichners und Komikers Heino Jaeger (1938–1997). Es ist die erste institutionelle Retrospektive seines bildkünstlerischen Werks und mit über 300 Arbeiten überraschend reich bestückt. Zumal man überzeugt gewesen war, dass ein Großteil seiner Arbeiten bei einem Atelierbrand verloren gegangen war. Doch durch Aufspüren von Werken bei Privatsammlern konnte man einen großen Teil zusammentragen. Jaegers Bilder kreisen um die Zurschaustellung des Alltäglichen und gleichzeitig die Infragestellung eines Normalzustandes, der er besonders in seinen Mischwesen Ausdruck verleiht. Seinen Zweifel am menschlichen Verstand macht er nicht minder mit den Kopfdarstellungen als hohle Maschinen deutlich. Wer Jaeger aus seinen satirischen Rundfunksendungen der 1960er und 70er Jahre kennt, findet in der Ausstellung eine bildhafte Ergänzung. Auch 25 Jahre nach seinem Tod ist seiner Erkenntnis, ein „Normal“ gibt es nicht, nichts hinzuzufügen. Info: www.museen-stade.de H. Sch.

● Museumsquartier St. Annen, St.-Annen-Straße 15, 23552 Lübeck, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr, Sonderausstellung bis 3. Juli in der Kunsthalle: „Female View. Modedesignerinnen von der Moderne bis zum digitalen Zeitalter“

„UNSER MUT. JUDEN IN EUROPA 1945–48“

Ein vergessenes Kapitel deutscher Geschichte

Das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung zeigt seine erste Sonderausstellung

VON DIRK KLOSE

Nachdem im vergangenen Jahr das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung eröffnet worden ist, zeigt es nun seine erste Sonderausstellung. „Unser Mut. Juden in Europa 1945–48“ lautet der Titel der Ausstellung, und am 30. März wurde sie im Dokumentationszentrum im Beisein von Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) eröffnet. In zahlreichen Bildern und gedruckten Medien, in Filmen und Tondokumenten zeigt sie das Nachkriegsschicksal der dreieinhalb Millionen Juden in Europa zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gründung des Staates Israel.

Bedrückende Bilder

Die Konzeption der Ausstellung ist aus einem Forschungsprojekt am Jüdischen Museum Frankfurt hervorgegangen. Mehr und mehr wurde es als ein Desiderat empfunden, dass zwar die Shoa inzwischen gut erforscht ist, dass aber über die Nachkriegsjahre der Betroffenen nur wenig bekannt ist. Nun zeigt die Fülle der ausgestellten Zeugnisse, wie vital der Überlebenswille war, wie unterschiedlich aber auch die Möglichkeiten, in ein normales Leben zurückzukehren.

Die Ausstellungsmacher wählten dafür beispielhaft sieben Orte. Die polnische Stadt Bialystok, in der vor dem Krieg die Hälfte der Bevölkerung jüdisch war, wurde zum Auffangbecken für viele Überlebende aus Polen selbst und aus der Sowjetunion. Vor dem Krieg hatte es ein blühendes Gemeindeleben gegeben; die Ausstellung zeigt anhand teils bedrückender Bilder und Filmaufnahmen, wie dieses im Krieg zerstört wurde und nach Kriegsende keine neue Gemeinde mehr entstand.

Genau das Gegenteil erlebte der kleine schlesische Ort Reichenbach [Dzierzoniow]. Nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung bauten die ankommenden Überlebenden rasch ein neues Gemeindeleben auf und machten den Ort, wie Bilder, Dokumente und Wochenschauaufnahmen mit vielen fröhlichen Menschen



Einer von sieben: Der Ausstellungsteil zu Ost-Berlin

Foto: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

zeigen, zu einem, so sagt es die Ausstellung, „jüdischen Hoffungsgebiet“.

Neben Bialystok in Polen und Reichenbach in Ostdeutschland bildet Ost-Berlin in Mitteldeutschland einen weiteren der sieben Beispielorte. Ausschnitte aus Wochenschauen zeigen, wie gezielt sich die SED bemühte, das Gedenken an die Opfer in die eigenen politischen Kanäle zu lenken. Zu sehen sind endlose Aufmärsche und Kranzniederlegungen, zwischen SED-Mitgliedern marschieren Überlebende in typischer KZ-Kluft. Ein Tondokument, gelesen von einer Schauspielerinnen, gibt einen berührenden Text der damals gerade zurückgekehrten und seinerzeit noch im Westen Berlins lebenden späteren Präsidentin des Schriftstellerverbandes der DDR, Anna Seghers, wieder, in dem sie sich bitter über neuliche Mentalitäten vieler Deutscher äußert.

Die Ausstellung macht deutlich, dass in Budapest und Amsterdam noch bestehende Strukturen einen Neubeginn jüdischen Lebens erleichterten. In Budapest – Großaufnahmen zeigen die grausam zerstörte Stadt nach 1945 – hatten etwa 140.000 Juden überlebt. Nachdem die Kommunisten an die Macht gelangten waren, lösten sie alle zionistischen Vereine auf.

Das intensivste jüdische Leben gab es in der US-amerikanischen Besatzungszone Deutschlands. Dort hatte die Militärverwaltung mehrere Camps für Zivilpersonen, die sich kriegsbedingt außerhalb ihres Heimatstaates aufhielten und ohne Hilfe nicht zurückkehren oder sich in einem anderen Land neu ansiedeln konnten, sogenannte Displaced Persons (DP), errichtet. Eines der größten dieser Camps befand sich in Zeilsheim bei Frankfurt. Dort konnten die Ausstel-

lungsmacher besonders viele Bild- und Filmdokumente ausfindig machen. Es entstand so etwas wie neues jüdisches Leben. Die Menschen feierten miteinander, ungewöhnlich viele Hochzeiten fanden statt, der Alltag wurde weitgehend in Eigenregie geregelt.

Wiedergeburt jüdischen Lebens

Die Nachkriegsjahre waren auch Jahre einer großen künstlerischen Kreativität. Fast überall entstanden neben Zeitungen und Zeitschriften auch Gemälde und Graphiken, welche die erlebten Schrecken der Lager zum Inhalt hatten. In entsprechenden Leihgaben aus jüdischen Museen in aller Welt spiegeln sich Hoffnung und Grauen gleichermaßen wider.

In der östlichen, nach dem Krieg sowjetisch dominierten beziehungsweise beherrschten Hälfte Europas hat sich nur langsam wieder jüdisches Leben entfal-

tet. Auch nach dem Ende von Krieg und Nationalsozialismus kam es dort zu zahlreichen Pogromen. Wie verbreitet diese in Polen, der Slowakei und Ungarn waren, wird in der Ausstellung durch eine Karte verdeutlicht. Diese Pogrome, von denen das im polnischen Kielce sicherlich das bekannteste ist, hatten zur Folge, dass sich viele Überlebende nicht mehr sicher fühlten und in den Westen zogen.

Vor diesem Hintergrund wuchs das Camp in Zeilsheim beträchtlich. Dort erschien auch eine eigene Zeitung – ein Exemplar ist in der Ausstellung zu sehen – mit dem Titel „Unser Mut“. Der Zeitungstitel war einem jiddischen Partisanenlied aus dem Jahr 1943 entlehnt und bildet nun den Titel der Ausstellung.

Einen kurzen Blick wirft die Ausstellung nach New York zu den damals noch jungen Vereinten Nationen. Es waren jüdische Emigranten, die maßgeblich an der Menschenrechtskonvention und der Ächtung des Völkermords mitwirkten. Zu sehen ist auch David Ben-Gurion, wie er am 14. Mai 1948 mit der Verkündung der israelischen Unabhängigkeitserklärung den modernen Staat Israel ausruft. Viele jüdische Überlebende sind daraufhin dorthin emigriert. Der siebte Ort Bari war Anlaufstelle für zahllose Auswanderer dorthin.

Trotz aller Aufbruchstimmung spürt der Besucher die Schrecken der Vergangenheit. Gleich zu Beginn trifft er auf eine hohe Stellwand, auf der weit über hundert maschinen- oder handgeschriebene amtliche Suchmeldungen befestigt sind. Darüber steht das Bekenntnis eines Rabbiners: „Von niemandem erlaubt – wir werden trotzdem gehen. Von niemandem geführt – wir werden trotzdem ‚marschieren‘. Von niemandem gelehrt – wir werden trotzdem schöpferisch sein.“

● Die Ausstellung „Unser Mut. Juden in Europa 1945–48“ ist im Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, bis zum 30. September dienstags bis sonntags von 10 bis 19 Uhr zu sehen, Telefon (030) 2062998-0, E-Mail: info@f-v-v.de, Internet: www.flucht-vertreibung-versoehnung.de.

HERBERT CZAJA

Rastloser Anwalt für die vertriebenen Ostdeutschen

Fast ein Vierteljahrhundert war der gebürtige Oberschlesier Präsident des BdV – Vor 25 Jahren starb er in den Sielen

Herbert Czaja, gebürtiger Oberschlesier und langjähriger Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), war eine Ausnahmeerscheinung unter den Politikern Nachkriegsdeutschlands, die als Ostdeutsche das Vertreibungsschicksal erlitten hatten. Es gab unter den Politikern Nachkriegsdeutschlands (Alt-Bundesrepublik) etwa ein Dutzend profilierte Vertriebenen Politiker.

Keine dieser Persönlichkeiten, mit Ausnahme der Frau Erika Steinbach, konnte sich mit Herbert Czaja messen, hinsichtlich der Grundsatztreue für die Anliegen der Heimatvertriebenen. Er überstrahlte alle. Steinbach hat mit Mut, Ausdauer und Fleiß nach jahrelangem Kampf das Zentrum gegen Vertreibungen durchgesetzt.

Es war vorrangig Czajas Verdienst, dass die Heimatvertriebenen auf dem sozialen und dem kulturellen Sektor zahlreiche Anliegen realisieren konnten. Dass seine jeweiligen Mitstreiter in den

einzelnen Jahrzehnten nach 1950 graduell daran Anteil hatten, soll hier ausdrücklich vermerkt werden. Jedoch hat keiner dieser Schicksalsgefährten sich wie der Oberschlesier Czaja über fünf Jahrzehnte als rastloser Anwalt für die vertriebenen Ostdeutschen einschließlich der Sudetendeutschen engagiert.

Czaja wurde am 10. März 1970 zum Präsidenten des BdV gewählt. Nach seiner Wahl erklärte er, Präsident des BdV zu sein, sei kein Posten für die Karriere, sondern eine Stellung zum Verschleiß. Mit dieser Einstellung begann er 1947 als Stadtrat in Stuttgart seine Arbeit für die geflüchteten und vertriebenen Landsleute.

Czaja hatte eine fundierte humanistische Bildung in seiner gymnasialen Schulzeit und als Student der Geschichte, Germanistik und Philosophie in Krakau und Wien erworben. 1939 promovierte er an der Jagiellonen-Universität zum Dr. phil. Danach war er wissen-



Herbert Czaja

Foto: imago/Rust

schaftlicher Mitarbeiter an der Universität in Krakau. Ab 1942 musste er Kriegsdienst an der Ostfront leisten. Von einer schweren Verwundung wurde er nicht verschont. Der Neuanfang nach der Zäsur von 1945 gelang 1946 in Stuttgart mit der Anstellung als Gymnasiallehrer.

37 Jahre, von 1953 bis 1990, hatte Czaja ein Mandat für die CDU als Abgeordneter des Bundestages inne. Die Fürsorge für seine Schicksalsgefährten und einen gerechten Ausgleich mit den Ländern Ostmitteleuropas hatte er sich zur Lebensaufgabe gemacht. Drei Merkmale waren für seine Persönlichkeit bestimmend. Er war ein grundsatztreuer Politiker mit der Fähigkeit, auch die Sichtweise des Gegenübers nachzuvollziehen. Er war ein deutscher Patriot. Und er war ein bekennender katholischer Christ. Jahrelang war er Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK).

Nach Vollendung seines 80. Lebensjahres, gab Czaja das Amt des Präsi-

den des BdV ab. Er blieb aber aktives Mitglied in einigen Organisationen der Heimatvertriebenen. So war er bis zum Tode Vorsitzender des Kuratoriums der Kulturstiftung der Vertriebenen. Er war rastlos tätig. Seine verfassten Briefe, Kommentare, Reden und Memoranden sind mit einer mittleren fünfstelligen Zahl zu beziffern. Sein Hauptwerk „Unterwegs zum kleinsten Deutschland seit 1000 Jahren“ war mit fast 1000 Seiten voluminös.

Herbert Czaja wurde der Respekt für sein politisches Wirken nicht versagt. 1989 erhielt er mit dem Preußenschild die höchste Auszeichnung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO). Am 18. April 1997 starb er in den Sielen.

Wilhelm v. Gottberg

● Der Altsprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und MdB a.D. **Wilhelm v. Gottberg** war von 1991 bis 2012 Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen.

VERTRAG VON RAPALLO

Als Rathenau im Pyjama Politik machte

Vor 100 Jahren schloss das Deutsche Reich mit den Russen ein Abkommen, dessen symbolischer Wert bis heute nachwirkt

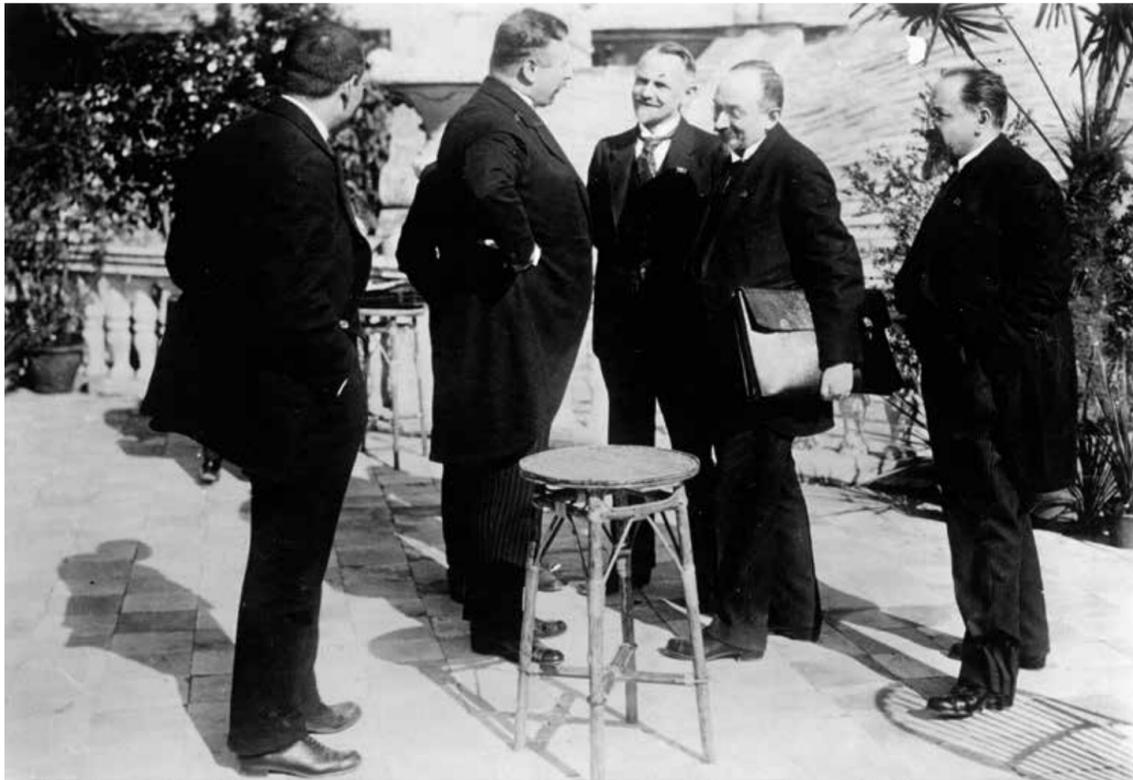
VON ERIK LOMMATZSCH

Am 16. April 1922 unterzeichneten in dem bis zur Verschiebung der Ortsgrenze 1928 zum italienischen Badeort Rapallo gehörenden „Imperiale Palace Hotel“ der deutsche Außenminister Walther Rathenau und der russische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Georgij Tschitscherin die als Vertrag von Rapallo bekanntgewordenen Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR). Darum bemüht hatten sich vor allem die Russen, aber dem Reich kam das Ganze nicht weniger zupass. Letztlich wurden beide durch das Agieren der Westmächte zueinander getrieben. Deren Reaktionen waren übereinstimmend negativ, bis hin zur Aufforderung, die Abmachungen für ungültig zu erklären, oder dem Verlangen nach sofortigen Maßnahmen.

Zustande gekommen war der Vertrag von Rapallo am Rande der Konferenz von Genua, die ansonsten kaum greifbare Ergebnisse vorzuweisen hatte. Eingeladen hatten die europäischen Westmächte. Bis auf die USA schickten alle am Ersten Weltkrieg beteiligten Staaten ihre Vertreter. Getagt wurde vom 10. April bis zum 19. Mai 1922. Die Sowjets nahmen erstmals an einer internationalen Konferenz teil.

Zentraler Gegenstand sollte der Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas sein, Fragen des internationalen Finanzsystems galt es zu erörtern. Die Franzosen, deren Premierminister Raymond Poincaré demonstrativ gar nicht erst angereist war, hatten allerdings bereits zuvor durchgesetzt, dass die deutschen Reparationen kein Verhandlungsgegenstand sein dürften. Deutschland war nicht in der Lage, die im Versailler Frieden von 1919 festgelegten und im Londoner Zahlungsplan von 1921 konkretisierten Zahlungen zu leisten.

„Im Kern“, so der Historiker Hans-Christof Kraus, „scheiterte die Zusammenkunft an der harten Haltung der Franzosen.“ Der britische Premier David Lloyd George hatte gemahnt, dass „Deutschland



Während der Konferenz von Genua in Rapallo: Adolf Joffe, Georgij Tschitscherin, Leonid Krassin und Joseph Wirth (von rechts)

nicht in ein Chaos gestürzt werden“ dürfe. Rathenau erklärte resignativ, wenigstens wolle man sich in Genua bemühen, „unseren Standpunkt zur Geltung zu bringen“.

Die Westmächte reagierten negativ

Verlockend für das Reich war zunächst ein von den Engländern im Vorfeld angedachtes Projekt, bei dem ein internationales Konsortium den Wiederaufbau Russlands vorantreiben sollte, und das mit deutscher Beteiligung. Von dieser Beteiligung war später nicht mehr die Rede. Auch sonst wurden die Deutschen auf der Konferenz übergangen. Für die Russen stellte ein derartiges Konsortium eine Bedrohung dar, denn damit wäre deren Wirtschaft unter die Kontrolle des Westens geraten. Dieser setzte Russland auch unter Druck, indem er auf Ansprüche aus den Schulden des Zarenreiches verwies,

bot aber zugleich einen Ausweg an. Nach Paragraph 116 des Versailler Friedens hätten die Russen ihre Reparationsansprüche gegenüber Deutschland an die Westmächte abtreten können, was wiederum eine Bedrohung für Deutschland darstellte.

Die Russen, die im Bestreben nach Unabhängigkeit an bilateralen Vereinbarungen interessiert waren und auch schon vor der Konferenz von Genua einen – allerdings erfolglosen – Vorstoß in Deutschland unternommen hatten, ergriffen in dieser Situation die Gelegenheit. Zunächst gaben sie sich den Anschein, die Einigung mit dem Westen stünde kurz bevor. Dann rief Tschitscherin in der Nacht vom 15. auf den 16. April 1922 den als russophil bekannten Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, den Ministerialdirektor Ago von Maltzan, an – man solle doch über ein deutsch-russisches Wirt-

schaftsabkommen sprechen. Ganz Diplomatisch, erklärte Maltzan anfänglich, er müsse, da der 16. April ein Sonntag sei und ausgerechnet noch Ostern, zur Kirche und habe keine Zeit für eine Besprechung.

Nachdem Tschitscherin allerdings die Meistbegünstigungsklausel zugesagt hatte, verlor der Kirchgang für Maltzan an Bedeutung. Mitten in der Nacht, es war gegen 2.30 Uhr, suchte er Außenminister Rathenau in dessen Hotelzimmer heim. Der Überlieferung nach traf er diesen sinnierend im malvenfarbenen Pyjama an. Maltzan musste Rathenau erst davon überzeugen, nicht aus naiver Loyalität zunächst den britischen Premier von dem russischen Ansinnen zu informieren, sondern stattdessen ohne Rücksprache auf das Angebot einzugehen. Der ebenfalls in Genua anwesende Reichskanzler Joseph Wirth stellte sich hinter das Vorhaben.

Als am nächsten Tag in Rapallo die Verhandlungen zwischen den Deutschen und den Russen stockten, gab Lloyd George unbeabsichtigt den Ausschlag für die Unterzeichnung. Der britische Premier tat dies, indem er telefonisch den Wunsch äußerte, Rathenau „so bald wie möglich“ zu sehen. Dies ließ auf russischer Seite Befürchtungen hinsichtlich einer deutsch-britischen Annäherung aufkommen, und sie gab deshalb letzten deutschen Änderungswünschen nach.

Lloyd George gab den letzten Impuls

„Gemessen an der allgemeinen Aufregung“, so der Historiker Hagen Schulze, sei der Inhalt des Vertrages von Rapallo „sehr harmlos“ gewesen. Die beiden Seiten einigten sich auf einen Generalverzicht. Die Russen brauchten nichts von dem in ihrem Land durch sie enteigneten deutschen Besitz zurückzugeben und verzichteten dafür im Gegenzug auf Reparationsforderungen gegen Deutschland, die ihnen der Versailler Frieden zugestanden hätte. Diplomatische Beziehungen wurden aufgenommen und wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart. Letzteres, vor allem der Vermerk in der entsprechenden Klausel, die Reichsregierung werde Privatfirmen unterstützen, wird auch als Absprache bezüglich einer militärischen Zusammenarbeit unter Umgehung von Restriktionen des Versailler Friedens interpretiert.

Der Vertrag von Rapallo gilt als erster Schritt, mit dem Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg seine außenpolitische Handlungsfähigkeit zurückerlangte. In den Reparationsfragen waren die Alliierten, allen voran Frankreich, nun jedoch noch weniger konzessionsgeneigt. Der symbolische Wert sowie die westlichen Befürchtungen hinsichtlich einer deutsch-russischen beziehungsweise -sowjetischen Annäherung und einer exklusiven deutschen Position zwischen Ost und West haben die praktische Relevanz des Vertrages von Rapallo nach übereinstimmendem Urteil stets weit überschritten. Jedoch hat sich Rapallo zum Schlagwort entwickelt, sobald in den vergangenen einhundert Jahren irgendwer glaubte, ein „zu enges“ deutsch-russisches Zusammengehen zu wittern.

ERICH HARTMANN

Mit 352 bestätigten Abschüssen der erfolgreichste Jagdflieger

Desillusioniert schied der vor 100 Jahren geborene Kampfpilot mit 48 Jahren vorzeitig aus dem Dienst der Bundeswehr

Der am 19. April 1922 im württembergischen Weissach, Kreis Leonberg, zur Welt gekommene spätere Flieger Erich Hartmann war erblich vorbelastet. Sein Vater wird als eher ruhig und nachdenklich geschildert, doch seine temperamentvolle und unternehmungslustige Mutter war ins Fliegen vernarrt. Häufig nahm sie den kleinen Erich und dessen jüngeren Bruder mit zum nahegelegenen Flughafen Böblingen, wo die Familie zeitweise sogar zusammen mit dem „Wetterfrosch“ des Flugplatzes eine Maschine stehen hatte. Früh lernte der Junge das Segelfliegen, und als sich ihm die Möglichkeit bot, als Soldat Motorflzeuge zu fliegen, ergriff er diese Chance.

Nach dem Abitur im Frühjahr 1940 ging Hartmann als Freiwilliger zur Luftwaffe. Seine militärische Grundausbildung erhielt er beim Ausbildungs-Regiment 10 in Neukuhren, Kreis Samland, seine fliegerische Aus- und Fortbildung in westlicheren Provinzen seines Vaterlandes. Im Oktober 1942 erfolgte die Versetzung des ausgebildeten Jagdpiloten zum

Jagdgeschwader 52 an die Ostfront. Im Mai 1943 wurde er Staffelführer, im August/September desselben Jahres Staffelführer, im Oktober 1944 zusätzlich stellvertretender Gruppenkommandeur und im November/Dezember jenes vorletzten Kriegsjahres schließlich Gruppenkommandeur.

Diese Karriere spiegelt nur unvollkommen Hartmanns militärische Erfolge als Jagdflieger wider. Aus mindestens 352 Luftkämpfen ging er als Sieger hervor. Damit gilt er als der erfolgreichste Jagdflieger in der Geschichte des Luftkrieges.

Das Kriegsende erlebte der frischgebackene Major mit seinen Kameraden im böhmischen Deutschbrod. Zusammen mit seinem Geschwaderkommandanten erhielt er den Befehl, sofort nach Dortmund zu fliegen, um sich einer Gefangennahme durch die Russen zu entziehen und stattdessen den britischen Streitkräften zu ergeben. Beide waren sich darin einig, dass die Befolgung dieses Befehles einem Verrat gleichkommen wäre.

Stattdessen versuchten sie, mit ihren Geschwaderkameraden und dem Tross an Zivilisten, der sich zwischenzeitlich angesammelt hatte, nach Pisek zu kommen, um sich dort den US-Amerikanern zu ergeben. Dieses Ziel erreichten sie zwar, doch ahn-



Erich Hartmann Foto: Wikimedia

ten sie nicht, dass die Amerikaner sie entsprechend einem alliierten Übereinkommen den Russen ausliefern würden.

Die Auslieferung hatte für Hartmann über zehn Jahre Lagerhaft unter den schwersten Bedingungen zur Folge. Ungedachtet gegenteiliger Zusagen wurden er und seine Mitgefangenen nach Russland verbracht, nachdem sie noch in Böhmen eine Massenvergewaltigung unter den mitgezogenen Frauen und Mädchen hatten miterleben müssen.

Hartmann hatte den Sowjets große Verluste beigebracht, und er weigerte sich, mit ihnen zu kooperieren und für sie zu arbeiten. Stattdessen forderte er die ihm als Staboffizier zustehenden Rechte ein. Die Russen vergalteten ihm dies, indem sie ihn als Kriegsverbrecher verurteilten. Wie viele seiner Landsleute erhielt Hartmann erst nach Bundeskanzler Konrad Adenauers legendärem Moskaubesuch vom September 1955 seine Freiheit zurück.

Als Hartmann endlich in seine Heimat zurückkehren konnte, war er bereits

33 Jahre alt, aber noch ohne zivile Berufsausbildung. In Ermangelung einer Alternative folgte er wie so viele seiner alten Kameraden dem Ruf der neuen Streitkräfte. Dort wurde er 1959 der erste Kommandore des ersten Jagdgeschwaders. Bereits elf Jahre später nahm der damals erst 48 Jahre alte parteilose, manchen zu zivile und lockere bekennende Gegner der „Starfighter“-Anschaffung seinen Abschied. Es folgten noch 23 Jahre Zivilistendasein, bis der Oberst a.D. am 20. September 1993 in seiner württembergischen Heimat im Kreis seiner Familie eines natürlichen Todes starb.

Zu den Gründen seines frühen Ausscheidens ist sein folgender wenig schmeichelhafte Kommentar überliefert: „Wenn die Bundeswehr richtig geführt, wenn Leistung und Effektivität überhand über das Karrieredenken behalten würden, wäre ich geblieben – um jeden Preis. Aber die Bundeswehr wird verwaltet. Das ist nicht nach meinem Geschmack.“

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Kriege kosten nicht nur Menschenleben, sondern auch Geld. Viel Geld. Aber woher stammen diese immensen finanziellen Mittel? Welche Quellen zapfen die kriegführenden Staaten an? Die aussagekräftigste Studie hierzu legte die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Rosella Capella Zielinski von der Boston University mit ihrem 2016 erschienenen Buch „Wie Staaten für Kriege bezahlen“ vor. Darin analysiert die Autorin 39 Kriege der vergangenen 200 Jahre und identifiziert dabei zehn Strategien der Geldschöpfung zum Zwecke der Kriegführung.

Zum Ersten wären da natürlich die Steuern. Dieses Instrument erfreut sich allerdings keiner sonderlich großen Beliebtheit – was insbesondere für die Wohlhabenden gilt. Hohe Vermögen- und Einkommensteuern sorgen dafür, dass schnell Rufe nach einer Beendigung des Krieges laut werden. Deshalb erfolgt die Finanzierung von militärischen Konflikten eher über Verbrauchsteuern, welche die weniger Besitzenden treffen. Ansonsten braucht es für das Eintreiben von Steuern auch eine einigermaßen effiziente Verwaltung.

Existiert diese nicht oder sollen Steuererhöhungen vermieden werden, gehört die Aufnahme von Schulden zu den gängigsten Alternativen. 97 Prozent aller Kriegsparteien in Zielinskis Studie haben sich irgendwann Geld geliehen. So wie die USA, welche 4,8 Billionen Dollar für den „Krieg gegen den Terror“ ausgaben, aber gleichzeitig die Einkommensteuern senkten, was zu einer zusätzlichen Neuverschuldung von 14 Billionen Dollar führte.

Die Gefahr der Hyperinflation

Eine dritte Möglichkeit sind Zwangskredite. Ein Beispiel hierfür ist Griechenland. Wegen des ruinösen Krieges gegen die Türkei verfiel Finanzminister Petros Protopapadakis 1922 darauf, die Bürger zu zwingen, 100-Drachmen-Scheine in der Mitte durchzuschneiden und eine Hälfte für 50 Prozent des Wertes in Zahlung zu geben. Für den Rest erhielten die Leute dann staatliche Wertpapiere zur späteren Einlösung.

Zum Vierten können Kriege mit der Druckerpresse finanziert werden, also durch eine gezielt herbeigeführte Inflation infolge der Ausgabe von immer mehr Geld. Was natürlich zu fatalen Folgen führen kann, wie die Hyperinflation in Deutschland von 1923 zeigt, deren Grundstein bereits im August 1914 gelegt wurde, als man die Deckung der Reichsbanknoten mit Gold aufhob. Zielinski errechnete, dass in den Kriegen der vergangenen 200 Jahre die Währung der Konfliktparteien im Durchschnitt um die 30 Prozent an Wert verlor. Ebenso nutzt es den Kriegführenden, wenn Dritte das erforderliche



Kredit beim eigenen Volk: Deutsches „Kriegs-Sparbuch“ aus dem Jahr 1918

Foto: Mauritius

KONFLIKTFORSCHUNG

Wo ein Krieg ist, das ist auch das Geld dafür da

Die Politikwissenschaftlerin Rosella Capella Zielinski hat die Methoden der Kriegsfinanzierung in den vergangenen 200 Jahren untersucht – und stieß auf unterschiedlichste Wege und Mittel

Geld nicht in Form von Krediten, sondern ohne Erwartungen bezüglich einer Rückzahlung zur Verfügung stellen. So überwies die USA bis 2017 immer wieder Milliarden von Dollar an Israel, um dessen Militäraktionen gegen die arabischen Nachbarn zu unterstützen. Früher gewährte die Sowjetunion Staaten der Dritten Welt ebenfalls Hilfszahlungen solcher Art, womit sie viele Konflikte in Asien und Afrika am Laufen hielt.

Zum Sechsten können aber auch Länder Krieg führen, welche kaum Steuern erheben oder Schulden machen, keine Inflation kennen und von niemandem gesponsert werden. In diesem Falle kommen die landeseigenen Ressourcen ins Spiel, bei denen es sich meist um Rohstoffe handelt, deren Verkauf die Staatskasse füllt. Die Öl- beziehungsweise Gasförderländer Saudi-Arabien und Katar finanzieren ihren Feldzug im Jemen auf diese Weise – genau wie Russland seinen Ukrainekrieg. Laut Zielinski führen roh-

stoffreiche Staaten eher Krieg als „Habenichtse“. Und wer auf großen Ölquellen sitzt, zeigt sich besonders dann aggressiv, wenn der Ölpreis steigt.

Zum Siebten spült manchmal auch der Raub fremder Bodenschätze Geld in die Kriegskasse. Dass dies eine durchaus effektive Methode sein kann, demonstrierten Rebellengruppen in Afrika und der Islamische Staat (IS) im Irak und in Syrien. Der IS bedient sich an den Ölvorkommen der Region, während Bürgerkriegsparteien wie die UNITA in Angola Diamanten auf den Weltmarkt warfen und dabei prächtig abkassierten. In Liberia wurden Diamanten sogar direkt gegen Waffen eingetauscht. Zielinski zufolge lassen sich Kriege auf dieser Basis besonders schwer stoppen, weil es sehr viele Nutznießer gibt.

Eine eher archaische und brachiale Methode, an Geld zu kommen, sind Plünderungen. In der Antike war eine solche Form der Kriegsfinanzierung gang und

gäbe – einschließlich des lukrativen Verkaufs von Kriegsgefangenen auf dem Sklavenmarkt. Dahingegen stellte sie in der Neuzeit eher die Ausnahme dar, obgleich es mehrere Versuche gab, die Goldreserven des Gegners zu kapern.

Kein Konflikt endete aus Geldmangel

Zum Neunten kann eine Kriegspartei auch dadurch an finanzielle Mittel gelangen, dass sie von privaten Sympathisanten aus dem Ausland Zahlungen erhält. Möglich wird dies unter anderem durch die Massenemigration: So schickten eritreische Auswanderer Geld in ihr ehemaliges Heimatland, welches dadurch in der Lage war, seine Nachbarn zu attackieren.

Dabei geht es nicht immer ganz freiwillig zu, wie das Beispiel der in der Schweiz lebenden Tamilen zeigt: Diese mussten zwangsweise Kredite aufnehmen, um den Kampf der Tamil Tigers in Sri Lanka zu ermöglichen. Eine ganz neue Form dieser Art von Kriegsfinanzierung

seitens nichtstaatlicher Gönner im Ausland wählte jetzt die ukrainische Regierung. Sie richtete ein Spendenkonto für Kryptowährungen ein, auf dem bislang bereits 63 Millionen Dollar eingingen.

Und zum Zehnten exportierten manche kriegführende Staaten auch Falschgeld, Drogen oder alte, aber noch funktionstüchtige Waffen, um Geld einzunehmen. Dergestalt verfuhr beispielsweise die Roten Khmer in Kambodscha während ihres Konflikts mit Vietnam.

Mit Blick auf all die zahlreichen Möglichkeiten der Kriegsfinanzierung gelangt Zielinski am Ende ihrer Studie zu dem Fazit: „Mir ist kein Krieg begegnet, der aus Geldgründen beendet wurde.“ In Anbetracht dessen stellt sich natürlich die Frage nach dem Sinn beziehungsweise der Wirksamkeit von Wirtschaftsanktionen, wie sie wegen des Ukrainekrieges gegen Russland verhängt wurden oder noch zusätzlich verhängt werden sollen.

KRISENFOLGEN

Die Rückkehr der Mangelwirtschaft

Statt eines postpandemischen Konsumrauschs leeren sich Supermarktregale – Erinnerungen an die DDR werden wach

Als im Juli 1990 zwischen Elbe und Oder die D-Mark als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt wurde, bedeutete dies schlagartig das Ende der Mangelwirtschaft. Über Jahrzehnte war das Leben der Deutschen in der DDR von Versorgungsproblemen bei selbstverständlichen Dingen geprägt, für die leere Verkaufsregale, Begriffe wie „Bückware“ oder jahrelanges Warten auf die Lieferung eines Kleinwagens Marke „Trabant“ standen.

Mittlerweile erlebt der Begriff „Mangelwirtschaft“ eine gesamtdeutsche Wiedergeburt. Der „Spiegel“ veröffentlichte unlängst eine Kolumne, die mit „Lernen von der DDR“ überschrieben war. Unter Hinweis auf „unseren Konsum, unseren

Energieverbrauch“ und „unsere verschwenderische, räuberische Lebensweise“ zog Autorin Sabine Rennefanz die Schlussfolgerung: „So wie es ist, wird es nicht bleiben.“ Mit Blick auf „die DDR-Mentalität, alles zu reparieren“ oder Weihnachtspapier aufzuheben, um es glattgestrichen im nächsten Jahr wieder zu verwenden, urteilte Rennefanz: „Die Dinge hatten einen eigenen Wert, auch aus dem Mangel heraus.“ Der Rückblick auf die Mangelwirtschaft der DDR könnte sich für die heutigen Verbraucher tatsächlich als eine Art Einstimmung auf Kommandes entpuppen.

Bereits im vergangenen November hatte sich ebenfalls der „Spiegel“ unter

dem Titel „Deutsche Industrie leidet unter Mangelwirtschaft“ mit ausbleibenden Rohstofflieferungen, dem Fehlen von Halbleitern, Hartplastik und Holz sowie gestiegenen Frachtkosten beschäftigt, die Importe unwirtschaftlich machen.

Lücken werden geschickt getarnt

Zum Abreißen der globalen Lieferketten und Pandemie-bedingten Personalausfällen ist nun der nächste wirtschaftliche Schock durch den Ukrainekrieg und die Sanktionen gegen Russland, den weltweit größten Rohstoffexporteur, gekommen. Im Schlepptau des Begriffs „Mangelwirtschaft“ taucht nun sogar immer öfter das Wort „Rationierung“ auf. In den Märkten

großer Lebensmittelhändler wie Aldi und Lidl kann es Kunden passieren, dass sie an den Regalen auf den Hinweis stoßen, dass bei einigen Produkten die maximale Abgabemenge begrenzt wurde. Bei Speiseölen oder Toilettenpapier sind solche Rationierungsversuche mitunter überflüssig: Die Ware ist im Laden oftmals gar nicht mehr vorhanden. „Ob bei der nächsten Lieferung wieder etwas mitkommt, können wir nicht sagen“, so eine mittlerweile recht geläufige Formulierung, die an das „Konsumparadies“ DDR erinnert.

Mit den Lieferproblemen hat auch der Handel die schon im real existierenden Sozialismus gepflegte Kunst des Kaschierens des Mangels wiederentdeckt. Aus

den USA wird berichtet, dass Lebensmittelketten leere Regale mit großen Reklameaufhängen verdecken. Hierzulande versuchen Marktleiter, das Fehlen von Produkten wie Mehl zu überspielen, indem sie die Regallücken einfach mit reichlich vorhandener Ware, wie etwa Tütensuppen, füllen.

Für die Verbraucher ist diese Entwicklung nach zwei Jahren Corona-bedingter Einschränkungen ein herbes Erwachen. Noch vergangenes Jahr hatten viele Wirtschaftsexperten nach dem Motto „ins Restaurant gehen, shoppen oder Urlaub machen“ einen nachholenden Konsumrausch vorausgesagt, wenn erst einmal die Pandemie-Beschränkungen aufgehoben sind.

Norman Hanert



KÖNIGSBERG

Bauarbeiten am Wrangelturm

Ausstellungs- und Konferenzräume sollen entstehen – Die Fertigstellung ist für den Sommer geplant

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

In Königsberg hat die Restaurierung der Außenfassade des Wrangelturms begonnen. Die Bauarbeiter haben zunächst alle früheren illegalen Bauten um das Kulturdenkmal herum beseitigt.

Der Wrangelturm, benannt nach dem preußischen Generalfeldmarschall Friedrich von Wrangel, wurde 1859 erbaut. Das dunkelrote Klinkergebäude mit teilweise verglasten Fassadenelementen ist ein Denkmal der Neugotik. Das dreistöckige runde Gebäude mit Innenhof ist zwölf Meter hoch und hat einen Durchmesser von 34 Metern.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Turm als Lagerhaus genutzt worden, und in den 1990er Jahren beherbergte er ein Restaurant sowie ein Antiquitätengeschäft. Unter dem ehemaligen Gouverneur Nikolaj Zukanow beschlossen die Behörden, den Pächtern überlassenen zurückzunehmen und ihn der Zuständigkeit der Stadt zu übertragen. Nach zahlreichen Gerichtsverhandlungen gelang ihnen dies auch schließlich.

Umbaupläne seit 2016

Im Jahr 2016 wurde der Wrangelturm dem Bernsteinmuseum zugeteilt, und es wurde ein Konzept für die Nutzung des historischen Denkmals und des Geländes um das Tor herum entwickelt. Der Turm selbst sollte ein paläontologisches Museum und eine Terrasse mit einem Dachcafé beherbergen. Es gab den Vorschlag, den Innenhof mit einer Glaskuppel zu überdachen. Auf dem Platz hinter dem Turm sollten Gehwege und elf lebensgroße Dinosaurier-Skulpturen errichtet werden.

Doch der inzwischen amtierende Gouverneur, Anton Alichanow, gab bekannt, dass die Region noch nicht über das Geld für den Wiederaufbau des Turms verfüge. Erst im Dezember 2019 genehmigte die Regionalregierung das Konzept zur Nutzung des Wrangelturms für die Entwicklung eines sogenannten Bernstein-Clusters. Die Idee einer Ausstellung von Dinosaurier-Skulpturen gab man auf.



Die Bauarbeiten nehmen ihren Lauf: Der Wrangelturm aktuell

Foto: J.T.

Ein Jahr später beschloss die Regionalregierung, umgerechnet 2,2 Millionen Euro für die „Anpassung des Wrangelturms für eine moderne Nutzung als Museum“ bereitzustellen.

Die Firma Lester wurde mit der Erstellung der Baupläne beauftragt. In der Nähe der Festung befinden sich weitere historische Objekte, sodass die Dokumentation die Prüfung als erhaltenswertes Objekt von historischer und kultureller Bedeutung bestanden hat. In der Genehmigungsurkunde heißt es, dass nicht nur der Turm selbst, sondern auch die Umgebung restauriert werden soll.

Teil des Bernsteinmuseums

In Anbetracht der historischen Funktion des Standorts wird vorgeschlagen, dem Kulturerbeobjekt und der Umgebung „auf der Grundlage historischer und architektonischer Studien sein historisches Aussehen zurückzugeben, ohne die architektonischen Merkmale des 1859 errichteten

Turms und der Umgebung zu verändern“. Bei dem Bauvorhaben geht es darum, das äußere Erscheinungsbild des Wrangelturms zu erhalten und das verlorene Ziegelmauerwerk des Steinsockels an seinen Außenwänden wiederherzustellen sowie die Fenster- und Türnischen. Die Fensteröffnungen sollen eine neue Verglasung erhalten, Risse und fehlendes Mauerwerk gefüllt werden. Weiter sind die Reinigung und das anschließende Auftragen einer wasserabweisenden Schicht auf die Fassaden vorgesehen sowie eine Sanierung der Turmfundamente.

Anton Fedosow, Leiter des regionalen Verbandes der Bernsteinindustrie, sagte, dass die Arbeiter inzwischen die Schießscharten verfüllt, die Fenster vergittert und die Aluminiumverglasung an den Bögen in der Galerie des Turms angebracht haben. Die Innenräume können danach beheizt werden und die Inneneinrichtung kann nach und nach erfolgen.

Wie lange die geplanten Arbeiten am Wrangelturm dauern werden, kann derzeit niemand sagen, da die Kosten für Bau- und Ausbaumaterialien erheblich gestiegen sind. Im Idealfall sollten die Arbeiten zu Beginn des Sommers abgeschlossen sein.

Unsicherheitsfaktor Kostenexplosion

Bis dahin will der Wrangelturm einen Ausstellungsraum mit Büroflächen eröffnen. Im Erdgeschoss des denkmalgeschützten Gebäudes sollen dann weitere Ausstellungsräume, eine Lobby und Lagerräume entstehen. In den oberen Stockwerken werden ebenfalls Ausstellungs- und Konferenzräume sowie Büros und Geschäfte entstehen. Darüber hinaus umfasst das Sanierungsvorhaben die Restaurierung des kleinen Turms am Eingang des Komplexes, des Stegs in der Nähe des Hauses der Technik und die Instandsetzung der Ziegelmauer entlang des Wassergrabens.

MELDUNGEN

Jubiläum im Wasserwerk

Allenstein – Die Arbeiter des Wasserwerkes hatten am Welttag des Wassers Ende März Grund zum Feiern: den 125. Geburtstag der zentralen Wasserversorgung, die auf das Jahr 1897 datiert, als der damalige Rat der Stadt beschloss, eine Pumpstation im System der Wasserleitung zu bauen. Anlässlich des Jubiläums wurde an Roland Luckhardt, den Initiator des Baues der Allensteiner zentralen Wasserversorgung und der Kanalisation, erinnert. Später wurde Luckhardt Direktor der Stadtwerke. Diese Funktion hatte er 15 Jahre lang inne. An ihn erinnern auch die Figuren auf dem Brunnen. In den Archiven befindet sich kein Bild von Luckhardt, sodass die Figur nicht authentisch ist, sondern dem Empfinden des Künstlers nachgebildet wurde. Der Tag des Wassers ist eine Gelegenheit zum Gedenken, dass mehr als eine Milliarde Menschen auf der Welt keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Das Allensteiner Wasser kommt aus Brunnen in einer Tiefe von 50 bis 320 Metern. Die Geschmacks- und Gesundheitsbedingungen erlauben es, direkt aus dem Wasserhahn zu trinken. PAZ

Warnung vor Panikkäufen

Königsberg – Die stellvertretende Ministerin für wirtschaftliche Entwicklung, Industrie und Handel, Irina Grakowa, mahnte die Bevölkerung des Königsberger Gebiets über die sozialen Medien, keine Zuckervorräte zu horten oder sonstige Panikkäufe zu tätigen. Die Vorräte in den Läden reichten jeweils für zwei Wochen, bis die Regale mit Nachschub aufgefüllt würden. Dieser sei jedoch für alle lebensnotwendigen Lebensmittel gesichert. Zuvor hatten besorgte Bürger die Zuckerbestände der Lebensmittelläden leer gekauft. Seit dem Beginn des Ukrainekriegs und der verschärften Sanktionen sind sie besorgt bezüglich der Ernährungssicherheit. Dies hat zu einem Anstieg der Nachfrage nach bestimmten Waren geführt. MRK

TILSIT

Von „Tilsitskoje“ und „Koroljewa Luise“ bis zu „Paragraf 77“

Die Brauerei TILSTIKRONE in der Tradition der Tilsiter Actien-Brauerei wartet mit sieben Biersorten auf

Die russischen Liebhaber des edlen Gerstensafts sind guter Dinge. Zur rechten Zeit – während sich europäische Bierunternehmen wie Carlsberg, Bitburger, Heineken oder Veltsins vom russischen Markt zurückziehen – ist die Brauerei TILSTIKRONE pünktlich zum Frühjahrsbeginn mit ihrem Produktionsprogramm gestartet.

Anlässlich der Eröffnung weilte eine hochrangige Delegation unter Leitung der Duma-Abgeordneten Marina Orgejewa in Tilsit. Bei der feierlichen Inbetriebnahme hob Brauereidirektor Rinat Scharafutdinow hervor, dass sich seine Brauerei in der Tradition der Tilsiter Actien-Brauerei sieht, welche 1827 entstand und mit ihrer Braukunst zum ostpreußischen Marktführer wurde. Derzeit umfasst die Produktpalette sieben



Lädt zum Besuch ein: TILSTIKRONE

Foto: Brauerei

verschiedene Biersorten. Sie tragen interessante Namen wie „Tilsitskoje“, „Prusskoje“, „Ragnitskoje Pils“, „Koroljewa Luise“, also „Tilsiter“, „Preußisches“, „Ragniter Pils“, „Königin Luise“, um nur einige zu nennen. Ihr Alkoholvolumen bewegt sich je nach Sorte zwischen 4,5 und 5,2 Prozent. Natürlich darf auch der in Russland beliebte Kwas nicht fehlen.

TILSTIKRONE hat in der Arndtstraße [Uliza Matrosowa] einen Outletverkauf eingerichtet. An der Einfallstraße aus Richtung Heinrichswalde und der Elchniederung, gleich hinter dem Viadukt und gegenüber vom Park Jakobsruh, lädt das Firmencenter zum Besuch ein. Alle sieben Biersorten locken zur Verkostung und zum Verkauf. Daneben sind auch Snacks im Angebot. Die schmackhaften Würstchen kommen aus

Mehlauken im Kreis Labiau, Nüsse und Käsechips aus dem Tilsiter Umland. Die Erzeugnisse aus heimischer Herstellung erfreuen sich eines regen Zuspruchs. Auch an die Autofahrer wurde gedacht. Für sie wird die Sorte „Paragraf 77“, ein alkoholfreies Helles, angeboten.

Die rasche Inbetriebnahme der TILSTIKRONE-Brauerei wurde möglich dank eines großzügigen Förderprogramms. Gegenwärtig wird noch am Bau eines Biergartens auf dem Betriebsgelände gearbeitet. Er soll bis zum Sommer fertig werden. Mit einer Ausstellung über alte Tilsiter Braukunst, mit Betriebsbesichtigungen und einem reichhaltigen Getränkeangebot wird er zu einem Anziehungspunkt für Touristen werden und Tilsit um eine Attraktion reicher machen. Hans Dzieramwww

**ZUM 101. GEBURTSTAG**

Herold, Johanna, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 13. April
Liebert, Gerda, geb. **Gurgsdies**, aus Ansoerge, Kreis Elchniederung, am 20. April
Spendowski, Elisabeth, geb. **Aukthun**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 16. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Buschmann, Edelgard, geb. **Belusa**, aus Treuburg, am 15. April
Drubba, Otto, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 18. April
Friese, Johanna, aus Saagen, Kreis Preußisch Eylau, am 19. April
Kürten, Liesbeth, geb. **Bombor**, aus Salden, Kreis Treuburg, am 21. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Christiansen, Käthe, geb. **Preuss**, aus Treuburg, am 16. April
Spath, Irmgard, geb. **Kulschewski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Fandrich, Elsbeth, geb. **Gerundt**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 19. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gollner, Magdalene, geb. **Baehr**, aus Louisenthal, Kreis Mohrunen, am 15. April
Kilanowski, Helga, geb. **Schulz**, aus Lyck, am 18. April
Kritzler, Jutta, geb. **Maiwald**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 18. April
Objartel, Ulrich, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 19. April
Struckmann, Christel, geb. **Worath**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 20. April
Szech, Kurt, aus Milussen, Kreis Lyck, am 20. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bialluch, Oskar, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 21. April

Böhnke, Helmut, aus Wiese, Kreis Mohrunen, am 17. April
Gronwald, Käthe, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 17. April
Kaminski, Erna, geb. **Stosek**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 20. April
Lang, Inge, geb. **Kohnke-Laupichler**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 15. April
Müller, Renate, geb. **Loch**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 21. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bandilla, Gustav-Otto, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 16. April
Bernhard, Toni, geb. **Puchalski**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 9. April
Druba, Erwin, aus Bergenuau, Kreis Treuburg, am 18. April
Heckendorf, Herta, geb. **Rausser**, aus Antonowen, Kreis Lötzen, am 19. April
Josuweit, Hans, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. April
Klein, Marga, geb. **Hinz**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 16. April
Klischewski, Eva, aus Walden, Kreis Lyck, am 16. April
Kreuzberger, Hansjürgen, aus Ebenrode, am 19. April
Lasarzik, Gerd, aus Bartken, Kreis Treuburg, am 15. April
Mattke, Ilse, geb. **Schwenzfeier**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 20. April
Michewski, Herbert, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 16. April
Müller, Hannelore, aus Friedrichsfelde, Kreis Ortelsburg, am 9. April
Rehfisch, Gertrud, geb. **Sentek**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 20. April
Scheffler, Kurt, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. April
Zitzmann, Irmgard, geb. **Melsa**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 21. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hartwig, Ella, geb. **Ficht**, aus Groß Wilmsdorf, Kreis Mohrunen, am 21. April
Hoff, Erika, geb. **Brzosda**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 8. April
Klimaschewski, Oskar, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 18. April

Kratky, Gisela, geb. **Haedge**, aus Kaunen, Kreis Neidenburg, am 17. April
Neubert, Irmgard, geb. **Radtke**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 8. April
Nitschmann, Helene, geb. **Katzmarski**, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 17. April
Sahm, Erna, geb. **Gnipp**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 20. April
Sauter, Emma, geb. **Scherwath**, aus Matten, Kreis Ebenrode, am 21. April
Scherwenings, Franz, aus Girschunen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 17. April
Schönrock, Egon Rudi, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 18. April
Schwabe, Gertraud, geb. **Becker**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 15. April
Steiner, Margarete, geb. **Bleyer**, aus Altbruch, Kreis Ebenrode, am 18. April
Todtenhaupt, geb. Stumpf, aus Wehlau, am 16. April
Westphal, Alfred, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 19. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Becherer, Lisbeth, geb. **Wenzel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. April
Belau, Irene, geb. **Spruth**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 20. April
Jahn, Rudolf, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 21. April
Miehling, Adelheid, geb. **Buxa**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. April
Müller, Charlotte, aus Kahlau, Kreis Mohrunen, am 17. April
Schlösser, Ursula, geb. **Todzy**, aus Ortelsburg, am 18. April
Wegelin, Heinz, aus Görritten, Kreis Ebenrode, am 17. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bodis, Ingrid, geb. **Manzau**, aus Hohenwiese, Kreis Elchniederung, am 16. April
Dietzek, Manfred, aus Muschagen, Kreis Neidenburg, am 15. April
Fröhlich, Gertrud, geb. **Majewski**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 21. April
Froese, Horst, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 16. April

Godau, Hans-Joachim, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 20. April
Granitzki, Erich, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 17. April
Grunau, Karl-Heinz, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 19. April
Habicht, Helmut, aus Reichertsvalde, Kreis Mohrunen, am 16. April
Heisel, Gerd, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 17. April
Jorde, Gerlinde, geb. **Spingies**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 16. April
Konoppa, Walter, aus Groß Sarkau, Kreis Neidenburg, am 16. April
Kronmiller, Waltraud, geb. **Zywietz**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 18. April
Paul, Heinz, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Petrat, Günter, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode und aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 18. April
Polok, Lieselotte, geb. **Gallmeister**, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 12. April
Schwenke, Doris, geb. **Bickeleit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. April
Wojdyla, Irmgard, geb. **Gregel**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 18. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Appenrodt, Waltraut, geb. **Klein**, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 20. April
Böttcher, Hildegard, geb. **Kellmann**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 15. April
Boller, Annelore, geb. **Rogowski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 54, am 15. April
Bossy, Horst, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 21. April
Buchau, Bruno, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 20. April
Bürkle, Irmgard, geb. **Dettner**, aus Rosignaiten, Kreis Fischhausen, am 19. April
Ende, Hildegard, geb. **Pohl**, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrunen, am 18. April
Grigull, Dieter, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 17. April
Jeschke, Irmgard, geb. **Majewski**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 15. April
Keller, Manfred, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 15. April
Lojewski, Karl, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 11. April
Plottnik, Luise, geb. **Trzaska**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 12. April
Schneewind, Ursula, geb. **Roy**, aus Lyck, am 15. April
Schöps, Waltraut, geb. **Kwiedor**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 15. April

Schwarmann, Lydia, geb. **Buttkewitz**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 20. April
Sommer, Dietrich, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 15. April
Suchowitz, Adeltraut, geb. **Turner**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 21. April
Zander, Anni, geb. **Schippers**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 17. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bertram, Adelheid, geb. **Mrotzek**, aus Treuburg, am 21. April
Christoph, Karola, geb. **Hogrefe**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 16. April
Conrad, Hugo, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 17. April
Dauskardt, Helga, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, am 19. April
Düvel, Emma, geb. **Tonk**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 17. April
Ernst, Siegrid, geb. **Rupsch**, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 19. April
Harder, Gerhard, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 21. April
Kallweit, Rudolf, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 16. April
Klär, Ilse, geb. **Kühl**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 17. April
Kolpatzki, Ursel, geb. **Kallisch**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 18. April
Kreitschmann, Lothar, aus Sullimmen, Kreis Lötzen, am 19. April
Kutzinski, Ursula, geb. **Eggert**, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 19. April
Leibe, Irmgard, geb. **Pogodda**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 17. April
Leitner, Margarete, aus Lyck, am 21. April
Lewandowski, Lotty, geb. **David**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 17. April
Lippke, Gisela, geb. **Hansel**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. April
Murach, Manfred, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 20. April
Pfaufel, Erika, geb. **Henke**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 18. April
Podscharly, Heinz, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 10. April
Rapphahn, Helga, geb. **Poschmann**, aus Waltersdorf, Kreis Mohrunen, am 19. April
Rautenberg, Hildegard, geb. **Zybulka**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 16. April
Ruhs, Doris, geb. **Wenk**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 21. April
Scherello, Günter, aus Millau, Kreis Lyck, am 15. April
Tarrach, Heinz, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 16. April

Literatur/Karten

Ost-/Westpreußen, Pommern, Schlesien, Sudeten usw. finden bei www.booklooker.de, dann Mitglied **marketender10**.

Jahrbücher

günstig abzugeben:
Der redliche Ostpreuße von 1950 bis 1998
Danziger Hauskalender von 1949 bis 2001
Jahrbuch -Weichsel-Warthe von 1963 bis 2012
Königsberger Bürgerbrief von 1996 bis 2021
Kontakt unter 06425/2225

Wintzer, Rita, geb. **Weber**, aus Fischhausen, am 17. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Basmer, Klaus, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. April

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Baumgart, Egon, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 21. April
Brusikowski, Helmut, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 20. April
Hoebel, Dr. Artur, aus Rogenau-Rittergut, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Kemmesies, Winfried, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 15. April
Ling, Hubert, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 10. April
Nienke, Heinz, aus Allgau, Kreis Elchniederung, am 17. April
Schulz, Manfred, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 15. April
Seefeld, Wilfried, aus Walden, Kreis Lyck, am 15. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bartz, Gabriele, geb. **Lumma**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 11. April
Ivers, Irene, geb. **Thiermann**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 15. April

Zusendungen für die Ausgabe 17/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 17/2022 (Erstverkaufstag 29. April) **bis spätestens Dienstag, den 19. April**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

22. bis 24. April: Kulturseminar in Helmstedt
23. und 24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburg)
11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg
25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)
1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin
7. bis 9. Oktober: 10. Deutscher Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Neuwahlen

Weißenburg – Am letzten Wochenende im Monat März waren die Delegierten der LOW-Bayern, aber auch die persönlichen Mitglieder, stark gefordert: Nicht nur wegen der Landeskulturtagung in Ellingen, sondern auch aufgrund des Landesdelegiertentages wurde ihre Anwesenheit erwartet – denn im Landesvorstand standen wieder einmal turnusmäßige Neuwahlen an.

Die neuen Vorstandsmitglieder waren fast durchgehend die alten, mit einer Ausnahme: Ursula Ewert, in der letzten Wahlperiode als Kassenprüferin tätig, kandidierte nicht wieder; statt ihrer sprang Erwin Vollerthun ein. Er wird in den nächsten zwei Jahren nunmehr zusammen mit Thomas Hürländer die Abschlüsse der Landesschatzmeisterin prüfen.

Treffen

Nürnberg – Dienstag, 26. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürn-

berg-Langwasser, Imbuschstraße 1 (gegenüber Ende der U1):Treffen zum Thema „Bayern, Patenland der Ostpreußen“.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

LO-Jahrestreffen

Wolfsburg – Sonnabend, 11. Juni, CongressPark, Heinrich-Heine-Straße: Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen.

Wir empfehlen die Zugfahrt mit einem Niedersachsenticket. Es besteht eine gute Verbindung um 6.17 Uhr ab Bremen Hauptbahnhof mit Umsteigen in Hannover. Wenn Sie diese nutzen möchten und Mitfahrer für ein gemeinsames Niedersachsenticket wünschen, empfiehlt es sich, uns dieses mitzuteilen. Dann können Fahrgemeinschaften zur Preisermäßigung, aber auch zur gegenseitigen Unterstützung, gebildet werden.

Inzwischen hat unser in Osterholz-Scharmbeck wohnhaftes Mitglied Irene Pichottka mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, mit dem eigenen Auto nach Wolfsburg zu

fahren. Sie könne bis zu drei Mitglieder unserer Gruppe mitnehmen und würde diese um 8.15 Uhr am Bremer Hauptbahnhof zusteigen lassen. Wir möchten diese Initiative unterstützen und bitten Interessenten, sich bitte direkt bei Irene Pichottka, Telefon (04791) 7672 zu melden.

Wir würden auch Eintrittskarten zum Preis von zehn Euro im Vorverkauf besorgen.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465.

Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-**

Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Jahreshauptversammlung

Holzminden – Freitag, 29. April ist Jahreshauptversammlung mit anschließender Fortsetzung des Films „Alltag in Ostpreußen in den 1920er und 1930er Jahren.

Treffen

Oldenburg – Mittwoch, 11. Mai, 15 Uhr, Hotel Restaurant Wöbken, Hundsmüllerstraße 255, 26131 Oldenburg, VWG-Buslinie 314: gemütliches Kaffeetrinken. Teilnehmer müssen sich bei mir anmelden unter Telefon (0441) 2047676.

Mittwoch, 8. Juni, 15 Uhr, Stadthotel, Oldenburg-Eversten: Lebensbilder: Ostpreußen als Vertriebene in Oldenburg, in Vorträgen von Gisela Borchers:

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

Hans Fleischer, Installateurmeister aus Königsberg, Oberbürgermeister von Oldenburg, Elfi Hoppe, Schauspielerin aus Labiau, Ostpreußen, Otto Springer, Entsorgungsunternehmen aus Gerdaun, Ostpreußen,

Mittwoch, 13. Juli, 15 Uhr, Bümmersteder Krug, Sandkruger Straße 180: gemütlicher Kaffeemittag.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Ankündigung

Oberhausen – Sonnabend, 7. Mai, 10 Uhr, Haus Union, Schenken-

dorfstraße 13: Delegiertentagung mit anstehender Neuwahl des Vorstandes. Als Vortragenden konnten wir wiederum den bekannten PAZ-Redakteur Hans Heckel gewinnen, er wird zur aktuellen politischen Lage referieren. *Jürgen Zauner*

Heimatsnachmittag

Bielefeld – Montag, 25. April, 15 Uhr, Gasthaus-Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: Treffen der Ost- und Westpreußen. Es wird uns allen sicher guttun, wieder einen gemütlichen Nachmittag bei Kaffee und Kuchen in fröhlicher Runde zu verbringen. Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder und Freunde Ostpreußens. Es wird das Reiseprogramm für die Fahrt zum Ostpreußentreffen am 11. Juni in Wolfsburg vorgestellt. Zu erreichen ist das Restaurant mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“. Haltestelle „Bültmannshof“. Voranmeldung bitte bei Barbara Dörr, Telefon (0521) 82026, oder Gertrud Riede, Telefon (05202) 5584.



Bildtafel ergänzt

Viersen-Dülken – Nur drei Monate nach der Gedenkveranstaltung zu der 70 Jahre zurückliegenden Errichtung des Kreuz des Deutschen Ostens auf dem Friedhof in Viersen-Dülken hat die Ortsgruppe Dülken der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig aus dem derzeitigen aktuellen Anlass die damals dort gezeigte Bildtafel entsprechend ergänzt:

- 1919/20 Versailles – Saint-Germain
- Neuilly-sur-Seine
- Trianon – Sèvres
- 1943/1945 Teheran - Jalta –
- Potsdam
- Ukraine
- 2022

Fortsetzung auf Seite 16



Nach den Wahlen des Landesvorstands: (v. l.) Erwin Vollerthun, Kassenprüfer, Marc Zander, Schriftführer, Ralf Loos, Beisitzer, Pia Lingner-Böld, Landesschatzmeisterin, Friedrich Wilhelm Böld, Beisitzer, Christoph Martin Stabe, Landesvorsitzender, Jürgen Danowski, Landeskulturreferent, Rüdiger Stolle und Rainer Claaßen, beide stellvertretende Landesvorsitzende; es fehlt der zweite Kassenprüfer Thomas Hürländer

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf – Gerhart Hauptmann Haus (GHH), Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Deutsch-ost-europäisches Forum, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, Telefon (0211) 1699134, Internet: www.g-h-h.de. Donnerstag, 28. April, 19 Uhr: Nachholtermin „Die Deutschen in der Sowjetunion in der letzten Phase von deren Existenz 1985-1991“, Vortrag von Viktor Krieger. Freitag, 29. April, 18 Uhr: „Die Revolution ist die Maske des Todes. Der Tod ist die Maske der Revolution.“ Musikalische Lesung mit Alexandra Lachmann (Sopran), Elke Jahn (Gitarre) und Uli Hoch (Lesung). Sonnabend, 30. April, 16.30 Uhr: „Wir sind nicht Ahnenlos – 100 Jahre Familienforschung in der Region Düsseldorf“ Festakt und Jubiläumsausstellung. Festakt und Ausstellungseröffnung: 30. April – 16.30 Uhr, Laufzeit der Ausstellung: 30. April bis 27. Mai

Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Mitgliederversammlung

Kassel – Sonnabend, 21. Mai, 14 Uhr, Saal des Philipp-Scheidemann-Hauses, Holländische Stra-

ße 74, 34127 Kassel: ordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallpönnen). Der Vorstand lädt die Vereinsmitglieder herzlich mit folgender Tagesordnung ein:

- 1. Begrüßung, Protokoll, Beschlussfähigkeit, 2. Berichte der Vorstände, 3. Diskussion der Vorstandsberichte, 4. Kassenprüfbericht und Antrag auf Entlastung des Vorstandes, 5. Neuwahlen des Vorstandes, 6. Verschiedenes.

Am gleichen Tage und am gleichen Ort findet ab 10 Uhr das 300-jährige Stadtgründungsjubiläum in unserer Patenstadt Kassel statt. Wegen noch möglicher Pandemiebeschränkungen wird um Anmeldung bei Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, gebeten per E-Mail: gerhard.kuebart@gmail.com oder unter Telefon (05261) 88139. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Gerhard Kuebart, Daniela Wiemer, Winfried Daunicht

Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

70-Jahr-Feier in Düsseldorf

Düsseldorf – Freitag, 13. Mai, ab 10.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarck-

straße 90, Düsseldorf: Feier zum 70-jährigen Bestehen der Memellandgruppe Düsseldorf verbunden mit einem Bezirkstreffen.

Beginn der Feierstunde um 11 Uhr durch die Vorsitzende Karin Gogolka. Danach folgt ein Vortrag des Bundesvorsitzenden der AdM Uwe Jurgsties. Musikalische Begleitung durch Waldemar Dantschenko. Anschließend gemeinsames Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen. Der Unkostenbeitrag beträgt 10 Euro und beinhaltet den Eintritt, Mittagessen, Kaffee und Kuchen sowie alkoholfreie Getränke. Wegen der Vorbestellung des Essens bitte ich um telefonische Anmeldung unter Telefon (02452) 62492. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich den Termin freihalten und zu uns kommen. Wegen der ständigen Änderungen der Einschränkungen in der Corona-Pandemie, die möglicherweise auch zu einer Absage der Veranstaltung führen können, fragen Sie bitte nach dem aktuellen Stand bei mir nach.

Der ursprünglich vorgesehene Termin 19. März musste aus verschiedenen Gründen leider abgesagt werden. Karin Gogolka

70-Jahr-Feier in Köln

Köln – Sonnabend, 7. Mai, 14 Uhr, Brauhaus, Dellbrücker Hauptstraße 61, Köln-Dellbrück: Feier zum 70-jährigen Bestehen (1951-2021) der Gruppe in der Domstadt. Leider konnten wir das nicht im vergangenen Jahr wegen Corona feiern. Die Ansprache hält unser Vorsitzender Uwe Jurgsties. Wir laden alle Ostpreußen und Freunde des ehemaligen Deutschen Ostens herzlich ein. Herbert Jaksteit

Den Ersten Vorsitzenden der Gruppe Köln erreichen Sie unter Telefon (0170) 8315959.

Memeler Tanz in den Mai

Memel – Sonnabend, 30. April, 19.30 Uhr, Restaurant Troba, Debrecono Straße 61: Der „Deutsche Kultur Verein Memel“ lädt alle Mitglieder und Freunde zum „Tanz in den Mai“ ein. Wir bitten um Anmeldung bei Stefan Elbert unter Telefon (0037) 069486161.

Treffen der Memelländer

Karkelbeck – Montag, 18. April, Besucherzentrum Nationalpark: Osterspaziergang mit Kaffeetrinken.

Memel – Sonnabend, 30. April: Tanz in den Mai. Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben.

Nähere Informationen erhalten Sie beim Ersten Vorsitzenden Heiko Kressin unter Telefon (0037) 06 7552084.

Sensburg

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 7913002.

Alle Post ans: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Ukrainehilfe

Remscheid – Die Kreisgemeinschaft Sensburg hat auch finanziel-

„Hilfe für Euch“

„Blütenrausch“ – Am 7. und 8. Mai stellt, jeweils 11 bis 17 Uhr, die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ im Kloster St. Johannis in Schleswig ihre wertvollen Handarbeiten aus Ostpreußen aus. Zum Kauf angeboten werden Accessoires für Wohnzimmer, Küche und Bad, die beliebten handgestrickten Socken und qualitativvolle Röcke und Zweiteiler sowie viele schöne Geschenkartikel, Honig und Bernstein aus Ostpreußen, Bärenfang, Kochbüchlein und vieles andere. Der Erlös kommt

einerseits den Handarbeiterinnen zugute, die sich durch ihre Arbeit ein Zubrot für ihre Familien verdienen, andererseits etwa 100 bedürftigen Familien, die von der Arbeitsgemeinschaft ehrenamtlich betreut werden.

Mitausstellerin ist Katharina Kharytych aus Kiew, die mit ihren typischen Arbeiten aus der Ukraine die Ausstellung bereichert.

Am Sonntag, 15 Uhr, erzählt die bekannte Mythenzählerin Anne Paysen-Petersen eine Mythe.

le Hilfe im Zuge ihrer Möglichkeiten für die sich im Gebiet des Kreises Sensburg befindenden ukrainischen Flüchtlinge geleistet. Die Geldspende beläuft sich im vierstelligen Bereich.

Die Gemeinschaft ist bemüht, die soziale und wirtschaftliche Not der dort befindlichen Menschen zu lindern. Seit vielen Jahren unterstützen wir vor Ort die Arbeit der dort lebenden Menschen nicht nur in finanzieller Hinsicht.

Die „Bruderhilfe“ wird seit vielen Jahren durch Ehrenamtler der Kreisgemeinschaft Sensburg, die dafür aus Deutschland anreisen, ausgezahlt.

Seit Gründung des Vereins für humanitäre und kulturelle Hilfe der Kreisgemeinschaft Sensburg ist es uns gelungen, Landsleuten hilfreich zur Seite zu stehen und so in vielen Fällen, die größte Not ein wenig zu lindern. Die wenigen dort

verbliebenen Landsleute dürfen wissen, dass wir sie nicht vergessen haben. Auch weiterhin wollen wir Schwerstkranken und Bedürftigen mit unserer Hilfe bedenken.

Mit dieser Spende setzen auch wir uns dafür ein, den Menschen, die vor Krieg und Vertreibung betroffen sind, einen sicheren Zukunftsort zu bieten.

Gertraud Möller

Parnaf-Blumen aus Königsberg

Eine Werkauswahl der Königsberger Barockdichterin mit den Vertonungen des Königsberger Hofkapellmeisters Johann Sebastiani erscheint zu dessen 400. Geburtstag im September bei Coviello auf CD.

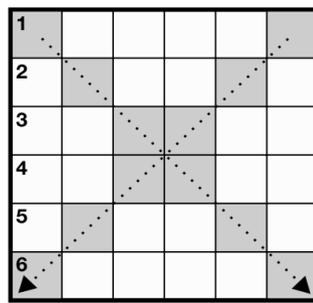
Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 9x9 Sudoku puzzle in the top left corner and a 6x6 Diagonal puzzle in the bottom left corner. Clues include: Früchte einbringen, spanisch: Fluss, ein-schließ-lich, Vorsilbe: Zehntel einer Einheit, von Vorteil sein, Bienenzüchter, Hafendstadt in Marokko, tropisches Gewächs, Rasen-pflanze, engl. Schrift-steller (Road), Handlender; Schau-spieler, Kanton der Schweiz, Kurort an der franz. Riviera, Zitter-pappel, lang-haariger Ras-se-hund, blitz-schnelle Bewe-gung, ein Marder, US-Film-star: ... Gardner, 22. Prä-sident der USA (Gover), Ausflug (eng-lisch), Ein-fassung, Schwur, Kinder-buchfigur bei Enid Blyton, ein Europäer, aufhören, nur wenig, einer Art ähnliches Spalt-werkzeug, Spiel-bank, schriftl. festge-haltenes Recht, nordi-scher Hirsch, Elen, Fischfett, eine Spielfeld-grenze (Sport), norddt.: kleines Küsten-schiff, Wasser-stelle für Tiere, Luft-kurort im Oden-wald, Gemahlin Lohen-grins, von geringer Wasser-tiefe, Dienst-kleidung, umge-knickte Heftecke, unter-würdig; demütig, ein Wacholder-brannt-wein, schöner Jüngling d. griech. Sage, Weizen-bier (volks-tümlich), europäischer Strom, größeres Grund-stück, optisches oder akus-tisches Zeichen, einsam, verein-samt, munter, lebhaft, Auf-sehen, Skandal, Halbinsel an der Ostsee-küste, Schaden im Gewebe, Pferde-renn-bahn bei London, Blatt-gemüse, Wund-starr-krampf (Med.), Verkaufshäuschen, Mitglied der Beatles (John), Südasiat, britischer Pop-musiker (Ringo), ital. Mittel-meer-insel, minder-wertige Nach-ahmung, Abkür-zung für senior, bestimm-ern, ermitteln, Affodill-gewächs, Heil-pflanze, Ausrufer; Bote im Mittel-alter, Grund, Anlass, Steigen der Börsen-kurse, dt. TV-Mode-rator (Jan), Brot-, Käse-form, vordring-lich, Stroh-unter-lage, früherer Lanzen-reiter, Haar-knoten, Roman von Émile Zola, Buch-, Bogen-format, blüten-lose Wasser-pflanze, Fluss durch München, Käuferin, leicht-sinniger Mensch (bayer.), An-sage auf Kontra (Skat), Kfz-Zeichen Schwein-furt, afro-amerik. Pop-musikstil, Bundes-staat der USA, kath. Heilige, Patronin Spaniens, Kauf, Anschaf-fung, Seiden-gewebe, flüch-tiger Augen-blick, Salz der Sal-peter-säure, Kopfbedeckung. Includes a 9x9 Sudoku puzzle and a 6x6 Diagonal puzzle.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers filled in. The grid is: Row 1: [] [] [3] [4] [] [] [] [] [9]; Row 2: [8] [4] [3] [] [] [7] [6] [] []; Row 3: [9] [] [] [] [] [8] [] [] []; Row 4: [] [3] [] [8] [] [] [] [] [1]; Row 5: [] [] [] [4] [1] [2] [] [] []; Row 6: [2] [] [] [] [] [9] [] [5] []; Row 7: [] [] [2] [] [] [] [] [] [3]; Row 8: [] [8] [6] [] [] [7] [1] [] [2]; Row 9: [4] [] [] [] [2] [] [5] [] []

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



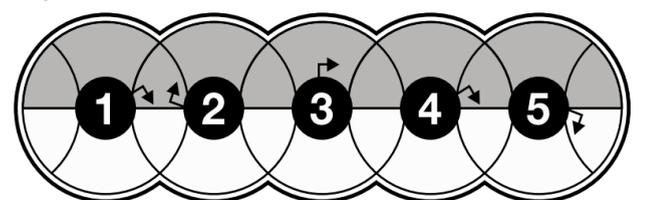
Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gebäudeteile. 1 Krankenhaus, 2 Warenprobe, 3 Geistlicher, 4 altgriechische Orakelstätte, 5 Urlaub, 6 Schließvorrichtung, Sperre

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Alpenrose.

1 den Geist betreffend, 2 Gewürzständer, 3 Peddigrohr, 4 Stadt in der Lüneburger Heide, 5 schwanzloser Lurch



CDU/CSU-Fraktion

Drohender Verlust
kultureller IdentitätZur Situation der deutschen Minderheit
in der Republik Polen

Eine Delegation der Gruppe der Vertriebenen besuchte Ende März mit dem Vorsitzenden Christoph de Vries die Woiwodschaft Oppeln. Nachdem sich die Gruppe in Oppeln einen Eindruck von der Situation der deutschen Minderheit und der ukrainischen Flüchtlinge verschafft haben, erklärt de Vries:

„Der deutschen Minderheit in Polen droht aufgrund der massiven Einschränkung des muttersprachlichen Deutschunterrichts an Schulen mittel- bis langfristig der Verlust der kulturellen Identität. Durch die Verordnung des polnischen Bildungsministeriums, die ab 1. September 2022 in Kraft tritt, wird der Deutschunterricht als Minderheitensprache von drei auf eine Wochenstunde gekürzt. 50.000 Kinder sind hiervon betroffen. Dies ist eine eindeutige Diskriminierung und ein eklatanter Verstoß gegen die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen.“

Laut den Rektorinnen der betroffenen Grundschulen in der Woiwodschaft Oppeln, dem Zentrum der deutschen Minderheit mit rund 300.000 Angehörigen in Polen, sind die Auswirkungen der

Mittelkürzung um zehn Millionen Euro schon jetzt zu spüren. Polenweit droht rund 500 Deutschlehrerinnen und -lehrern die Entlassung. Das Schulwesen der deutschen Minderheit ist nach 30 Jahren Aufbauzeit – bis 1990 war in der kommunistischen Volksrepublik die deutsche Sprache verboten – auf der Kippe. Die PiS-Regierung muss ihre Entscheidung, die alten nationalistischen Reflexen geschuldet ist und die deutsch-polnische Freundschaft belastet, sofort zurücknehmen.

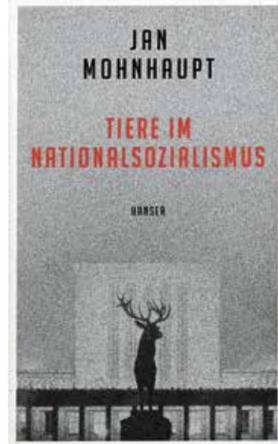
Die Bundesregierung hat bislang nicht den Ernst der Lage erkannt und keine Anstrengungen unternommen, um die PiS-Regierung zum Einlenken zu bewegen. Die zuständige Innenministerin ist jetzt gemeinsam mit Außenministerin Baerbock gefordert, hier umgehend zu intervenieren.

Wir unterstützen die geplante Klage des Dachverbandes der deutschen Minderheiten vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg und werden die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, persönlich um Unterstützung bitten.“

Ostpreußisches Landesmuseum

Tiere im Nationalsozialismus
Mittwoch, 20. April, 18.30 Uhr,
Eintritt: 4,- Euro: Vortrag von Jan Mohnhaupt. Anmeldung erforderlich per E-Mail: info@ol-ig.de oder unter Telefon (04131) 759950.

Über den Nationalsozialismus und seinen Einfluss auf alle Lebensbereiche der Menschen ist in



breiter Vielfalt geforscht und publiziert worden. Doch dass sich die Gedankenwelt des „Dritten Reichs“ auch auf das Verhältnis zu unseren Mitlebewesen ausgewirkt hat, wurde bisher eher als Randnotiz behandelt.

Jan Mohnhaupt, freier Journalist und Autor, ist der Verbindung, die zwischen 1933 und 1945 in Deutschland zwischen Menschen und Tieren bestand, ganz spezifisch nachgegangen und hat zahlreiche Beispiele für weltanschaulich geprägte Perspektiven aufgefunden gemacht. Dabei handelt es sich um einige Wildtiere, aber viel mehr noch um domestizierte Arten, denen Charaktereigenschaften zuerkannt werden, um sie im Wertesystem der Nationalsozialisten zu verorten. Sie wurden ebenso wie Menschen in die Pflicht genommen und hatten sich den Vorstellungen ihrer Besitzer zu unterwerfen wie viele Menschen in ähnlicher Weise. Sie dienten als natürliche Vorbilder

für „Schädlinge“ und „Schmarotzer“, wurden als treu, kühn oder tückisch und falsch eingeschätzt und hatten ähnliche Schicksale zu erwarten wie entsprechend bewertete Menschen. Auch in diesem Ausschnitt der NS-Geschichte zeigt sich das nationalsozialistische Weltbild überraschend klar.

Kulturangebote für ukrainische Kinder und Familien

Das Ostpreußische Landesmuseum will das Ankommen der Flüchtlinge aus der Ukraine erleichtern. Ausstellungsbesuche, Führungen und Mitmachangebote für Kinder sollen ein Stück Normalität und Abwechslung ermöglichen. Schon jetzt gilt freier Eintritt für alle Ausstellungen und Veranstaltungen bei Vorlage eines ukrainischen Passes. Ebenso ist ein Audio-Guide in russischer Sprache für die Dauerausstellung verfügbar. Da viele Kinder nur ukrainisch sprechen, suchen wir noch Personen mit entsprechen-

den Sprachkenntnissen, die Lust hätten, sich als Führungskraft einzuarbeiten. Anmeldungen sind jeweils erforderlich unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de.

Aktuelle Corona-Besuchsregeln seit dem 5. April

Mit dem 5. April entfallen alle Zugangsbeschränkungen, es muss lediglich eine FFP2-Maske in den Ausstellungsräumen getragen werden. Bei Veranstaltungen darf die Maske im Sitzen abgenommen werden. Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren können auch eine OP-Maske tragen, Kinder unter sechs Jahren sind von der Maskenpflicht ausgenommen. Mit erkennbaren Erkältungssymptomen bleibt der Zutritt untersagt.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und Brauereimuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg



ANZEIGE

Stiftung
»Zukunft für
Ostpreußen!«

Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE56 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FURKDE31

ANZEIGE

Sonnabend, 11. Juni 2022
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Jahrestreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers,
Fahneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

PRUSSIA-Gesellschaft

Duisburg – Sonnabend, 30. April, ab 10.30 Uhr, vormaliges „Museum Stadt Königsberg“, Johannes-Corputius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5, 47051 Duisburg: Der Vorstand der PRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens lädt zu einer ordentlichen Mitgliederversammlung mit vorangehender Vortragsveranstaltung ein. Gäste sind stets willkommen.

Auf die Einhaltung der Infektionsschutzvorgaben wird geachtet. Derzeit wird davon ausgegangen, dass unter Einhaltung eines Hygienekonzepts die „3G-Regelung“ (geimpft, genesen, getestet) anzuwenden ist. Zwischenzeitlich ergangene behördliche Vorgaben werden umgesetzt/eingehalten.

Ab 10.30 Uhr sowie in der Pause besteht die Möglichkeit, das Partnerschaftsbüro der Stadtgemeinschaft Königsberg mit einem Bü-

cherstand aufzusuchen.

11 Uhr: Begrüßung durch den Präsidenten der PRUSSIA-Gesellschaft.

11.15 Uhr: Lothar Kroll, Technische Universität Chemnitz, Lehrstuhl für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, referiert zum Thema „Die Hohenzollern-Debatte“ mit anschließender Diskussion.

13 Uhr: Gedankenaustausch bei einem kleinen Imbiss.

14 Uhr: Kurzvorträge zur Information

a) Unterbringung und Verfügbarkeit der Sammlung PRUSSIA einschließlich Bibliothek an der TU Chemnitz.

b) Projekt der PRUSSIA-Gesellschaft zusammen mit dem Museum für Vor- und Frühgeschichte in Berlin: Die archäologischen Ortsakten aus Königsberg in Ostpreußen. Transkription, Erfassung und digitale Präsentation archivalischer Bestände aus dem Prussia-Museum.

15 Uhr: Mitgliederversammlung



mit vorläufiger Tagesordnung:

1. Begrüßung, 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit, Annahme der Tagesordnung, 3. Bericht des Vorstands, 4. Bericht des Schatzmeisters, Jahresrechnung 2021, 5. Bericht der Rechnungsprüfer, 6. Aussprache zu Ziffer 3, 4 und 5, 7. Abstimmung über die Entlastung des Vorstands, 8. Satzungsänderungen, Vorschlag des Vorstands mit Abstimmung, 9. Sitz der Gesellschaft, Verlagerung von Duisburg nach Berlin mit Abstimmung „Beibehaltung von Veranstaltungen in Duisburg oder der Region“, 10. Vorhaben im Jahr 2022, 11. Verschiedenes. Die Mitgliederversammlung endet voraussichtlich gegen 16.30 Uhr.

Mitglieder werden gebeten, Änderungen und Anträge zur Tagesordnung per Brief, FAX oder E-Mail bis zum 16. April zu übermitteln. Fragen bitte per E-Mail an prussia.gesellschaft@gmail.com

ANZEIGE

Kreisgemeinschaft Ortelsburg e.V.
In der Landsmannschaft Ostpreußen

Die Kreisgemeinschaft Ortelsburg trauert um ihren ehemaligen Geschäftsführer

Manfred Katzmarzik

Geboren am 18. 2. 1938 in Liebenberg, Kr. Ortelsburg
Verstorben am 20. 3. 2022

Für seine Tätigkeit und seinen verdienstvollen Einsatz sind wir ihm aufrichtig dankbar und werden ihm hierfür ein ehrendes Andenken bewahren.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Marc Plessa, 1. Vorsitzende
Karola Kalinski, Geschäftsführerin
Ingo Gosdek, Schatzmeister

OSTPREUSSEN

Wertvolle Silbermünzen aus Königsberg

Von der Ordenszeit bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts – Die Geldproduktion in der Pregelmetropole

VON WOLFGANG KAUFMANN

Um 1225 ersuchte Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe im Kampf gegen die „heidnischen“ Prußen, und versprach den Rittern für ihren Beistand das Kulmer Land. Kaiser Friedrich II. bestätigte 1226 in der Goldenen Bulle von Rimini, dass dieses Territorium und alle weiteren Eroberungen des Ordens auf dem Gebiet der Prußen von Masowien unabhängig sein sollten. Aus der so garantierten Staatlichkeit ergab sich das Recht zur Prägung eigener Geldstücke. Allerdings dauerte es noch bis zum 28. Dezember 1233, ehe der Ordenshochmeister Hermann von Salza eine Münzordnung erließ. Darin wies er an, nur eine einzige Art von Hohl Münzen auszugeben, von der je fünf Stück einem Kölner Pfennig entsprachen. Die Herstellung dieser Zahlungsmittel fand zuerst in Thorn und Kulm statt, sowie ab 1246 auch in Elbing. Und 1261 folgte dann die Errichtung der Prägestätte in Königsberg.

Erste Prägestätte in Königsberg

Letztere stellte ihre Arbeit jedoch schon 1309 wieder ein, weil die Ausmünzung nun vor allem in der Marienburg, also dem Sitz des Hochmeisters und der Zentralverwaltung des Ordens, erfolgte. Dem folgte ab 1410 ein finanzpolitischer Niedergang aufgrund der anhaltend kostspieligen Kriegszüge. An deren Ende stand der Zweite Friede von Thorn vom 19. Oktober 1466, durch den der Ordensstaat die Hälfte seines Territoriums und damit auch fast alle Münzstätten verlor. Letztlich blieb ihm nur noch die 1456 wieder in Betrieb genommene Prägestätte in Königsberg.

Dort wurden bald immer mehr verschiedene Schillinge aus Silber produziert, um die horrenden Kriegsschulden



Nur der Name zeugt noch von der ehemaligen Münzstätte: Der Münzplatz mit dem Königsberger Schloss

des Ordens zu bezahlen: 1476 waren bereits 21 Varianten dieses Geldstücks in Umlauf, was ein währungspolitisches Chaos verursachte. Dem versuchte der Hochmeister Johann von Tiefen zwischen 1490 und 1497 entgegenzuwirken, indem er die Umstellung auf eine neuartige Münze, nämlich den Groschen im Wert von drei Schillingen beziehungsweise 18 Pfennigen, anordnete. Zu wesentlichen Verbesserungen führte aber auch dieser Schritt nicht. Dazu bedurfte es erst der Maßnahmen des 37. Ordenshochmeisters Albrecht von Brandenburg, der den Deutschordeensstaat 1525 säkularisierte. Er wandelte den katholisch geprägten

Staat in das erbliche lutherische Herzogtum Preußen verwandelte, welches er bis 1568 regierte.

Albrecht unterstellte sich am 8. April 1525 im Vertrag von Krakau lehnsrechtlich dem polnischen König Sigismund I. Dem folgte 1528 der Marienburger Rezess, ein Münzabkommen zwischen Preußen und Polen, in dem die beiden wirtschaftlich ungewöhnlich befähigten Fürsten vereinbarten, ihre jeweiligen Geldsysteme so zu reformieren, dass sie mit dem der Hanse kompatibel waren. Anschließend entwickelte die preußische Währung zu einer der härtesten ihrer Zeit. Denn die spanische Flotte, welche Unmengen von Silber

aus der Neuen Welt heranschaffte, ließ viele ihrer Schiffe in Königsberg bauen oder überholen und zahlte dafür mit dem Edelmetall, das dann wiederum in gutes Geld verwandelt wurde.

Neue Prägestätte am Pregelufer

1584 entstand zu diesem Zweck die neue Prägestätte in Königsberg am Ufer des Pregel. Diese profitierte von der 1618 entstandenen Personalunion zwischen dem Herzogtum Preußen und dem Kurfürstentum Brandenburg. Unter dem Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm war die Münze in Königsberg die größte Münzstätte des neuen brandenburgisch-preu-

ßischen Gesamtstaates. Erst zum Ende des 17. Jahrhunderts wurde sie von Berlin überflügelt.

Zwischen 1728 und 1751 ruhte die Münzprägung in Königsberg ein zweites Mal, danach ging die Geldproduktion weiter. Seit 1753 trugen die in Ostpreußen hergestellten Zahlungsmittel den Erkennungsbuchstaben „E“. Besonders viel zu tun gab es in der Folgezeit während des Siebenjährigen Krieges, als Friedrich der Große massenhaft sächsisch-polnisches Silbergeld fälschen ließ, bis am 22. Januar 1758 die Russen in Königsberg einmarschierten und dort bis Anfang 1762 Münzen im Auftrag von Zarin Elisabeth I. prägten. Ebenso stark war der Arbeitsanfall in der Anstalt am Pregel nach der Einverleibung Westpreußens im Jahre 1772, als es galt, die vormaligen polnischen Gebiete möglichst schnell mit der preußischen Währung zu versorgen.

1803 schlug die letzte Stunde der seit 1261 bestehenden Münzstätte in Königsberg: Sie wurde stillgelegt und abgerissen. Das bedeutete allerdings keineswegs schon das Ende des hier hergestellten Geldes. Kleinere Scheidemünzen wie die Groschen sowie die beliebten Dreigroschenmünzen namens Düttchen behielten ihre Gültigkeit bis zum Jahre 1821. Und mit Teilstücken des Talers konnte sogar bis 1873 bezahlt werden. Noch länger blieben die vollwertigen ganzen Taler aus Königsberg zu 30 Silbergroschen im Umlauf. Diese zog der preußische Staat erst 1902 endgültig aus dem Verkehr.

Heute legen Sammler teilweise horrenden Summen für alte Münzen aus Königsberg auf den Tisch. So erzielte ein vierfacher Reichstaler aus dem Jahre 1628 einen Auktionserlös von 130.000 Euro, und für ein Zehndukaten-Stück von 1598 mit dem Bildnis von Georg Friedrich I. wurden sogar 170.000 Euro geboten.

FLÜCHTLINGE IN DER OBERLAUSITZ

„Ich habe das Wichtigste bei mir“

Kreba-Neudorf im bundesdeutschen Teil Niederschlesiens versucht, aus der Not der Ukrainer eine Tugend zu machen

Es ist still am frühen Vormittag im Schlosspark von Kreba-Neudorf in der Niederschlesischen Oberlausitz. Vögel zwitschern, und von weit weg hört man Ketensägen von Waldarbeitern. Vor dem Gemeindeamt, dem einstigen Wirtschaftsgebäude des Schlosses, haben zwei Jugendliche ihre Fahrräder abgestellt. Sie schleppen Pakete und Taschen in das Gebäude. Es sind Sachspenden für ukrainische Flüchtlinge. „Hier sammeln wir erst mal nur Kleidung und Hygieneartikel“, sagt Nadin Pohlank.

Die ehrenamtlich tätige junge Mutter freut sich über jede Hilfe, vor allem seitens der Ukrainer selbst, die nach anstrengenden Tagen der Flucht froh sind, zugleich auch etwas Struktur in ihr Leben zu bekommen. „Die Verständigung klappt mit Google-Übersetzer, Händen und Füßen“, sagt sie, aber es wird gerade ein Kommunikationssystem eingerichtet. Wenn medizinische Hilfe benötigt wird, gibt es eine spezielle Telefonnummer. „Eine Mutti in Elternzeit, die tagsüber erreichbar ist, stellt sich von 8 bis 18 Uhr zur Verfügung. Ich muss heute noch jemanden kontaktieren, er arbeitet in der Pflege, im Schichtdienst, und steht auch nachts zur Verfügung.“

Im Schloss, das heute weitgehend als Schule fungiert, fanden drei Familien Un-

terkunft. In der Schulküche bereitet sich Katarina gerade einen Kaffee zu. Sie floh mit ihren drei Kindern aus Kiew und sagt: „Seit dem 13. März sind wir hier. Wir genießen die Ruhe, die Sicherheit, haben Betreuung, Essen, die Menschen sind freundlich, kümmern sich um uns.“

Katarina ist geschieden, ihre Eltern leben nicht mehr. Sie habe das Wichtigste bei sich, sagt sie: „Meine Kinder sind bei mir, und ich konnte sogar meinen kleinen Hund mitnehmen.“ In Kiew habe sie als Köchin in einem Restaurant gearbeitet und freut sich, dass sie jetzt auch in Kreba wieder kochen darf, und dass ihre größeren Söhne bald Unterricht bekommen werden. Das verspricht Bürgermeister Dirk Naumburger. Er hat bereits einen Klassenraum mit digitaler Tafel herrichten lassen. Nächste Woche soll es losgehen. Naumburger hatte vorgesorgt und ließ bereits bei der Busabholung von Flüchtlingen an der polnisch-ukrainischen Grenze gezielt nach Lehrern suchen – mit Erfolg.

„Wir haben nun eine Familie hier, wo der Vati Physiklehrer ist, die Mutti ukrainischlehrerin. Sie haben drei Kinder. Und die wollen wir so schnell wie möglich in diese Strukturen einbinden.“ Naumburgers Ziel: „Wenn wir Leute herholen, dann geht es auch darum, sie langfristig hier wohnen zu lassen, zu integrieren, sie Teil

der Dorfgemeinschaft werden zu lassen.“ Nachdem das Sorbische im Ort faktisch ausgestorben ist, könnte nun ein anderes slawisches Idiom den Ort mitprägen. Der Bürgermeister sieht eine Integration dabei auch als ein Element gegen die allgemeine Landflucht und rechnet vor: „Der Freistaat rechnet damit, dass 80.000 Menschen aufgenommen werden müssen. Heruntergebrochen auf unsere Gemeinde hieße das bei einer gleichmäßigen Verteilung, dass wir 30 Menschen aufzunehmen

hätten. Diese Zahl haben wir mit den 38 Flüchtlingen schon jetzt überschritten. Bei 40 oder 50 würde es die Manpower und die finanziellen Mittel deutlich überstrapazieren.“

Integration gegen Landflucht

Die ukrainischen Flüchtlinge seien Städter und wollten anfangs weiter nach Dresden, berichtet Naumburger. „Aber sie haben gemerkt, wir haben schöne Natur, Infrastruktur; sie haben schon ein Gefühl be-

kommen, wie wir hier im Dorf ticken, dass wir sehr viel gemeinsam machen. Ich glaube, dass sie länger bleiben, wenn man sie einbindet. Wir können das sehr negative Ereignis – den Krieg – abfedern, indem wir den Menschen die Möglichkeit geben zu leben, statt nur einen Aufenthalt zu schaffen.“ Im Ort leben noch viele Ältere, die aus Schlesien vertrieben wurden und auch hier gestrandet sind. „Mit solchen Erfahrungen kann man vieles besser nachvollziehen“, sagt er.

Gegenüber 2015 sieht Naumburger deutliche Unterschiede: „Damals kamen Menschen, die uns aus einer anderen Kultur stammend fremd waren. Es kamen junge Männer, die in ihrem Kulturkreis eine andere Rolle der Frau gesehen und persönliche Ansprüche hatten. Das erleben wir jetzt überhaupt nicht.“ Und so sei auch die Bereitschaft zu helfen deutlich höher als 2015. Der Bürgermeister ist Fußballtrainer bei der SG Kreba-Neudorf und möchte nun die ukrainischen Kinder mit in das Training nehmen, „damit sie einen geregelten Tagesablauf haben“. Damit die Integration möglichst reibungslos abläuft, hat der Bürgermeister ein Organigramm mit den Zuständigkeiten und ein Spendenkonto auf der Gemeindehomepage „gemeinde-kreba-neudorf.de“ eingerichtet. *Chris W. Wagner*



Wieder leben lernen: Katarina kommt mit ihren Kindern erstmals wieder zur Ruhe

HINTERPOMMERN

Zündhölzer aus Zanow

Was blieb sind Zündholzschatteletiketten als interessante Sammlerobjekte

VON BRIGITTE STRAMM

Wenn man durch das beschauliche Örtchen Zanow [Sianów] an der E 28/A 6 auf der Nordroute nach Danzig fährt ahnt man nicht, dass dieser Ort Interessantes zu bieten hatte. Einst zum Kreis Schlawe gehörend und bereits 1335 als Burgflecken genannt, verlieh Peter von Pollnow, Enkel des Swenzo von Danzig, dem Ort 1343 lübisches Stadtrecht. Seit 1372 gehörte Zanow den Herzögen, die sie 1400 zur Vogteistadt machten. An der Westgrenze des Schlawer Landes sperrte sie die alte Handelsstraße von Köslin nach Danzig.

Kösliner Kaufleute überfielen 1480 Zanow und nahmen im Schloss Herzog Bogislaw X. gefangen. 1483 verkaufte dieser Schloss und Stadt an Jürgen Kleist. 1662 wurde sie Amtsstadt, zum Rügenwalder Amt gehörend.

Firma August Kolbe

Doch weit über die Grenzen Pommerns hinaus bekannt wurde Zanow durch seine Zündholzfabriken. Die Anfang des 19. Jahrhunderts erfundenen Zündhölzer liefen so manche Entwicklungsstufe durch und so wagte der am 18. August 1821 in Rügenwalde geborene August Kolbe mit zwei Arbeitern die Zündholzproduktion und gründete am 1. Oktober 1845 sein Unternehmen. Zunächst geschah die Herstellung ausschließlich in Hand- und Heimarbeit aus heimischen Materialien.

Das Holz sowohl für die Zündhölzer als auch für die Schachteln wurde im na-



Dieses Formular zeigt ganz oben die gesamte imposante Größe der Fabrik an der Kösliner Straße: Bis in die Jetztzeit blieb das Backsteingebäude direkt an der Straße, in der rechten Bildhälfte zu sehen, erhalten. Fotos: Sammlung Steepe (3)



hen Gollen beschafft. Später übrigens wurde für die Herstellung der Zündhölzer Espenholz aus Russland, Polen und Litauen eingeführt. Die fertigen Erzeugnisse wurden direkt in den Städten Köslin, Rügenwalde und Schlawe bei den örtlichen Händlern abgesetzt.

Kolbe gelangte rasch zu Ansehen und heiratete 1851 in die alteingesessene Familie Eschenbach ein, die sich alsbald auch an der Zündwarenfabrik beteiligte.

August Kolbe experimentierte mit verschiedenen Herstellungsformen, die aber nicht immer erfolgversprechend waren. Erfolg brachte jedoch die Herstellung von Weißphosphorhölzern. Er expandierte. 1861 beschäftigte er bereits 80 Arbeiter, davon 35 weibliche, die in bewährter Weise, Hand- und Heimarbeit, die Produktion sicherstellten.

Mitte der 1870er Jahre begann die maschinelle Herstellung. Dafür errichtete er einen Neubau auf dem Gelände des früheren Schlosses an der Ortseinfahrt nach Zanow, von Köslin kommend an der Kösliner Straße 47 im Verlauf der Reichsstraße 2. Stets modernisiert, erweitert und mit elektrischem Licht versehen umfasste das Betriebsgelände zirka 20.000 Quadratmeter. Inzwischen wurde nach Übersee und in den fernen Osten exportiert, sodass Handels- und Seeleute auch dort auf die Zündhölzer aus Zanow stießen. August Kolbe erlebte die

Weiterentwicklung der Firma nicht mehr, er starb im Februar 1900. Sein Schwager Gustav Eschenbach führte die Firma zunächst weiter. Ab 1910 Dr. Georg Eschenbach. Kolbe erhielt zu Lebzeiten zahlreiche Ehrungen und betätigte sich wohlwütig in vielen Bereichen. So baute er Wohnungen für seine Arbeiter und ein Tagesheim für die Kinder der Familien, die in seinem Betrieb arbeiteten. Das Grundstück für die Stadtschule wurde von ihm gestiftet und das Tor erbaut, das die Verbindung von der Breitestraße, die im Übrigen auch heute noch in ursprünglicher Bebauung besteht, zum Schulgebäude schaffte. Das Tor und die Straße dahinter erhielten seinen Namen. Eine von ihm ins Leben gerufene Stiftung verlor ihr Dasein aufgrund der Inflation.

Firma Max Pohl

Bereits im Jahr 1871 wurde in Zanow, Schlawer Straße 128, eine weitere Zünd-

holzfabrik gegründet. Ihre Erzeugnisse firmierten als Sicherheitszündhölzer. Der Verkaufserfolg waren die Buchzünder der Marke „Jupiter“, sie fanden ebenfalls weltweit guten Absatz. 1884 brannte das Fabrikgebäude ab, wurde aber wieder aufgebaut. Der Erfolg ermöglichte noch die Gründung einer weiteren Fabrik unter dem Namen Dr. Pohl & Co, ansässig in der Bahnhofstraße 5. Diese Fabrik wurde jedoch Ende des Ersten Weltkriegs stillgelegt. Auch die Firma Max Pohl begründete im Jahr 1914 eine Rentenstiftung zugunsten der Mitarbeiter. Die Firma verlegte später den Sitz nach Berlin.

Norddeutsche Zündholz AG

Im September 1925 übernahm die neu gegründete Norddeutsche Zündholz AG mit der Zentrale in Berlin sowohl die Firma August Kolbe & Co und etwas später auch die Firma Max Pohl & Söhne. Beide Firmen waren in Zahlungsschwierigkeiten geraten, aufgrund von Überproduktion und Absatzkrise mit starkem Preisverfall.

Die etwa 350 Arbeiter wurden weiterbeschäftigt, in der Zeit der Umstrukturierung zunächst im Pohl'schen Werk, später in der Kösliner Straße. Es wurde sogar noch eine Druckerei für Etiketten und Buchzünder geschaffen. Die Leitung in Zanow blieb in der Hand des Dr. Eschenbach, bis zu dessen Tod im Jahr 1930. Während des Krieges wurde für den deutschen Markt weiter produziert, bis zur Besetzung der Stadt durch die Rote Armee am 1. März 1945. Damit endete 100 Jahre nach der Gründung die deutsche Zündholzproduktion in Zanow.



Dank der Sammler leben die phantasiereich gestalteten Zündholzetiketten und die dazugehörigen Daten weiter und geben Zeugnis von diesen außergewöhnlichen Firmengeschichten in Pommern.

● Info Auf der Internetseite

www.zuendholzschatteletiketten.de des Sammlers Uwe Steepe kann man zahlreiche Etiketten aus Zanow anschauen



Pommersche Osterbräuche

Es gibt Bräuche, die sich in den Erzählungen bis heute überliefert haben. Weniger bekannt dürfte der Katzenteller sein. Ingelore Jessat-Speith aus Zimdarse, aus dem pommerschen Kreis Greifenberg stammend, berichtet davon. Katzenfreunde wird das besonders freuen. 2009 wurde darüber in einem Bericht in einer shz-Zeitung über die Pommerngruppe in Bad Oldesloe/Schleswig-Holstein berichtet.

Zur Konfirmation – Katzenteller

Der Katzenteller wurde vom Vater nur den Töchtern zur Einsegnung geschenkt. Denn die Frauen verwalteten die Vorräte, versorgten das Kleinvieh, und mit dem Mäuse- und Rattenjäger, der Katze, sollten und wollten sie sich besonders gut stellen. Denn die Nagetiere haben so manche Hungersnot und Epidemie verursacht.

Jessat-Speith erinnert sich: „Als ich am Palmsonntag 1956 konfirmiert wurde, hat mir mein Vater nach dem Kirchgang einen tiefen Teller geschenkt. Er sagte, so, das ist der Katzenteller. Eigentlich sollte er aus reinem Silber sein, aber du weißt, wir haben kein Geld mehr, und so ist es nur eine Silberauflage, eine sehr schlechte Qualität. Du sollst diesen Teller bis zu deiner Hochzeit aufbewahren! Wenn du zu Hause wohnen bleibst, sollst du am Hochzeitstag die Hauskatzen aus dem Teller füttern, wenn du in das Haus deines Mannes ziehst, sollst du dessen Hauskatzen füttern. Das soll dort deine erste Amtshandlung als junge Ehefrau sein. Es soll so getan werden, damit ihr nie Hunger leiden müsst und immer genügend Vorräte in Haus und Hof vorhanden sind.“

Ostersonntag

Tradition zu Ostern war das Schöpfen des Osterwassers. Wer es holen wollte, durfte schon von Mitternacht an nicht mehr sprechen, sonst war es „Schlotterwasser“, dem keine Heilkraft zugesprochen wurde. In Flaschen abgefüllt wurde Osterwasser noch wochenlang für Heilzwecke aufbewahrt. Geholt werden musste es kurz vor Sonnenaufgang, außerdem musste die Quelle nach Osten fließen. Es wurde auf nüchternen Magen getrunken, dazu gab es den Osterapfel.

Mögen uns die heimatlichen Bräuche auch in Zukunft begleiten. Wenn auch Aberglaube, so sie sind sie liebenswert und voller schöner Erinnerungen. B.S.

VON STRALSUND NACH HANNOVER

Zeugen bäuerlichen Lebens aus der Steinzeit

Als Leihgaben in Niedersachsen– Nach Neugestaltung des Katharinenklosters Stralsund kehrt der Gingster Hortfund wieder zurück

Das Stralsund-Museum besitzt eine der größten und wertvollsten Museums-sammlungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Der Gingster Hortfund und die Axthacke von Steinhagen, zwei der wichtigsten Objekte aus der archäologischen Sammlung, wurden vor wenigen Tagen unter Aufsicht von Restauratorinnen mit einem Kunsttransport nach Hannover versendet. Die wertvollen Leihgaben sind nun im Landesmuseum der niedersächsischen Hauptstadt bis zum 28. August in der Sonderausstellung „Die Erfindung der Götter“ zu sehen.

Die Schätze aus Stralsund beschreiben mit anderen bedeutenden steinzeitlichen Funden aus der Bretagne, den Niederlanden, Norddeutschland, Dänemark und Polen die Annäherung zwischen Jägern und Sammlern sowie zugezogenen Siedlern und Bauern.

Mit der bäuerlichen Lebensweise stellten die Menschen in der Steinzeit die Weichen für unsere heutige Lebensweise. Weit vor der Erfindung der Schrift sind wir auf archäologische Funde angewiesen, um zu erfahren, wie zum Beispiel in den ersten bäuerlichen Gemeinschaften



In Hannover zu sehen: Moorfund Gingst

den Toten in Keramiktopfen Proviant für den Weg ins Reich der Toten mitgegeben

wurde. Die Axthacke von Steinhagen aus der Stralsunder Sammlung spielt eine wichtige Rolle, denn sie zählt zu den frühesten Nachweisen von Metallverarbeitung in Norddeutschland.

Museumsdirektorin Maren Heun plant die Leihgaben bereits fest als Glanzlichter der neuen Dauerausstellung des Stralsunder Museum ein. „Wir werden die Objekte ab 2024, nach Abschluss der Sanierung des Katharinenklosters und der Neugestaltung der Ausstellungen, dauerhaft bei uns zeigen. Bis dahin unterstützen wir die Kollegen in Hannover

gern dabei, diese spannende Zeit zu präzisieren.“

● Info Vor 1937 wurden bei Torfarbeiten im Gingster Pastoratsmoor eine Pfahlbausiedlung aus dem Neolithikum gefunden. Man zog drei Meter lange spitze Stangen aus dem Moor, es wurden mehrere Gefäße und Scherben an Funden gesichert, Steinwerkzeuge wurden gefunden, aber nicht aufbewahrt. Die Gefäße aber waren sehr beachtenswert. Infos zur Ausstellung in Hannover im Internet unter: www.landesmuseum-hannover.de

„Zurück zur Kohle!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Die PAZ überrascht mich immer wieder, dank so wunderbarer Beiträge wie dieser hier. Mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Danke!“

Chris Bente, Dresden
zum Thema: Wladimir Putins Lieblingsphilosoph (Nr. 13)



Ausgabe Nr. 13

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VORBILDLICHER FDGB

ZU: ALLE SIND GLEICH, ABER EINIGE SIND GLEICHER (NR. 13)

Der Artikel über den Feriendienst des FDGB reiht sich in die Tradition ein, das Bild der DDR als Unrechtsstaat, dessen einziges Ansinnen die Unterdrückung seiner Bevölkerung war, zu zementieren und auszubauen. Hier werden undifferenziert Aussagen über die Ungleichbehandlung der DDR-Bürger und die angebliche Zweckentfremdung von gewerkschaftseigenen Schiffen und Hotels getroffen und dabei vergessen, dass Staat und Gewerkschaft durch den Feriendienst vielen hart arbeitenden Menschen einen Urlaub überhaupt erst ermöglichten.

Während in der Bundesrepublik die Gewerkschaftsvorstände in dunkle Geschäfte (Beispiel „Neue Heimat“) verwickelt waren, gab der „Pleitestaat“ DDR bis zum Schluss hunderte Millionen zu Finanzierung von Ferienobjekten und Schiffsreisen für seine Bürger aus. Nicht zu vergessen die über 5000 Betriebsferienlager, in denen Millionen von Kindern nahezu kostenlos ihre Ferien verbringen konnten. Aus dem Westen ist dergleichen nicht bekannt. Es wird auch bei der PAZ höchste Zeit für eine differenziertere Sichtweise auf den kleineren deutschen Staat.

Dr. René Kefßer, Gera

INHALTLICH ENTLEERTE CDU

ZU: EINE HEFTIGE NIEDERLAGE, DIE SICH ALS SEGEN ERWEISEN KÖNNTE (NR. 13)

Solange die CDU auf der von Angela Merkel hinterlassenen Spur willen- und ziellos dahinschleicht und nicht bemerkt, dass sie inhaltlich völlig entleert ist, wird sie bei kommenden Wahlen von Niederlage zu Niederlage eilen. Der Mittelstand, das bürgerliche Lager, ist zwar geschrumpft, da angefangen von Pädagogen, Künstlern, millionenschweren Sportlern, Sängern oder Unternehmern der Mainstream links-grün vorausseilt, weil ja keiner an Popularität verlieren möchte.

Was unter diesem Einfluss – die Medien nicht zu vergessen – heranwächst, dürfte für die CDU, selbst, wenn sie sich ihrer Ursprungswerte erinnern würde, auf Dauer verloren sein.

Bärbel Ballhorn, Ascherleben

EINE FÜHRUNGSROLLE? NEIN!

ZU: EIN ABERMALIGER WECKRUF AN EINE GEFORDERTE NATION (NR. 11)

Wir haben uns zu einer Nation entwickelt, die man benötigt, wenn es ums Geld geht. Man lässt die Welt und die eigenen Bürger in dem Glauben, dass wir das Schlaraffenland schlechthin seien. Es gibt Staaten (dazu gehört die Ukraine), die an Deutschland Forderungen stellen, die das Land in eine Führungsrolle drängen wollen, die wir schon lange nicht mehr übernehmen können. Wie sollen wir eine solche Rolle in Europa übernehmen, wenn wir im eigenen Land versagen?

Spätestens mit der Regierung Merkel wurde unser Land immer weiter ins Chaos gestürzt, die deutschen Bürger immer mehr finanziell ausgesaugt.

Da gab es Kriege in Vietnam, Afghanistan, im Balkan, Orient, in Afrika und jetzt in der Ukraine. Immer hat die Politik laut „wir helfen“ gerufen. Da wurden finanzielle Zusagen gemacht, und wir haben viele Hunderttausende von Menschen aufgenommen. Immer wurde den Bürgern erklärt, dass sie dadurch keine Nachteile erleiden würden. Doch letztlich waren diese Aussagen falsch. Denn es wurden und werden noch immer Flüchtlinge in einigen Fällen bessergestellt als die Deutschen, Bevorzugung bei der Wohnungssuche, bei der Suche nach Kindergartenplätzen. Plötzlich werden Arbeitsplätze aus dem Boden gestampft, die man Deutschen vorher nicht angeboten hatte.

Da werden günstige Nahrungsmittel in Krisengebiete versandt und gleichzeitig den deutschen Bürgern erklärt, dass sie sich bei der Beschaffung von Nahrungsmitteln einschränken sollen. Wir haben in Deutschland einige hunderttausend Men-

schen, die auf günstige Nahrungsmittel angewiesen sind. Wo sollen jene sich denn einschränken?

Dann haben wir noch das seit vielen Jahren bestehende Energieproblem. Da wird den Deutschen von einem ehemaligen Bundespräsidenten und vom jetzigen Wirtschaftsminister deutlich gemacht, dass man ja wohl auch mal ein wenig frieren könne. Wir haben das Problem seit vielen Jahren nicht angepackt. Unter der Regierung Merkel (aber mit kräftiger Unterstützung der Grünen) wurde alles noch schlimmer. Da wurde „alte“ Energie abgekauft, ohne einen Plan für die Zukunft zu haben. Jetzt haben wir das Desaster. Seit sehr vielen Jahren muss Deutschland immer wieder Strom zukaufen, denn sonst wäre es in unserem Land schon oft dunkel gewesen. Selbstverständlich wurde dann auch Atomstrom gekauft.

Und jetzt wird Belgien verurteilt, weil es Atomkraftwerke erst später vom Netz nehmen will? Das jetzige Energiedesaster hätte auch durchaus aus einem anderen Grund (die Russen hätten den Gashahn einfach zugedreht) passieren können. Aber dafür haben wir jetzt einen Prinzen, einen Bettelprinzen, der durch die Welt tingeln muss, um Energie einzukaufen.

Die Politik hat weiter versagt in Sachen Gesundheitswesen und Verteidigung. Wir schnüren ständig Rettungspakete für die „Welt“, aber keines für uns.

Was ist eigentlich, wenn Deutschland in die Situation kommt, selbst massiv Hilfe zu benötigen? Glaubt man wirklich, dass dann die Welt auch laut „wir helfen“ ruft? Dass es dann positiv bewertet wird, dass wir immer jeden Nicht-Deutschen zuerst „bedient“ haben?

Führungskraft Deutschland? Nein!

Heinz-Peter Kröske, Hameln

GEPELLTER PUTINVERSTEHER

ZU: DAS ENDE VIELER TRÄUME UND DER HARTE AUFPRALL IN DER REALPOLITIK (NR. 9)

Auch ich gehöre mit meinen russischen Freunden zu den gepehlten Putinverste-

hern. Ich kann mich trotz allem von meiner Grundmeinung nicht trennen. Die in dem Artikel erwähnte Arroganz des „Westens“, die Vernachlässigung des europäischen Ostens, die Verschleppung der Inbetriebnahme von Nord Stream 2 und die Hetze mit selbstsüchtigem wirtschaftlichem Hintergrund aus den USA haben Putin mit beflügelt. Die Gasleitung hätte mit dem Kriegsbeginn geschlossen werden können. Vielleicht wären bis dato unsere Gasspeicher gefüllt gewesen.

Die wirtschaftlichen Verluste werden dem deutschen Steuerzahler mit der Salamiaktik offenbart. Zurück zur Kohle! Äußerst befremdlich ist für mich, dass die Russen die drittgrößten Öllieferanten der USA sind. Gute Freunde handeln anders.

Wenn es in diesem Zusammenhang Menschen gibt, die sofort die Flüchtlingsfrage nach zweierlei Menschen stellen, sage ich ihnen, unter den Flüchtlingen aus der Ukraine gibt es sehr selten junge Männer. Unter den Flüchtlingen aus anderen Ländern gibt es überwiegend junge Männer, die in Europa Quartier machen wollen. Ich habe es in Patras mit etwa 40 Somaliern erlebt. Peter Karstens, Eckernförde

IRRWEG MIT CANNABIS

ZU: WARNUNG VOR FOLGENSCHWEREM IRRTUM (NR. 8)

Die von der Regierung beabsichtigte Legalisierung von Cannabisprodukten ist ein fataler Denkfehler und ein Irrweg. Wie viele Verbrechen – sogar Morde – wurden bereits im Cannabisrausch verübt? Die Zahl der Süchtigen wird zunehmen. Wer bezahlt die Entziehungskuren und Therapien der Cannabissüchtigen? Die Krankenkassen, also die Allgemeinheit. Da die mit Cannabisprodukten berauschten Verkehrsteilnehmer – wie auch die alkoholisierten – unter Wahrnehmungs- und Konzentrationsstörungen leiden, würde die Cannabis-Legalisation zweifellos zu einem Anstieg der Verkehrsunfälle führen.

Cannabis-Freigabe löst keine Probleme, sondern führt zu neuen und größeren. Uwe Spahr, Elmshorn

ANZEIGE

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Die EcoFlow DELTA Powerstation mit Solarpanel

setzt neue Maßstäbe bei batteriegespeisten Stromgeneratoren.

ANZEIGE

An diese Powerstation kann eine Vielzahl von Geräten angeschlossen werden, welche überall und stundenlang mit Strom versorgt werden. Sie hat eine enorme Akkukapazität von 1260 Wh. Ein 100-Watt-Gerät kann damit etwas länger als 12 Stunden betrieben werden.

Dank patentierter EcoFlow X-Stream-Technologie kann die EcoFlow DELTA 10-mal schneller aufgeladen werden als herkömmliche tragbare Powerstations. Die Aufladung an der Steckdose von 0 auf 80 Prozent erfolgt in weniger als einer Stunde, die vollständige Ladung benötigt maximal 2 Stunden.

Der integrierte Wechselrichter hat eine Dauerleistung von 1800 Watt und erzeugt eine reine Sinuswelle. **Es können also auch empfindliche Geräte damit betrieben werden** sowie nahezu alle Haushaltsgeräte und Elektrowerkzeuge.

Die Powerstation ist mit 4 Netzsteckdosen, 4 USB-Standard-Ausgängen, 2 USB-C-Ausgängen und einem 12-Volt-Kfz-Anschluss ausgestattet. Somit können Sie 11 Geräte gleichzeitig laden oder betreiben, sodass Sie sich auch unterwegs ganz wie zu Hause fühlen.

Das mitgelieferte EcoFlow 160-Watt-Solarpanel ist darauf ausgelegt, in Kombination mit der EcoFlow Powerstation jederzeit maximale Leistung zu erzeugen. Das kompakte Solarpanel ist trag- und faltbar und wiegt nur 7 Kilogramm. Ob Camping oder Outdoor-Aktivitäten: Klappen Sie das Solarmodul einfach auf und speichern Sie schon in wenigen Sekunden Solarenergie in der Powerstation.

Die mitgelieferte Tasche bietet optimalen Schutz für das Solarmodul während des Transports und kann mit der integrierten Stütze auch zur Aufstellung des Solarpanels genutzt werden. Dieses System lässt eine

TECHNISCHE DATEN:

Powerstation:	Solarpanel:
Gewicht: 14 kg	Gewicht: 7,1 kg
Maße (B x H x T): 40 x 21 x 27 cm	Maße (B x H x T): 158 x 52 x 3 cm

LIEFERUMFANG:

Powerstation, Solarpanel, Verbindungskabel, Schutztaschen, deutsche Bedienungsanleitungen

EcoFlow DELTA Powerstation 1260 Wh
mit Solarpanel 160 W • Best.-Nr. 134 272 • 1799,- €

individuelle Ausrichtung des Solarmoduls in jede beliebige Richtung und jedem Winkel zu.

Dadurch ist dieses Set auch **hervorragend als Vorsorge für einen Black-out geeignet**. Besonders hervorzuheben sind dabei der fast geräuschlose Betrieb und die Möglichkeit der Verwendung in Innenräumen.

Dieser Artikel darf nur nach Deutschland, Österreich und in die Schweiz versendet werden.

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

BRITISCHE MONARCHIE

Königliche Rekordhalterin

Großbritannien feiert das Platin-Thronjubiläum seiner Queen – Elisabeth II. feiert darüber hinaus im April ihren 96. Geburtstag

VON HELGA SCHNEHAGEN

Königin Elisabeth II. aus dem Haus Windsor ist die erste britische Monarchin, die mit über 70 Regierungsjahren das Platin-Jubiläum ihrer Amtszeit feiern kann. Am 21. April wird sie 96 Jahre alt. Zuvor hielt Königin Viktoria, ihre Urgroßmutter, den Rekord mit einer Regierungszeit von über 63 Jahren bis zu ihrem Tod im Alter von 81 Jahren.

Tatsächlich ist Elisabeth II. sogar der am längsten regierende Monarch der Welt. Rekordhalter zuvor war König Bhumibol Adulyadej von Thailand, der nach einer Herrschaft von 70 Jahren und 96 Tagen mit 88 Jahren am 13. Oktober 2016 das Zeitliche segnete.

Bei ihrer Geburt lag sie nach ihrem Onkel, King Edward VIII., und ihrem Vater an dritter Stelle der Thronfolge. Als ihr Onkel 1936 abdankte, bestieg ihr Vater als George VI. den Thron. Am 20. November 1947 heiratete Elisabeth Prinz Philip von Griechenland und Dänemark, einen Cousin dritten Grades. Nur einen Monat vor seinem 100. Geburtstag und ein halbes Jahr vor der sogenannten Kronjuwelhochzeit starb Prinz Philip am 9. April 2021. Die Ehe hielt also fast 75 Jahre, so lange wie bei keiner anderen Monarchin.

Nach dem Tod des Vaters am 6. Februar 1952 folgte ihm Elisabeth II. mit 25 Jahren auf den britischen Thron. Ein Jahr später wurde sie in der Westminster Abbey gekrönt. Das Ereignis wurde zum Medienspektakel. Es war die erste Krönung, die im Fernsehen übertragen wurde. Insgesamt 300 Millionen Menschen verfolgten die Zeremonie und verhalfen dem relativ neuen Medium zu ungeheurer Aufschwung.

Die Königin hält noch einen ganz anderen Rekord: Kein Mensch findet sich auf mehr internationalen Banknoten wieder als sie. Dass liegt an Großbritanniens Kolonialgeschichte. Durch das Commonwealth hat sie es von Großbritannien über Malta bis nach Australien in über 30 Ländern auf mal mehr, mal weniger wertvolle Geldscheine geschafft. Damit überholt sie



Einsam in der Kutsche: Nach dem Tod ihres Mannes wird die Queen allein zur Geburtstagsparade „Trooping the Colour“ fahren

Queen Victoria (21 Länder) und King George V. (19 Länder). In Kanada bildete man das Gesicht der damaligen Prinzessin 1935 zum ersten Mal auf einer 20-Dollar-Note ab. Als sie in Umlauf kam, war sie erst acht Jahre alt. Kanada ist auch das Land mit dem aktuellsten Porträt auf dem Geldschein: Es stammt aus dem Jahr 2011 und findet sich erneut auf der 20-Dollar-Note wieder.

Rekordverdächtige Globetrotterin

Elisabeth II. ziert nicht nur Geld, sie hat es auch und hält den Rekord als reichste Königin der Welt. Ihr Vermögen, das Immobilien, Beteiligungen an verschiedenen Firmen, Kunstsammlungen, Schmuck und vieles mehr umfasst, wird auf rund 410 Millionen US-Dollar geschätzt. Andere Berechnungen gehen sogar darüber hinaus. Damit steht sie als royale Frau

auf Platz eins, unter allen Monarchen aber nur auf Platz vier hinter Großherzog Henri von Luxemburg (3,3 Milliarden Euro), Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein (2,89 Milliarden Euro) und Fürst Albert II. von Monaco (830 Millionen Euro).

Rekordverdächtig sind auch ihre Reisen. Während ihrer Regentschaft soll sie bisher 129 Länder besucht haben. Elisabeth war dazu an einer Premiere beteiligt: Sie war das erste Staatsoberhaupt, so wird berichtet, das eine E-Mail versandte. Am 26. März 1976 schickte sie von Malvern in England aus eine elektronische Nachricht über Arpanet, einen Vorgänger des Internets. Ihre E-Mail-Adresse lautete „HME2“ – die englische Abkürzung für „Ihre Majestät, Elisabeth II.“ Das britische Königshaus war das erste, das überhaupt eine professionelle Internetpräsenz hatte.

Im Mittelpunkt der zahlreichen Jubiläums-Veranstaltungen steht in diesem Jahr das verlängerte Pfingstwochenende vom 2. bis 5. Juni. Am 2. Juni findet wie jedes Jahr die offizielle Geburtstagsparade der Königin unter dem Titel „Trooping the Colour“ statt: Mehr als 1400 Soldaten, 200 Pferde und 400 Musiker werden an dem traditionellen Umzug teilnehmen. Die Parade beginnt am Buckingham-Palast und bewegt sich die Londoner Paradestraße The Mall hinunter zur Horse Guards Parade. Die Mitglieder der königlichen Familie werden sich zu Pferd und in Kutschen daran beteiligen und vom Balkon des Buckingham-Palastes grüßen – allerdings wohl mit Ausnahme des abtrünnigen und in Kalifornien lebenden Queen-Enkels Prinz Harry.

Am 3. Juni findet in der St.-Paul's-Kathedrale ein Dankgottesdienst für die Re-

gentschaft der Königin statt. Am 4. Juni folgt ein Pferderennen auf der Rennbahn von Epsom Downs in Surrey. Am 5. Juni beschließt ein Festumzug über The Mall das royale Wochenende. Dabei schlüpfen Künstler, Tänzer, Musiker und Freiwillige in historische Kleider, zeigt man mit Fahrzeugen die Stationen der Regierungszeit der Königin und bereichern riesige Corgi-Puppen – Corgis sind die Lieblingshunderasse der Königin – die Show. Dazu lädt „The Big Lunch“ ein, auf den Straßen und in den Parks von London und anderer Städte mit Nachbarn zu essen und zu feiern. Very british: Die Engländer lieben es, zu picknicken.

Drei Jubiläumsausstellungen

Gleich drei der königlichen Schlösser bieten beim Besuch Sonderausstellungen an. Der Buckingham-Palast zeigt Fotos aus der Porträtserie der Fotografin Dorothy Wilding, die bis 1971 die Grundlage für das Bild der Königin auf Briefmarken und in britischen Botschaften in aller Welt bildete. Ausgestellt ist auch die Tiara „The Girls of Great Britain and Ireland“. Königin Mary schenkte sie ihrer Enkelin, Prinzessin Elisabeth, zur Hochzeit mit Prinz Philip.

Nach ihrem 80. Geburtstag zog Elisabeth II. permanent nach Windsor Castle. Damit hält das „englische Versailles“ den Weltrekord als größtes, ständig bewohntes Schloss. Ausgestellt werden hier in diesem Jahr das Krönungskleid und die dazugehörige Robe. Die Kleider, welche die Königin bei den Feierlichkeiten zum Silbrenen, Goldenen und Diamantenen Jubiläum trug, zeigt der Holyrood-Palast in Edinburgh, die offizielle Residenz der britischen Königin in Schottland.

Bleibt die Frage, woher Ihre Majestät all die Kraft nimmt. Eine Quelle, heißt es, sei ihre Liebe zu den Pferden. Nach Angaben von Palastkennern habe die Königin den Sport noch immer nicht aufgegeben und sei entschlossen, nach ihrer überstandenen Corona-Erkrankung wieder in den Sattel zu steigen. In dem Fall dürfte sie einen weiteren Rekord brechen: den der ältesten royalen Reiterin.

AUSFLÜGE

Zum stillen Örtchen ins Schloss

Das Schlösserland Sachsen hat Frühjahrsputz gemacht und lädt Besucher in bunte Gärten und illustre Veranstaltungen ein

Seit Anfang April sind die Staatlichen Schlösser, Burgen und Gärten Sachsens wieder aus dem Winterschlaf erwacht. Auch die Objekte, die in den Wintermonaten regulär geschlossen hatten, öffnen nun wieder ihre Schloss-, Burg-, oder Gartentore. Die Saison hält viele Ausstellungenseröffnungen bereit und setzt nach Pandemie-bedingten Einschränkungen wieder auf größere Veranstaltungen.

In den vergangenen Wochen waren die Gärtner der Schlösser- und Parkverwaltung vollauf beschäftigt, denn der Frühling hat nach einer kurzen Kälteperiode jetzt in die Schmuckbeete und Rabatten der großen Parks und Gartenanlagen voll Einzug gehalten. Allein im Schlosspark Pillnitz wurden bereits im Herbst 5000 Blumenzwiebeln gesteckt und nun mit 23.000 Frühlingspflanzen zu farbenprächtigen Blütenarrangements ergänzt.

Aber auch die Pflanzungen im Barockgarten Großsedlitz südöstlich von Dresden mit 2800 Blumenzwiebeln und 6000 Frühlingspflanzen, am Dresdner Zwinger und rund um das Palais im Großen Garten

wurden fertig gestaltet und entfalten voraussichtlich in diesen Tagen ihre volle Blüte. Wild wachsende Buschwindröschen und Leberblümchen locken ins Idyll des Klosterparks im zwischen Dresden und Chemnitz gelegenen Altzella. Hier

findet am 26. und 27. Mai auch ein Internationales Blues- und Rockfestival statt (www.kloster-altzella.de).

Ab Mitte April schallt erstmals in diesem Jahr wieder das weithin hörbare Signal der beliebten Kleinbahn durch den

Großen Garten von Dresden. Von Mittwoch bis Sonntag wird die Dresdner Park-eisenbahn in dieser Saison kleine und große Fahrgäste befördern, wochentags von 13 bis 18 Uhr, an Wochenenden und Feiertagen bereits ab 10 Uhr (www.dresdner-park-eisenbahn.de).

Direkt zum Saisonbeginn starten in den Schlossmuseen abwechslungsreiche Sonderausstellungen, weitergeführt werden beliebte Dauerausstellungen. Auch erste Großveranstaltungen, die in den vergangenen beiden Jahren wegen Corona abgesagt wurden oder nur abgespeckt stattfanden, stehen für das Frühjahr wieder auf dem Plan.

Im Schloss und Park Pillnitz ist die Sonderausstellung „Ihre Hoheit malt! – Prinzessin Mathilde als Künstlerin“ bis zum 31. Oktober verlängert worden. Dabei geht es um die ältere, künstlerisch begabte Schwester des letzten Sachsenkönigs Friedrich August III. Außerdem findet dort am 28. und 29. Mai das Pillnitzer Gartenwochenende statt, bei dem Produzenten und Fachhändler ihre gärtnerischen

Angebote präsentieren und zum Kauf anbieten (www.schlosspillnitz.de).

Auf der Albrechtsburg Meissen ist noch bis zum 24. April die Ausstellung „Alterswerke – Kunstgeschichte(n) erzählen“ mit Werken von Künstlern, die alle über 70 Jahre alt sind, zu sehen. Vom 29. April bis 1. Mai findet hier zudem „Albrechts Burgfest und Walpurgisnacht“ statt (www.albrechtsburg-meissen.de).

Um große und kleine Geschäfte geht es bis 7. August im Barockschloss Rammeneau. Die Ausstellung „Drauf geschissen – eine kleine Kulturgeschichte des stillen Örtchens“ erzählt höchst erheitende Geschichten über Toiletten (www.barockschloss-rammenau.com). Schloss Nossen wiederum erzählt bis 31. Oktober in „Geld oder Leben“ von der Karriere des Räuberhauptmanns Lips Tullian, der mit seiner Bande Sachsen unsicher machte und der im Jahr 1715 in Dresden hingerichtet wurde (www.schloss-nossen.de). H. Tews

● Weitere Ausflugstipps im Internet unter: www.schloesserland-sachsen.de



Magnolienpracht: Zarte Blüten vor dem Palais des Großen Gartens in Dresden

● FÜR SIE GELESEN

Lenz lädt ein zum Ostertisch

Siegfried Lenz, wer kennt ihn nicht, den ostpreußischen Schriftsteller? In der Geschichtensammlung „So zärtliche war Suleyken“ ist auch die Erzählung „Der Ostertisch“ von Alec Puch und seinen Söhnen enthalten. Der Verlag Hoffmann und Campe hat diesen Text bereits 2009 als eigenes Buch mit Illustrationen von Jacky Gleich herausgegeben. Jetzt gibt es diesen Text erneut, folgend der Ausgabe von „So zärtlich war Suleyken“ von 1955, auch mit Bildern von Jacky Gleich, aber mit einem neu illustrierten Umschlag.

Der Text wirkt wie gesprochen und sollte unbedingt laut gelesen werden, um in seinen Tiefen das ostpreußische Niederdeutsch zu hören, das nicht nur in den von Lenz verwendeten Vokabeln wie „Lachudder“, „beschabbern“, „bedripst“ und den vielen Diminutiva wie „Madamchen“ und „Herrchen“ zu erkennen ist, sondern auch in der Erzählweise.

Lenz erzählt augenzwinkernd die Geschichte eines masurischen Mannes mit seinen drei Söhnen, die nach den Ortschaften ihrer jeweiligen Mutter benannt sind: Sybba, Schissomir und Quaken. Ein Ostertisch soll gedeckt werden, so besuchen sie einen Markt und stehlen dort Fisch, ergauern sich Schinken und Alkohol. Als Gäste laden sie die Betrogenen ein.

Was als Kinderbuch daher kommt, ist natürlich keines. Dafür eignet sich

Siegfried Lenz: „Der Ostertisch“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2022, gebunden, 108 Seiten, 15 Euro



Von oben etwas anders

Wer Berlin besuchen will oder besucht hat, kann sich mit diesem Bildband im Voraus oder im Nachhinein eine Freude machen. Dirk Laubner ist ein erfahrener Luftbildfotograf, der bereits viele Orte fotografiert hat. Mit dem Buch „Berlin aus der Luft/from the Air“ verschafft er einen umfassenden Überblick von der Hauptstadt und ihren wichtigsten Gebäuden, Gegenden und Straßenzügen.

Vom Fernsehturm in Mitte bis zum Wannsee im Südwesten der Stadt, vom Olympiastadion im Westen bis nach Weissensee und zum Müggelsee im Osten begleitet man den Fotografen auf dem Rundflug über die Stadt und bekommt nie gesehene Einblicke. Auch ein Blick von oben auf das neu errichtete Schloss und seine unmittelbare Umgebung ist dabei. Und man erkennt, von oben sieht doch alles immer etwas anders aus. Da alle Beschreibungen auch in englischer Sprache gehalten sind, ist dieses kleine Werk auch ein schönes Geschenk für Berlin-Touristen aus dem Ausland.

Silvia Friedrich

Dirk Laubner: „Berlin aus der Luft/from the Air“, Eisengold Verlag, Berlin 2022, gebunden, 80 Seiten, 20 Euro



REISEFÜHRER



FOTO: SHUTTERSTOCK

Unterwegs am Gardasee

Über die „Gardesana Occidentale“ und die „Gardesana Orientale“ einmal um den See fahren – ein Traum besonders für Cabrio-Fahrer

Italienisches Flair entfaltet sich bereits, wenn man das Windsurferparadies Riva im Norden erreicht. Ganz gleich, ob man die westliche oder die östliche Route entlang des Sees wählt – buchstäblich jeder Ort hat Atem-

beraubendes zu bieten. Einen detaillierten Überblick mit zahlreichen Tipps für Ausflüge, Kultur und Kulinarik bietet die Neuauflage des Baedeker. Ein Muss für jeden, der sich intensiv auf seine Reise vorbereiten möchte. **MRK**

Jochen Müssig: „Baedeker Gardasee/Verona“, MairDuMont Verlag, 12. Auflage 2022, flexibler Einband mit Gummiband, 308 Seiten, inklusive Easy-Zip-Karte, 21,95 Euro

ZEITGESCHICHTE

Stefan Aust, ein authentischer Mann

In seiner Autobiographie schildert der Journalist seinen außergewöhnlichen Werdegang

VON WOLFGANG THÜNE

In einer internen Bewertung zu meinem Abitur schrieb mein Lehrer: „Eine gewisse Oberflächlichkeit, jugendlicher Überschwang und altersgemäße Protesthaltung führen zu leicht negativer, ablehnender Beurteilung von Lebensfragen ... er ist sehr skeptisch ... Ehrgeiz und Tatkraft führen zu selbständiger publizistischer Betätigung. Gegenüber Älteren ist er gelegentlich respektlos und herausfordernd.“ Diese Charakterisierung ist weitestgehend zutreffend, auch nach 75 Jahren,“ schreibt Stefan Aust in seiner Autobiographie „Zeitreise“.

Aust wurde als erstes von fünf Kindern am 1. Juli 1946 in Brunshausen in eine bürgerliche Familie geboren und lebte nach der plattdeutschen Devise „Allens mien“. Schwinge und Elbe waren sein Revier, auch nach der Sturmflut im Februar 1962. Nach dem Besuch der „Zwergschule“ wechselte er ins Athaneum nach Stade, wo er bei der Schülerzeitung „Wir“ die Finanzen übernahm. Er beschrieb seine Situation wie folgt: „Es lag etwas in der Luft, ein Hauch von Aufklärung und Rebellion: Man war nicht eigentlich links, eher ein wenig anarchistisch, kritisch nach allen Seiten.“

Das Dezemberheft 1964 trug das Motto: „Als Sprachrohr der Jugend veröffentlicht „Wir“ frank und frei die Beobachtungen und Gedanken junger Menschen.“ Mit so viel Erfolg, dass „konkret“-Herausgeber Klaus Rainer Röhl ihm eine Stelle anbot, wo er Layouts entwerfen und redigieren lernte. Die Kolumnen schrieb Ulrike Meinhof. Damit war Aust in dem Milieu, in dem er Rudi Dutschke kennenlernte und seine Grundhaltung als „skeptisch“, sowohl gegen die Regierenden als auch deren Gegner, bezeichnete: „Die meisten von denen hätte ich nur ungern an der Macht gesehen.“

Ein hochinteressantes Leben begann, angefangen mit dem Schah-Besuch im Frühling 1967, dem Attentat im April 1968 auf Dutschke, der Springer-Demonstration, der Radikalisierung der „Bewegung“, der Scheidung von Röhl und Meinhof, doch dann entschied sich Aust „zu gehen“.

Er wurde sehr gut bezahlt, hatte entdeckt, dass sich „sein politisches Sendungsbewusstsein“ in Grenzen hielt und ging in die USA. Er kaufte sich einen VW Käfer und fuhr damit durch das weite Land, wo er Vertreter der Studentenbewegung, der Black-Panther-Party und der Weathermen-Bewegung traf. Doch dann brach er seine Reise ab und kehrte nach Deutschland zurück, um sich „die Landung auf dem Mond am 21. Juli 1969“ im Fernsehen anzuschauen.

Karriere beim „Spiegel“

Danach heuerte Aust bei den „St. Pauli Nachrichten“ an, machte den ersten Film zum Baader-Meinhof-Komplex, bekam Besuch von der RAF, ging „Spiegel“-Chef Rudolf Augstein in die Politik, trug das „mörderische Wüten Baaders und seiner Crew“, „Züge eines Metaphysischen Endkampfes“, beschrieb er „Deutschland im Herbst“ mit dem Masaker an Martin Schleyer. Damit endete das Kapitel „1946–1979“.

Das Kapitel „1979–1994“ begann mit der „Strauß-Affäre“, behandelte das „Drehkreuz Ost-Berlin“, „Die Hausbesetzer-Szene“, die „Hitler-Tagebücher“, den Stammheim-Film, die Barchel-Affäre. Das Projekt Spiegel TV startete, der Untergang der DDR nahte, der „Demokratische Aufbruch“ bahnte sich an, endete mit dem „Tag der Einheit“ und mündete im „Putsch in Moskau“. Mit „NSU – die Vorgeschichte“ und der „Hinrichtung in Bad Kleinen“ endete es.

Mit 1994 begann für Aust die Zeit als Chefredakteur von „Spiegel TV“ und dann des „Spiegel“. Er feierte gerade seinen 50. Geburtstag und erhielt von Augstein ein Gedicht: „Lieber Aust, ball die Faust aber in der Tasche. Reite fix zum Grand Prix sonst greifst Du zu der Flasche.“

Doch es kam anders: Der „Spiegel“ avancierte zur „Nummer eins der Wochenmagazine“. Dann erhielt Aust von Fritz Vahrenholt, einem Kritiker der „Verspargelung“, den Auftrag, sein Buch „Kalte Sonne“ zu präsentieren und meinte mit Luther „Mönchlein, du gehst einen schweren Gang“. Der feste Glaube an die „Klimakatastrophe ist nämlich so etwas wie ein Glaubensbekenntnis aller Umweltschützer. Wer Zweifel anmeldet, gilt als Klimaleugner“. Dann kritisiert Aust die „Allianz gegen die Rechtschreibreform“. Im Wahlkampf um die Macht im „Spiegel“ sagte Aust: „Wahrhaftigkeit nach innen und nach außen ist das höchste Gut des ‚Spiegel‘.“

Am Tag der Uraufführung seines Films „Der Baader Meinhof Komplex“, am 25. September 2008, wurde ein „Anschlag auf Austs Villa in Blankenese“ verübt. Einige Fenster waren zersplittert, an der Wand liefen rote und schwarze Farbleckse herunter. Das letzte Kapitel „2009–2021“ begann mit „Die Falle 9/11“ und „Obamas Krieg“ sowie „Ein Sender zu verkaufen“. Er hieß „N24“, Aust schlug zu. Dann folgte „NSU – das mörderische Mysterium“ und „Kanzlerin ohne Grenzen“, wo Merkel bei Anne Will ihre Abgehobenheit demonstrierte: „Ich, die Moral und das Volk. Hier sitze ich, ich will nicht anders.“ Dann wurde Aust zum Chefredakteur der Weltgruppe, „die Welt“, „Welt-Online“, „Welt am Sonntag“.

Unerschrockene Unkorrektheit

Zum 70. Geburtstag sagte Springer-Chef Mathias Döpfner: „Stefan Aust, Gefühls-

duseleien liegen ihm nicht. Recherche ist seine Religion. Unerschrockene Political Incorrectness ist sein Wesensmerkmal und Erfolgsgarant! Und wem das nicht passt, ja, „Das Leben ist kein Ponyhof.“

Heinrich Heine schrieb 1843 in seinem „Deutschland, ein Wintermärchen“ die Sätze: „Franzosen und Russen gehört das Land, das Meer gehört den Briten. Wir aber besitzen im Luftreich des Traums die Herrschaft unbestritten.“ Träume und Alpträume sind aus demselben Stoff, der Abwendung von der Wirklichkeit. Dann quasi über Nacht erstrahlte ein neuer Stern über der Erde und Greta Thunberg übernahm die Regie auf der politischen Horrorbühne. Aust schrieb: „Irrationalität, häufig wissenschaftlich untermauert, ist gerade das Kennzeichen der Gegenwart geworden, im Land der Träume und Alpträume.“ Der Ruf verhallte.

Thunberg initiierte „Fridays for Future“ und stieg kometenhaft in die höchsten geistigen und politischen Gipfel auf. Aust warnt: „Grüne dürfen träumen, das gehört zu ihrer DNA. Sie dürfen sich auch in apokalyptischen Visionen gruseln. Doch wenn der Rest der politischen Klasse mitträumt, wird es ernst. Und Gretas ansteckende Panik wird unser Problem.“

Aust ist ein außergewöhnlicher, eloquenter und authentischer Mann. Er hat ein meisterhaftes und sehr lesenswertes Buch geschrieben. Wir brauchen mehr Stefan Austs mit der Gabe „Man is a problem solving animal“!



Stefan Aust: „Zeitreise. Die Autobiographie“, Piper Verlag, München 2021, gebunden, 655 Seiten, 26 Euro

DIE BIBEL

Eine unerschöpfliche Quelle

Biblische Themen tauchen im reichen Werk ostpreußischer Maler, Dichter und Komponisten auf

VON SILKE OSMAN

Leonardo da Vincis Gemälde „Das Abendmahl“ gehört zweifellos zu den größten Beispielen abendländischer Malerei. Zu den herausragenden Künstlern aus Ostpreußen, die sich auch mit christlicher Thematik beschäftigt haben, gehören Michael Willmann (1630–1706) und Lovis Corinth (1858–1925). Den Königsberger Willmann, einen der führenden Vertreter des ostdeutschen Spätbarock, nannte man auch den „schlesischen Raffael“, schuf er doch eine Reihe eindrucksvoller Gemälde und Fresken für die Klöster in Leubus und Grüssau. Experten schätzen seine Kunst nicht nur wegen ihrer malerischen Qualität, sondern auch wegen Willmanns Gabe, „den Ausdruck so zu steigern, dass sein Bild zum hinreißenden Beispiel wurde“ (Hubertus Lossow).

Der Meister aus Tapiau

Ein besonders reiches Werk mit biblischer Thematik hat uns auch Lovis Corinth hinterlassen. Der Meister aus Tapiau, dem man gern eine innere Verwandtschaft zu dem vor 390 Jahren geborenen Barockmaler Willmann nachsagt, soll ein eifriger Bibelleser gewesen sein. Unter den 983 Arbeiten, die im Werkverzeichnis seiner Gemälde festgehalten sind, kann man allein 65 Gemälde zum Alten und Neuen Testament zählen. Motive wie „Adam und Eva“, „Bathseba“, „Joseph und Potiphars Weib“, „Simson“ sind ebenso zu finden wie auch der „Schacher am Kreuz“, eine der frühen Arbeiten aus dem Jahr 1883. Diese Passions- und Kreuzigungsthematik zieht sich durch Corinth's Werk wie ein roter Faden. Nach dem Tod des Vaters Franz Heinrich Corinth am 10. Januar 1889 entstand die erste Komposition mit einem Passionsthema: „Pietà“. Und in seinem eigenen Todesjahr 1925 schuf er den berührenden „Ecce Homo“, entstanden in der Osterzeit im Atelier.

Für seine Vaterstadt Tapiau schuf Corinth 1910 ein Golgatha-Triptychon, einen dreiteiligen Altaraufsatz für die dortige evangelische Kirche; das Mittelbild zeigt Christus am Kreuz, der linke Flügel den Apostel Paulus, der rechte Flügel den Evangelisten Matthäus. Beim Russeneinfall 1914 wurde das Bild beschädigt; Corinth lehnte es später allerdings ab, einige Einschusslöcher zu restaurieren, weil er die Schäden als Erinnerung an diese Zeit erhalten wissen wollte ... Auch in seinem graphischen Werk sind Passionsmotive immer wieder zu finden. Seine letzte Radierung („Die Auferstehung Christi“) schuf Corinth Ostern vor 97 Jahren, bevor er am 15. Juni nach Holland reiste, um dort noch einmal die Alten Meister zu bewundern.

Einen Monat später starb der Ostpreuße dann während dieses Aufenthaltes am 17. Juli 1925 in Zandvoort. „Corinth“, so Gerhard Gerckens erläuternd zu den religiösen Themen im Werk des Tapiauers, „hat sich und sein ganz persönliches Gefühl in diese Bilder eingebracht und gleichzeitig ein Zeitgefühl, das in dieser Schärfe nur das 20. Jahrhundert durchlitten hat. Gestaltet aber konnte es nur werden am Beispiel der Bibelthemen, weil deren menschliche Dimension von sich aus schon so groß war, dass der Maler sie mit seiner Sicht aufladen und dennoch das Allgemeingültige wahren konnte ...“

Auch im Werk ostpreußischer Dichter hat die biblische Thematik ihren Niederschlag gefunden. So widmete Agnes Miegel (1879–1964) eine ihrer ersten Balladen der schönen jungen Abisrag oder Abisrag



Entstanden 1925 in der Osterzeit: Lovis Corinth's Gemälde „Ecce Homo“

Foto: Kunstmuseum Basel

aus Mittelpalästina, die den alten König David pflegen musste: „Ich muss in der Säle Dämmerchein/ Meine jungen Tage verbringen,/ Ich muss den alten König beim Wein/ Wie ein Kind in Schlummer singen ...“ Diese Verse erschienen zum ersten Mal 1901 im Göttinger Musenalmanach des Börries von Münchhausen.

Der Herausgeber erinnerte sich: „Als ich im Herbst 1897 einen Stoß handschriftlicher Gedichte Agnes Miegels auf meinem Berliner Studentenschreibtisch liegen hatte, wusste ich: Dies ist eine der ganz großen Dichterrinnen unseres Volkes ... Der Göttinger Musenalmanach von 1901 erschien uns allen immer der wichtigste der Reihe und er scheint mir als Sammlung wertvoller als ausnahmslos alle Blütenlesen jener und späterer Zeit. Von den 187 Seiten des Buches füllt Agnes Miegel nicht weniger als 54 – man kann fast von einem Buch im Buche sprechen ...“

Ein halbes Jahrhundert später erschien dann das Drama eines Dichters und Schriftstellers, der wie Agnes Miegel in Königsberg geboren wurde: Hans-Joachim Haecker (1910–1994), dem ein Kritiker einmal eine „wirkliche Theaterpranke“ bescheinigt hat. In seinem Drama „David vor Saul“ geht Haecker vor allem der Frage nach der Legitimation der Macht nach.

Gegen Macht und Machtstreben wendet sich auch Ernst Wiechert (1887–1950),

der Ostpreuße aus dem Forsthaus Kleinort, Kreis Sensburg, der vor 72 Jahren starb. In seinem 1932 erschienenen „Spiel vom deutschen Bettelmann“ forderte er unter Hinweis auf Hiob, dem Symbol ei-

„... weil die Bibel so voller Gehalt ist, dass sie mehr als jedes andere Buch Stoff zum Nachdenken und Gelegenheit zu Betrachtungen über die menschlichen Dinge darbietet“

Johann Wolfgang von Goethe

nes vom Schicksal geschlagenen Menschen, „Verinnerlichung statt Machttausch und Machtstreben“ (Helmut Motekat). „Die Auseinandersetzung Hiobs

mit Gott, der schließlich in seiner unvorstellbaren Ferne gläubig angenommen wird“, ist das Thema des Dramas „Hiob“ von Rolf Lauckner, Königsberger des Jahrgangs 1887.

Die Uraufführung dieses Stücks, von dem Lauckner sich erhoffte, aus dem Vergessen gerissen zu werden, erlebte der Dichter nicht mehr. Er starb am 27. April 1954 in Bayreuth – erst am 7. Januar 1956 wurde „Hiob“ in Saarbrücken uraufgeführt.

Mit seiner Komödie „Der Sturz des Apostel Paulus“ hatte Lauckner weitaus mehr Erfolg, ja, mit ihr begann seine eigentliche Laufbahn als Dramatiker. Kein Geringerer als Max Reinhardt brachte sie 1919 auf die Bühne des Deutschen Theaters in Berlin. Zeit seines Lebens hat Rolf Lauckner darunter gelitten, dass die Kritik ihn selten als eigenständigen Dichter und Dramatiker, sondern meist nur als „Stiefsohn Sudermanns“ (1857–1928) gesehen hat. Dieser hatte sich bereits vor der Jahrhundertwende einem biblischen Thema gewidmet.

1894 verfasste er die Anfangsverse zu dem Drama „Johannes“, das dann am 3. Februar 1898 in Stuttgart uraufgeführt wurde und seinerzeit eine äußerst lebhaft Diskussions auslöste. „Sudermann“ so Alan Corkhill in seinem Buch über Werk und Wirkung des ostpreußischen Dichters

(Würzburg, 1985), „hat in seinem ‚Johannes‘ ein historisches Schauspiel geschaffen, das zugleich gewisse kulturpolitische Tendenzen seines Zeitalters spiegelt. Es gehört etwa zur realistischen Modernität des Stückes, dass es sich bei der Darstellung theologischer Gedanken eher um unversöhnliche geistige Konzepte handelt als um scharf umrissene religiöse Überzeugungen. Die Widersprüchlichkeit religionsorientierter Ansichten drückt sich wohl am deutlichsten in der Konfrontation und Polarisierung verschiedenartiger Messias-Vorstellungen aus ...“

Jesus Christus hat zweifellos die Dichter aller Jahrhunderte immer wieder zu den unterschiedlichsten Werken angeregt. Der Rastenburg Arno Holz (1863–1929) sah ihn beispielsweise als „ersten Sozialisten“, nachzulesen in seinem „Buch der Zeit“ (1886), während der Königsberger Albert Dulk (1819–1884), „der radikalste Vertreter einer Religion ohne Gottperson und Kultus“ (Motekat), ihm ein Drama widmete: „Jesus, der Christ“ (vollendet 1855, erschienen 1865).

Jesus Christus inspirierte alle

In neun Handlungen arbeitet der Autor, der das Drama ausdrücklich für die Volksbühne nach Art der Passionsspiele schrieb, den Gegensatz zwischen Jesus und Judas heraus. Der Befreiungskampf der Juden gegen die Römer, den Judas heraufbeschwören will, steht hierbei im Mittelpunkt des Konflikts. In einem weiteren Werk, das Helmut Motekat als das geschlossenste Dulk's bewertet, befasste sich der Königsberger mit der Person des Simson (1859). Auch die Gestalt des Moses ist in der Kunst, der Musik und der Dichtung immer wieder zum Thema gewählt worden.

So hat der Mohrunger Johann Gottfried Herder (1744–1803) sich eingehend mit Moses beschäftigt und ihn als einen der großen Genies der Menschheitsgeschichte dargestellt – als Gesetzgeber und Sammler der ältesten Sagen seines Volkes mit grundlegender Bedeutung für Israel und seine Poesie.

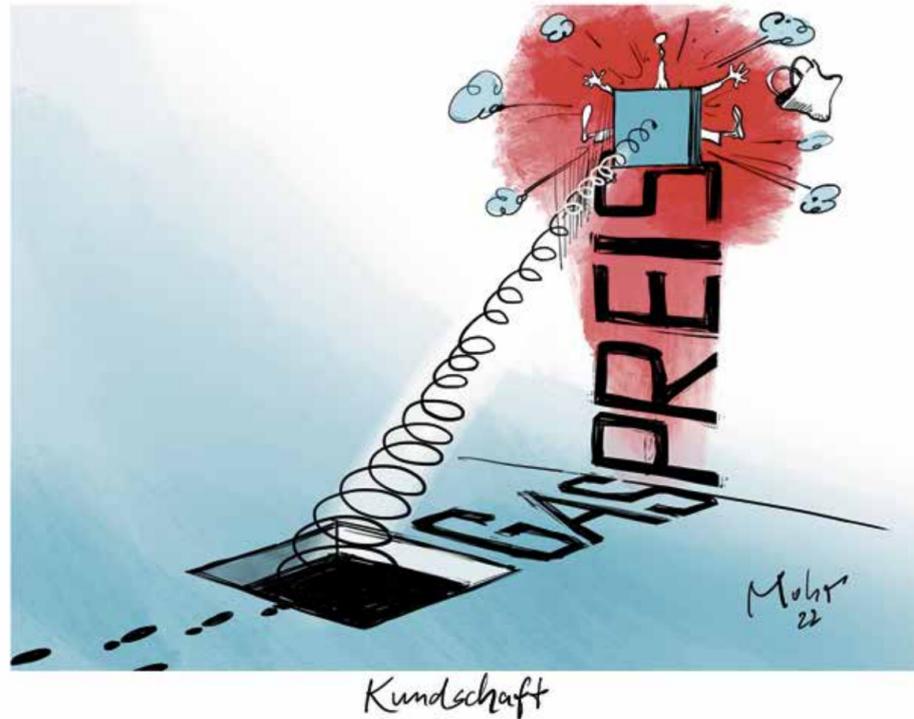
Texte von Herder sind übrigens auch als Vorlage für Kompositionen verwendet worden. So vertonte der Bückeburger J. C. F. Bach seine Dichtung „Die Kindheit Jesu“ und schuf ein Oratorium zu Herders Text „Die Auferweckung des Lazarus“.

Überhaupt sind biblische Themen in dem Musikleben Ostpreußens immer wieder zu finden. So wurde 1917 in Königsberg das Oratorium „Maria und Martha“ des Schlesiers Otto Fiebach (1851–1937) uraufgeführt. Der Sensburger Georg Riedel (1676–1738), Kantor der Altstädtischen Kirche in Königsberg, vertonte das Matthäusevangelium, alle 150 Psalmen und die Offenbarung des Johannes.

Die Noten dieser Werke sind allerdings im Zweiten Weltkrieg verschollen, weiß Werner Schwarz in seiner Musikgeschichte Ostpreußens (Dülmen, 1989) zu berichten. Aus unseren Tagen hingegen stammt die Oper „Judith“, die der aus Mallenuppen, Kreis Darkehmen, stammende Komponist und ostpreußische Kulturpreisträger Siegfried Matthus 1985 nach einer Tragödie von Friedrich Hebbel schuf. Ein weiterer Kulturpreisträger, der Kirchenmusiker und Komponist Oskar Gottlieb Blarr aus Sandlack, Kreis Bartenstein, schrieb unter anderem zwei Oratorien: „Jesus-Passion“ (1985) und „Jesus-Geburt“ (1989–1991). Die Bibel als Quelle tiefster Besinnung, aber auch als unerschöpfliche Quelle künstlerischer Gestaltung, „weil die Bibel so voller Gehalt ist, dass sie mehr als jedes andere Buch Stoff zum Nachdenken und Gelegenheit zu Betrachtungen über die menschlichen Dinge darbietet“ (Johann Wolfgang von Goethe).

● AUFGESCHNAPPT

„Hygienemaßnahmen der diesjährigen Bayreuther Festspiele!“ – so lautet eine wenig einladende Überschrift auf der entsprechenden Homepage. Anderswo setzt man auf Entspannung, die Freunde der Richard-Wagner-Opern müssen sich auf dem „Grünen Hügel“ auch weiterhin strikten Regeln unterwerfen. War im Sommer 2021 ein Zugang noch mit einem Test möglich, so verwehrt die Festspielleitung einem Teil der Interessierten nun den Eintritt, das Ganze findet „unter Anwendung der 2G Regel“ statt. Dass von „einer FFP2-Maskenpflicht während der Vorstellung“ auch „weiterhin auszugehen“ sei, überrascht dann wenig. Eine „vorherige Registrierung“ werde wiederum „erforderlich sein“. Eines der „Registrierungszentren“ solle abermals „im Haus Wahnfried“ eingerichtet werden. Wagners „Wahn“ kommt zwar von „wähnen“, der Einbezug der Villa in die über-eifrig weitergeführten Maßnahmen wird den einen oder anderen Überdrüssigen allerdings leicht zum Spott bezüglich des „passenden“ Namens verleiten. *E.L.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Die französische Publizistin Caroline Fourest nimmt im Gespräch mit der „Welt“ (6. April) die politisch korrekte Denkweise der „Woke“-Bewegung auseinander:

„Seit Jahren erleben wir eine enorme Viktimisierung. In dieser Opfergesellschaft erstickt man mit Verweis auf seine Empfindlichkeiten jede Debatte. Unsere Gesellschaft neigt dazu, alles zu psychologisieren, auch totalitäre Ideologien. Das ist typisch für Woke. Wenn sie argumentativ nicht weiterwissen, kommen die Gefühle ins Spiel. Sobald man Identität oder Gefühle einsetzt, ist eine Debatte nicht mehr möglich.“

Boris Reitschuster analysiert am Beispiel der zurückgetretenen Familienministerin Anne Spiegel das heutige Politiker-Personal. Auf seinem Blog „reitschuster.de“ (12. April) beklagt er:

„Der Fall Spiegel ... zeigt geradezu exemplarisch die Schwächen eines neuen Politikertyps, der in der Bundesrepublik inzwischen immer öfter den Ton angibt: Egozentriker mit ständig zur Schau gestellter Hypermoral ... In einer Presseerklärung sprach Spiegel die ganze Zeit nur von ‚Ich‘, ‚Ich‘ und ‚Ich‘ – die Opfer der Flut waren ihr kaum ein Wort wert. Man bekam den bösen Eindruck, sie habe mit sich selbst mehr Mitleid als mit den Flutopfern.“

Der Energie-Experte und frühere Hamburger Umweltsenator Fritz Vahrenholt (SPD) geht die deutsche Energiepolitik scharf an. Im Portal „kaltesonne.de“ (11. April) schreibt er:

„Braunkohle, Kernenergie und Schiefergas sind die gutmütigen großen Elefanten, die im Raum stehen, die aber von Robert Habeck, Christian Lindner und Olaf Scholz übersehen werden. Diese Elefanten gehören uns. Das wäre Energie-Souveränität. Das ist allemal besser als ein Weg des „Energie-Patriotismus“ (Robert Habeck), ein Begriff, der nur notdürftig kaschiert, dass dieser Weg in Richtung 100 Prozent Erneuerbare Energien die deutsche Landschaft und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zerstört.“

Steffen Meltzer weist im Blog von PAZ-Autorin Vera Lengsfeld, „vera-lengsfeld.de“ (6. April), auf ein unangenehmes Detail des Maske-Tragens hin:

„Die meisten FFP2-Masken sind nutzlos, weil sie nicht abschließend-genau sitzen. Man könnte als Erkennungszeichen, um bei den Guten dazugehören, auch eine Feder am Hut oder eine Rose am Knopfloch tragen.“

● WORT DER WOCHE

„Ein Sieg Le Pens würde schlechte Zeiten für die derzeitige Bundesregierung bedeuten. Die allerdings erledigt sich womöglich vorher schon ganz ohne Nachhilfe.“

Cora Stephan wagt auf „Achgut.com“ am 11. April den Blick in eine unerwartete, aber mögliche nahe Zukunft

DER WOCHENRÜCKBLICK

Politiker von Format

Warum Anne Spiegel wirklich abgetreten ist, und wie Baerbock die NATO-Partner überraschte

VON HANS HECKEL

Das Beste an Auslandsberichterstattung besteht darin, dass sich die meisten Deutschen kaum für das Ausland interessieren. Daher wissen sie auch nicht viel über fremde Länder, was dem Berichterstatte die Chance bietet, dem heimischen Publikum jeden nur erdenklichen Schwachsinn auf die Nase zu binden.

Diese Chance lassen sich unsere Staatsfunker nicht entgehen, wie wir anhand einer denkwürdigen Frankreich-Sendung am Tag des ersten Wahlgangs zur Präsidentschaftswahl am vergangenen Sonntag sehen konnten. In „Phoenix vor Ort“ spielten sich Reporter Michael Krons und der französische Historiker und „Experte für deutsch-französische Beziehungen“ Julien Thorel gegenseitig die Bälle zu. Krons weiß, was deutsche Herzen erschüttert, und kam gleich zur Sache. Der rechtspopulistische Kandidat Éric Zemmour sei ja Antisemit, weiß Krons, und will von Thorel jetzt eine Suada über den rechten Judenhass in Frankreich hören.

Dabei kommt dem Reporter zupass, dass die meisten Deutschen keine Ahnung haben dürften, welcher Religionsgemeinschaft Zemmour angehört. Der mit sieben Prozent gescheiterte Kandidat ist selbst Jude. Das schert Krons nicht, da das Etikett „Antisemit“ beim deutschen Publikum einfach viel zu schön wirkt, als dass man es ungenutzt liegen lässt, wenn man die Möglichkeit sieht, einen ungeliebten Politiker damit fertigzumachen. Der TV-Mann sparte sich selbstredend jedwede Begründung für sein Verdikt.

„Experte“ Thorel indes wurde das Eis ein bisschen zu dünn angesichts dieses offensichtlichen Unsinns. Er wechselte daher abrupt das Thema. Obwohl er weiß, dass französische Juden seit Jahren in Scharen das Land verlassen, und obwohl ihm ebenfalls bekannt ist, dass es muslimischer Judenhass ist, der diese Menschen in die Ferne treibt, belehrt uns Thorel, das der Antisemitismus gar nicht das Hauptproblem in seinem Land sei – das sei vielmehr der Anti-Islamismus!

Nach den Massakern an Konzertbesuchern im „Bataclan“, an der Redaktion von „Charly Hebdo“ oder den Morden an katholischen Priestern durch radikal-islamische Meuchler war uns völlig aus dem Blick geraten, wer in dem Nachbarstaat die eigentlichen Opfer sind. Dank „Phoenix vor Ort“ sind wir nun

wieder ins Bild gesetzt worden, unseren Dank dafür an Kollegen Krons und seinen „Experten“. Übrigens: Vor ein paar Jahren wurde Michael Krons für den „Deutschen Fernsehpreis für die beste Information“ nominiert. Ja, in Deutschland weiß man Qualität zu würdigen!

Nur mit unserer Menschlichkeit hapert's manchmal. Ach, die arme Anne Spiegel. Ihre tränenerstickte Ansprache hat uns alle sehr berührt, nicht wahr? Am meisten hat uns allerdings erschüttert, dass Spiegel zu dem Zeitpunkt immer noch angenommen hat, mit ihrer Heulsusen-Nummer durchzukommen und im Amt bleiben zu dürfen, obwohl sich sogar die gesamte Grünen-Spitze da bereits gegen sie gestellt hatte.

Immerhin gab uns Spiegel tiefe Einblicke in die Arbeitsweise einer grünen Ministerin. Erst nach Durchsicht der Protokolle habe sie festgestellt, dass sie (entgegen ihrer ersten Behauptung) doch nicht bei den Kabinettsitzungen während ihres Frankreich-Urlaubs zugeschaltet war. Da fragen wir uns allerdings, was die Frau denn auf den übrigen Sitzungen der Landesregierung getrieben hat, wenn sie sich nicht einmal daran erinnern kann, ob sie überhaupt da war. Frankreich-Fotos angucken? Dösen?

Du sollst dich nicht erwischen lassen!

Bemerkenswert auch ihre Ansage, dass sie während des Urlaubs mitten in der Hochphase der Katastrophen-Bewältigung telefonisch immer erreichbar gewesen sei. Na, dann kann ich den Text ja auch hier abrechnen und nach Hause gehen auf meine hübsche Terrasse, wo gerade so schön die Sonne scheint. Wer Fragen hat, kann mich ja anrufen.

Ich habe unterdessen völlig vergessen, wie die „Spiegel-Affäre“ überhaupt ans Licht kam. Immerhin sind seit dem Ahrtal-Desaster mit 135 Toten, zahllosen Verletzten und zerstörten Existenzen acht Monate vergangen. In der Zeit setzte Spiegel allem Anschein nach auf das elfte Gebot: Du sollst dich nicht erwischen lassen! Und ihre grünen Parteifreunde standen ihr offenkundig bei, schließlich müssen die doch mitbekommen haben, wie atemberaubend es ihre Ministerin verbockt hat. Aber statt sie wenigstens still in der Kulisse verschwinden zu lassen, hob man sie derweil noch eine ganze Etage höher in den Sessel einer Bundesministerin.

Was bedeutet: Es war nicht Spiegels Fehlverhalten, das die Grünen-Führung dazu veranlasste, die Frau zum Rücktritt aufzufor-

Am meisten hat uns erschüttert, dass sie annahm, mit der Heulsusen-Nummer tatsächlich im Amt bleiben zu können



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de